

Bedeutung  
Pflingstfest  
vielen unbed

Mittwoch, 21. Mai 1986 - D \*\*\*  
Arel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 347-1 - Pflanzblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 115 - 21. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A  
Beigen 38,00 bfr., Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 500 Din., Luxemburg 360 ffr., Niederlande 2,20 flt., Norwegen 7,50 nkr., Österreich 14 s., Portugal 150 Esc., Schweden 6,00 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 100 Kcs., Türkei 750 TL.

## Heute in der WELT



In einem 40 Seiten umfassenden farbigen WELT-Report, der dieser Ausgabe beiliegt, werden Trends und Tips zu Geschäftsreisen aufgezeigt. Das Magazin stellt Buchungs- und Reisemöglichkeiten, neue Fluglinien, das Rail-and-Fly-System sowie Partner-Tarife und medizinische Ratschläge für Flugreisen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Weltausstellung in Vancouver. Im Service-Teil gibt es Geschenkkarten und Kreditkarten-Empfehlungen.

## POLITIK

**Botschafter:** Das israelische Außenministerium hat angesichts der Diskussion um ÖVP-Kandidat Waldheim beschlossen, zunächst den Ausgang der Präsidentschaftswahl in Österreich abzuwarten, ehe ein neuer Botschafter in Wien ernannt wird. Der jetzige Botschafter Elzur steht vor der Pensionierung.

**Niederlande:** Einen Tag vor den Parlamentswahlen haben die Gegner einer Aufstellung von US-Marschflugkörpern eine Niederlage erlitten. Ein Gericht wies die von Friedensgruppen und rund 20 000 Privatpersonen eingereichten Klagen ab. (S. 5)

**China:** Inkompetenz, Trägheit und Korruption hat die für Fragen der Ideologie maßgebliche Zeitschrift „Rote Flagge“ vielen Parteimitgliedern vorgeworfen.

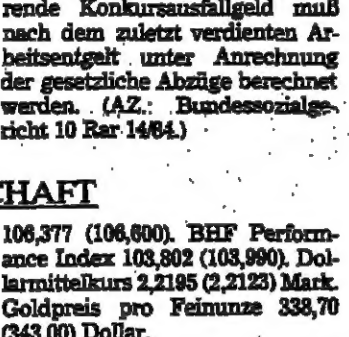
**Syrien:** Moskau will Damaskus nach israelischen Angaben neue Raketen vom Typ SS 23 und Mig-29-Kampfflugzeuge liefern. Eine sowjetische Militärdelegation hält sich derzeit in Syrien auf. (S. 12)

**Sri Lanka:** Erbitterte Kämpfe zwischen Regierungstruppen und tamilischen Untergrundkämpfern haben Tausende von Menschenleben gefordert. Die Kämpfe im Norden der Insel haben inzwischen nachgelassen. Indien warf der Regierung in Colombo unterdessen vor, eine politische Lösung der lange schwelenden Familienfrage verhindern zu wollen.

## WIRTSCHAFT

**Wohnungsmarkt:** Die „Wohnungsbauindex“ in der Bundesrepublik sind nach Auffassung des Deutschen Mieterbundes nicht auf eine Sättigung der Nachfrage zurückzuführen, sondern auf einen Mangel an preiswerten Angeboten. Die Masse der leerstehenden - 250 000 bis 300 000 - Wohnungen sei für den durchschnittlichen Verdienenden zu teuer. Vorsitzender Jahn (SPD) wies Forderungen nach Vertragsfreiheit im Mietrecht zurück. (S. 13)

**Börse:** Anhaltende politische Unsicherheit führte an den Aktienmärkten zu sinkenden Kursen. Auch der Rentenmarkt war leicht gedrückt. WELT-Aktienindex 271,38 (273,70). BHF Rentenindex 106,377 (106,600). BHF Performance Index 103,802 (103,990). Dollarmarktkurs 2,2195 (2,2123) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,70 (343,00) Dollar.



## KULTUR

**Konzert:** Der Pianist Wladimir Horowitz wird am Samstag ein weiteres Konzert in der Berliner Philharmonie geben. Seine spontane Entscheidung wird auch 100 Klavierstudenten zugute kommen, die bevorzugt Einlass erhalten sollen. (S. 19)

## SPORT

**Eishockey:** Der 209fache Nationalspieler Udo Kießling von Kölner EC wurde zum Spieler des Jahres gewählt. Der 33 Jahre alte Kießling hatte bereits 1977 diesen Titel gewonnen.

## AUS ALLER WELT

**Maschsee:** Südliche Idylle in einer norddeutschen Großstadt. Der Maschsee (Foto), mit seinen 78 Hektar Wasserfläche ein Freizeit-Dorado südlich der Innenstadt von Hannover, wird heute 50 Jahre alt. (S. 20)

**Diesel:** Vor genau 50 Jahren wagte der 280 D zignend den Einstieg in die Diesel-Ära der Personwagen. Das 45-PS-Modell löste zunächst Verwirrung aus, war doch dieses Antriebsaggregat zuvor ausschließlich in Schiffen, LKWs und bei der Eisenbahn verwendet worden. (S. 20)

# SPD präzisiert ihre Pläne für Ausstieg aus der Kernenergie

Druck über Bundesrat angekündigt / Treffen der Länderchefs in Hannover

MICHAEL JACH, Hannover  
Einen Tag nach dem Bundeskongress der Grünen haben die Sozialdemokraten offenbar als Reaktion darauf ihre energiepolitische Leitlinie präzisiert: Der „Einstieg in den Ausstieg“ soll nach einem Wahlsieg am 15. Juni in Niedersachsen auf gesetzgeberischem Weg beginnen. Mit der dann erlangten Bundesratsmehrheit will die SPD eine Änderung des Atomgesetzes erreichen. Dies geht aus einer gestern in Hannover vorgelegten gemeinsamen Erklärung der SPD-Länderregierungschefs, des Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel und des niedersächsischen Spitzenkandidaten Gerhard Schröder hervor.

Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten soll mit der Bundesratsinitiative ein Verzicht auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Reaktor-brennstäbe sowie auf die Inbetriebnahme des „Schnellen Bräters“ in Kalkar festgeschrieben, somit der „Einstieg in die Plutoniumwirtschaft ausgeschlossen“ werden. Statt der Wiederaufarbeitung sollen verbrauchte Brennelemente direkt end-

gelagert werden. Insoweit entspricht die Erklärung von Hannover den jüngsten Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion.

Ebenso will die SPD die derzeit geltende „rechtliche und finanzielle Privilegierung“ der Kernenergie aufheben. Das bedeutet: Eine Förderung soll es nicht mehr geben.

Das Treffen in Hannover stand im übrigen - nicht nur mit Blick auf die niedersächsische Landtagswahl - im

ausdrücklich bestätigt in seinem Neln zu einer Kanzlermehrheit mit Hilfe grüner Stimmen. Mit Blick auf die Wählerschaft erklärte Rau, für seine Partei sei es wichtiger, „irrtümliche CDU-Wähler zu gewinnen“ als „Grün-Wähler zu uns zurückzuholen“. Zugleich schloß der Kanzlerkandidat nicht aus, daß die SPD aus jüngsten überzogenen Forderungen der Grünen wahltaktische Vorteile im rotgrünen Spektrum ziehen könnte.

Schröder verwies auf die nach SPD-Umfragen „realistische“ Aussicht auf eine Alleinregierung in Hannover und erinnerte daran, „die gleichen Bündnisdiskussionen“ wie jetzt in Niedersachsen hätten sich schon in Nordrhein-Westfalen und im Saarland als überflüssig erwiesen.

Hessens Ministerpräsident Holger Börner, dessen grüner Koalitionspartner nach dem Grünen-Parteitag von Hannover verschärft auf kurzfristige Stilllegung brennender Kernkraftanlagen drängen dürfte, betonte knapp, er habe „keinen Koalitionsvertrag mit der Bundespartei der Grünen“.

In ihren Reaktionen auf die Grünen zeigten die SPD-Spitzen demonstrativ Gelassenheit. Rau sah sich

## „Brutalster Angriff auf die Polizei“

Bayerns Innenminister Hillermeier verurteilt Krawalle in Wackersdorf / WELT-Gespräch

RALPH LORENZ, Bonn  
Die blutigen Ausschreitungen an der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf sind nach den Worten des bayerischen Innenministers Karl Hillermeier (CSU) „der bisher brutalste und hartnäckigste Angriff auf Gesundheit und Leben“ der zum Objektschutz abgestellten Polizeibeamten. Die Täter seien „mit einem sehr hohen Grad an krimineller Energie, menschenverachtend und gewalttätig“ vorgegangen, stellte Hillermeier in einem Gespräch mit der WELT nach den Krawallen fest, bei denen 400 Polizisten und Demonstranten verletzt wurden.

Der bayerische Innenminister verteidigte in diesem Zusammenhang den Einsatz von CS-Reizgas. Zum Selbstschutz der Polizeibeamten sei dies ein „absolut angemessenes Mittel“ gewesen, weil auf den Einsatz von Wasserwerfern nicht mehr gerechnet werden könne. Der SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Karl-Heinz Hiersemann, forderte dagegen in einer Erklärung Hillermeier auf,

derartige „Gasbombeneinsätze“ künftig zu unterlassen.

Das brutale Vorgehen der Demonstranten am Baugebiet der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage führt Hillermeier auch auf die „Emotionalisierung nach dem Reaktorunfall in der Ukraine“ zurück. An die Bewohner im Umkreis von Wackersdorf richtete Hillermeier die eindringliche Bitte, „sich endlich nicht mehr als billige Kasse für die Gewalttäter“ herzugeben.

Den Demonstranten gebe es nur vordergründig um die Verbindung der Wiederaufarbeitungsanlage. Vielmehr wolle dieser Personenkreis diesen „Staat in seinem System“ treffen. Hillermeier sprach von 1000 „Demonstrationstouristen“, die zwischen Brokdorf, Grohnde und Wackersdorf pendelten. Deshalb müsse über eine Verbesserung der Meldetätigkeit zwischen den Polizeibehörden in den Bundesländern nachgedacht werden.

Bestürzt reagierte auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) über die Ausschreitungen in Wackersdorf. Polizeibeamte sollten nicht länger bei unzureichender Bezahlung, mangelnder beruflicher Perspektive und unter Verzicht auf Privilegien die „Prügelknaben der Nation“ spielen müssen, sagte der BDK-Vorsitzende Ingo Hermann.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zog aus den Krawallen den Schluß, Schwerkriminelle, die Demonstrationen als Basis für Angriffe auf Polizisten benutzen, nicht länger unbeteiligt zu lassen. Scharke Kritik übte der GdP-Vorsitzende, Günter Schröder, in diesem Zusammenhang auch an der Justiz. Wenn Richter Satzungen von 20 Mark als Strafe ansehen, so sei dies „nur ein Anreiz zum Wiederbegehen“.

In Wackersdorf hat sich inzwischen die Lage wieder beruhigt. Nach Angaben der Polizei wurde das Zeitlager gestern bereits wieder abgebrochen. Rund 50 bis 70 Kernkraftgegner seien auf dem Gelände verblieben. Nach einer Bilanz der Polizei wurden bei den Ausschreitungen 185 Polizisten verletzt.

USA bekräftigen: Kein Truppenabzug  
Die amerikanische Regierung plant erstmals in die Blockveranstaltungen nach dem Kongress in Washington vor. Richard Perle, in Washington vor auslandischen Journalisten. In Anspielung auf die Haltung der Europäer zum amerikanischen Luftangriff auf Libyen fügte Perle jedoch hinzu, isolationsistische Strömungen in den USA würden dadurch verstärkt. Der Eindruck, Washington finde bei den Verbündeten nicht die notwendige Unterstützung, könnte die Freiheit der Regierung beeinflussen. Truppen in Übersee zu stationieren.

Perle bezeichnete die Auffassung, die US-Truppen in Europa könnten anderswo nicht eingesetzt werden, als „übertrieben“. Wir haben niemals unser Recht aufgegeben, unsere Truppen so zu bewegen, wie wir es für richtig halten“, auch wenn dies nicht die Billigung der Staaten finde, in denen sie gerade stationiert seien.

„Verantwortung gegenüber Israel“  
SAD, Jerusalem  
Bundesstaatspräsident Philipp Jenninger hat in Jerusalem die besondere Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Israel und den Juden betont. „Wir wollen nichts vergessen, nichts verdrängen von dem, was gewesen ist.“ Der Besuch des Bundesstaatspräsidenten in Israel dokumentiert, so Jenninger, die besondere Bedeutung, die wir den Beziehungen zu Israel beimessen.“ So ist es auch erst das zweite Mal, daß der Bundesstaatspräsident und seine vier Vizepräsidenten gemeinsam in ein Land reisen. Jenninger ließ in der offiziellen Ansprache vor der Knesset allerdings das in seinem Rede-Text erwähnte Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes aus. Knesset-Präsident Hillel sagte, der Besuch sei besonders in einer Zeit wichtig, in der versucht werde, „Rassismus und Antisemitismus vergessen zu machen“.

Zahl der Tumore nimmt ständig zu  
Mediziner-Kongress in Berlin / Mehr als 20 000 Teilnehmer zur Fortbildung erwartet  
Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Die Sterblichkeitsrate als Folge von Herz- und Kreislauferkrankungen geht trotz verstärkter Aufklärung der Öffentlichkeit noch immer nicht deutlich zurück. Ebenso nimmt die Zahl der Patienten mit chronischen Lungenerkrankungen und Tumoren der Atmungsorgane beständig zu. Als auslösende Faktoren gelten wiederkehrende Entzündungen der oberen Luftwege, Berufs- sowie umweltbedingte Schadstoffe - und das Rauchen.

Diesen thematischen Schwerpunkt widmet sich von heute an in Berlin der 35. Kongress für ärztliche Fortbildung, zu dem sich 20 000 bis 25 000 Teilnehmer aus allen Bereichen der Medizin treffen. Die „Mammut“-Veranstaltung wird vom 19. zahnärztlichen- und vom 17. Fortbildungskongress für Pflegekräfte begleitet.

Das fünf Tage dauernde Experten-Treffen bietet mit rund 400 Referaten ein breites Spektrum der aktuellen praktischen Medizin. Um die Teilneh-

## DER KOMMENTAR

### Ungelegen

RÜDIGER MONIAC

In Washington vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht darüber räsonieren, ob es richtig und gut sei, so viele US-Truppen in Europa und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland stationiert zu haben. Diese öffentliche Diskussion kommt der Administration ungelegen. Reagan und Weinberger haben zum wiederholten Male bekräftigt, daß ein Rückzug amerikanischer Verbände nicht vorgesehen sei. Auch der für sensible politische Aussagen zuständige Pentagon-Staatsekretär Richard Perle hat das eben wieder bestätigt. Allerdings machte er einen wichtigen Zusatz. Die Regierung in Washington behalte sich den Einsatz der auf dem Boden der Verbündeten stationierten Verbände vor, auch wenn das nicht deren Billigung finde.

Die neue Debatte über diese Frage in Washington speist sich aus zwei Quellen: aus der in allen politischen Lagern Amerikas ungemein tiefen Enttäuschung über die weithin verbreitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

breitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Kadhafi als dem offensichtlichsten Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidigungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessensolidität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

Leserbriefe und Personalien  
Fernsehen  
Wetter: Im Süden Gewitter

Seite 9  
Seite 10  
Seite 20



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Straf- und Heldentaten

Von Edgar Neumann

In Nicaragua fand eine doppelte Freiheitsberaubung statt. Wer immer die acht deutschen „Aufbauhelfer“ in seiner Gewalt hat, sollte sie schnell und unverehrt wieder auf freien Fuß setzen. Entführungen sind keine Heldentaten. Sie verschaffen keine Sympathien, aber der Fall ist noch undurchsichtig. Keine Guerilla-Bewegung hat sich bisher als Täter zu erkennen gegeben. Es scheint aber, daß eine Kampforganisation der Miskito-Indianer die Opfer gefangen hat.

Das Drama hat einen Beigeschmack: Sowohl die Sandinisten als auch ihre deutschen Gefolgsleute versuchen alles, das Schicksal der Entführten propagandistisch auszuschlachten. Nicaraguas Außenministerium beschuldigt die CIA, obgleich die Reagan-Regierung aufgrund eines Kongreßbeschlusses den antikommunistischen Rebellen keine militärische Hilfe mehr gewähren darf.

Die Besetzer der deutschen Botschaft hängen ein Transparent aus dem Gebäude, das verkündet: „Acht Brigade-Mitglieder Opfer der militärischen Aggression, die von der westdeutschen Regierung unterstützt wird“. Kein hoher Bonner Regierungsbeamter hat es gewagt, ein Wort für die „Contras“ einzulegen. Außerdem nutzten die Besetzer ein Radio-Interview für den Anwurf, Reagan sei an allem schuld.

Es war – gestern um 17 Uhr MESZ – wollten die Besetzer ihre rechtswidrige Aktion abbrechen – die dritte Botschaftsbesetzung seit 1983 durch den gleichen Personenkreis: Junge Aktivisten der alternativen Szene, die sich „Aufbauhelfer“ nennen – Helfer beim Aufbau eines marxistischen Systems. Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal vermittelt diese Arbeitskräfte. Etwa achtzig Männer und Frauen sind gewaltsam in die Botschaft eingedrungen, raubten mehreren Leuten die Freiheit (unter anderem dem Botschafter Rusnak), bemaßigten sich der Telex- und Telefonapparate, so daß die Diplomaten nicht mehr frei mit Bonn sprechen konnten.

Die beiden anderen Okkupationen waren zu Ende gegangen, als Vertreter der sandinistischen Regierung Räumungssignale erteilten. Unverständlich ist, warum das Auswärtige Amt nach den vorherigen Besetzungen keine Strafanzeige erstattet hatte, auch wenn sie von „anderer Qualität“ (nämlich „eher demonstrativ“) waren, wie das Amt sagt. Ist dadurch bei den „Helfern“ der Eindruck entstanden, die deutsche Botschaft sei ein rechtsfreier Raum? Auch Botschaftsbesetzungen sind keine Helden-, sondern Straftaten.

## Vor dem Soweto-Jahrestag

Von Monika Germani

Schläge eines Landes gegen Guerilla-Basen in einem Nachbarland, so wie sie jetzt Südafrika gegen den ANC in Botswana, Zimbabwe und Zambia durchführt hat, widersprechen der westeuropäischen Vorstellung von friedlicher Koexistenz. Und der Blick ist nicht immer klar dafür, daß dies (auch) woanders nicht mehr als eine Wunsch-Vorstellung ist.

In Südafrika haben sich seit Januar die Anschläge des ANC, verglichen mit dem Vorjahr, mehr als verdreifacht. In Kabwe (Tansania) beschloß die ANC-Führung, vor allem weiche, zivile Ziele anzugreifen, also nicht mehr ausschließlich gegen das verhasste Regime und seine Institutionen zu kämpfen. Dabei werden weiße und schwarze Zivilisten getötet. Indem die südafrikanische Armee in den drei Nachbarländern die logistischen Grundlagen des ANC angreift, die Nachschubbasen zu vernichten versucht, werden die Erfolgsaussichten der gewalttätigen Elemente für eine gewisse Zeit geschmälert.

Doch die meisten Schwarzen wollen – im Gegensatz zum ANC – einen friedlichen Weg zu einem Miteinander von Schwarz und Weiß einschlagen. Diese Mehrheit, die von den Medien oft verschwiegen wird, ist Tag für Tag der Gewalttätigkeit, den „Halsbändern“ aus brennenden Autoreifen, den Molotowcocktails ausgesetzt. Letztlich sind sie der Bevölkerungsteil, der vom ANC mit allen Mitteln gewonnen werden muß.

Südafrika durchlebt die Vorbereitung aller Seiten auf den zehnten Jahrestag des Soweto-Aufstandes (16. Juni 1976): Die Waffenvorstecke, die Südafrikas Polizei in immer größeren Mengen entdeckt, sind ein Beispiel dafür. Diese Waffen sollen nicht nur den Kampf in die weißen Wohngebiete tragen, sie sollen auch die friedliebenden Schwarzen einschüchtern, töten. Sollte die weiße Regierung einmal abtreten und eine schwarze gemäßigte Regierung, vielleicht unter dem Zulu-Führer Mangosutho Buthelezi, die Macht übernehmen, dann beginnt der Kampf erst richtig, mit den heute ins Land geschmuggelten Waffen. Denn der ANC will die Macht allein, er will sie nicht mit anderen Schwarzen teilen.

## Mitterrands Plaudereien

Von Joachim Schaufuß

Auch diesmal hat François Mitterrand auf dem Solotrè-Felsen, den er während seiner Widerstands-Kämpferzeit zu jedem Pfingstfest zu besteigen gelobte, den ihm gefolgten Journalisten einige Anregungen geliefert. Dabei ging es vor allem um die Cohabitation – das Zusammenleben eines sozialistischen Präsidenten mit einer bürgerlichen Regierung. Aber Mitterrand geht diesen Begriff zu weit. Er möchte lieber von der „institutionellen Koexistenz“ sprechen. Und er könne sie, wenn er wolle, natürlich jederzeit beenden.

Dafür hat er zwei verbrieft Möglichkeiten. Die erste, nämlich die vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung, die entweder aus freien Stücken oder nach einem für Mitterrand positiven Referendum (Volksentscheid) erfolgen könnte und Neuwahlen erforderlich machte, schloß er aus. Die zweite: Mitterrand tritt vorzeitig zurück, womit neue Präsidentschaftswahlen notwendig werden. In Paris meint man, daß ein Rücktritt um so schwieriger werde, je näher die nächsten normalen Präsidentschaftswahlen (Mai 1988) rücken. Als äußerster Termin wird das Frühjahr 1987 gesehen, als frühester der kommende Winter. In dieser Zeitspanne, so wird vermutet, hätte Mitterrand die größten Chancen, wiedergewählt zu werden oder einem anderen Sozialisten zum Siege zu verhelfen.

Aber ob ihm das gelingen würde, hängt nicht zuletzt davon ab, wie schnell die Früchte der neuen französischen Wirtschaftspolitik reifen. Wird bis dahin das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erste Erfolge zeigen, oder werden die Unternehmer ihre neue Entlassungsfreiheit zur Verringerung ihrer Belegschaft nutzen? Auch ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß der Abbau der Preis- und Devisenbeschränkungen zunächst die Inflation und die Kapitalflucht fördert. In beiden Fragen ist Mitterrand bereits auf Distanz zur Regierung gegangen, ebenso wie beim Privatisierungsprogramm. Was aber dieser große Taktiker wirklich beabsichtigt, kann niemand voraussagen.



Der kleine grüne Unterschied

KLAUS BÖHLE

## Ausflug ins Grüne

Von Peter Gillies

Wären die bürgerlichen Parteien nicht mit ihren eigenen Problemen und Personen vollbeschäftigt, hätten sie sicher mit so prompter wie flammender Kritik auf die Wahlaussagen der Grünen-Versammlung von Hannover reagiert. So jedoch überließen sie die Darstellung über Pfingsten der öffentlichen rechtlichen Nachrichten. Daß die Sozialdemokraten mit merkwürdig verdünnter Kritik reagierten, mag noch angehen, aber das bürgerliche Lager hätte eigentlich Grund zu mancher Dar- und Klarstellung gehabt.

Ei, wie putzig waren doch die Zeiten, als die sanften Okopaxen die menschliche und friedvolle Welt beschworen, das Gänseblümchen zwischen den Lippen, bürgerliche Sehnsüchte streichelnd. Und dabei strang basisdemokratisch, versteht sich. Spätestens jetzt dürfte den Sympathisanten der „Bewegung“ klar geworden sein, wohin sie sich bewegt: zu einer radikalen Linkspartei, die nicht nur eine „andere Republik“ will, sondern überhaupt keine Republik mehr.

Das ist „eine politische Gruppe, die dem Parlamentarismus den Kampf angesagt hat, keine Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen“ hat und „sich damit in die Nähe von Faschisten bringt“. Diese zutreffende Charakterisierung stammt übrigens von einem SPD-Politiker namens Holger Börner (freilich bevor er seinen Eklat überwand und mit ihnen koalitierte).

Nun ist nichts auf dieser Erde vollkommen, alles verbesserungsbedürftig, von der Energieversorgung bis zur Sozialpolitik. Die Stärke von Konservativen liegt darin, beides zu erkennen, um einiges ändern zu können. Die Grünen betreiben jedoch die Politik als Kunst des Unmöglichen, schreiben Parteiprogramme für Utopia. Der dünne Faden, der sie noch mit der Realität verbindet, liegt in der Hoffnung auf politische Bündnisse; diese wiederum basiert auf der Erwartung, mehr Bürger als bisher würden aus Angst vor dem Tode den Selbstmord ankreuzen.

Die sogenannten Fundamentalisten profitierten natürlich von der sozialistischen Schlampelei und technologischen Rückständigkeit in einem Ort namens Tschernobyl und der importierten Angst. Der sofortige Ausstieg aus einer Energiequelle war da fast zwangsläufig. Aussteigen möchte man auch aus der NATO – das ist jenes Bündnis,



Ein tête à tête oder ein Zusammenprall? Willy Brandt und Petro Kelly

FOTO: DPA

das Europa die längste Periode des Friedens in diesem Jahrhundert bewahren half; die Bundeswehr soll verdrängt, um alsdann abgeschafft zu werden, Sicherheitskräfte und Verfassungsschutz stehen ebenso auf der Streichliste wie Teile der Wirtschaft und des Verkehrs.

Die Bewegung will also den Staat und seine Institutionen entblößen, wehrlos machen, wirtschaftlich verarmen, ihn nach innen und außen entwerfen. Damit gibt sie ihn letztlich preis. Nur „alternativ“? Nein, die trickreichen Basisdemokraten sind alles andere als unerfahren. Sie wissen natürlich, daß die Wehrlosigkeit dieser Art Auslieferung bedeutet. Kommunisten haben derzeit noch weniger Anlaß als bisher, sich an Bundestagswahlen zu beteiligen, sind doch ihre Forderungen im Grünen besser verankert, als sie es je zustande brachten.

„Die Bourgeoisie muß eingeschläfert werden. Wir werden deshalb damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung in Szene zu setzen, die jemals existierte. Die kapitalistischen Länder, einflügelig und dekadent, wie sie sind, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten. Sobald ihr Wachsamkeit nachläßt, werden wir sie mit geballter Faust zerschmettern.“ So sprach der Lenin-Vertraute Dimitri Manuilsky im Jahre 1981.

Wirtschaftspolitisch stellen sich die Grünen als Klassenkampfpartei dar, ordnungspolitisch als Syndi-

katen, die von privatem Eigentum und Wettbewerb, von Leistung und freiem Wettbewerb wenig halten. Funktionäre sollen über Technologien befinden, mühsam abgeschaffte Kapitalverkehrs-Kontrollen sollen die exportorientierte Bundesrepublik in die Kleinstaaterei zurückwerfen, das Ideal ist der leistungslose Ausstieg mit voller Pensionsberechtigung.

Recht penibel geriet die Debatte über das Leben, zu dessen Gralshüter sich die Grünen besonders berufen fühlen. Das Gänseblümchen im Feuchtbiotop erhebt sich liebestoller Zuneigung, das werdende menschliche Leben wird dagegen bedenkenlos zur Disposition einer vermeintlich sich selbstverwirklichenden „Gesellschaft“ gestellt. Wenn der Bürger schon die Zusammenhänge von äußerer und innerer Sicherheit und einer wehrhaften Demokratie nicht durchschaut und ihm die wirtschaftlichen Mechanismen fremd bleiben – allein diese Mangelpackung wäre zu durchsichtig.

Nun mag es ja sein, daß das eingeschläferte Bürgertum den ausgereagten Utopien instinktiv nicht über den Weg traut, weil es von „Bewegungen“ die Nase voll hat. Dagegen spricht jedoch sein Wahlverhalten, das die Grünen durch aus zum Zingeln an der Waage machen kann. Mancherorts sind sie schon beruhigend heißt es, die Okopaxen hätten sich nun endgültig als bündnisunfähig erwiesen. Niemand könne mit ihnen koalieren, die Überreste von Realpolitik müßten deshalb zwangsläufig durchbrechen.

Der SPD mag die Radikalisierung der Grünen derzeit zupass kommen, macht es doch ihre Abgrenzungsversuche glaubwürdiger. Aber erstens finden sich die meisten grünen Grundlinien in mehr oder minder abgeschwächter Form auch bei ihr wieder, zweitens ist das Versprechen, mit ihnen niemals ein Bündnis eingehen zu wollen, nichts wert. „Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit ihnen aus“, hatte Börner noch 1983 versichert.

Angesichts der extrem kurzen Beine solcher Dementis ist die abgestufte politische Gegenwehr der demokratischen Parteien schon interessant. Vor allem von der SPD wäre eine Abgrenzung im Grünen erwünscht.

## IM GESPRÄCH Barbara Sukowa

### Sehnsucht aus der Hinterhand

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Barbara Sukowa hat ein Gesicht, wie es die Filmkamera braucht: breitläufig, mit ausgeprägten Jochbeinen, stark modellierter Nase und vollem, sinnlichem Mund. In solchen Gesichtern lassen sich Kontraste abbilden, darin spiegeln sich Gefühlsregungen deutlich, körperhaft und expressiv – ein Gesicht, wie man es neuerdings wieder liebt, da auf einmal Innerlichkeit gefragt ist und selbst politische Ideologien eher theoretisierender Genese den wärmenden Mythos ihrer Leidenschaft suchen.

Insofern ist es kein Zufall, daß die „rote Barbara“, wie man die Schauspielerin seit ihrer Darmstädter Zeit nennt, ausgerechnet für ihre Titelrolle in dem Film „Rosa Luxemburg“ in Cannes als beste Darstellerin geehrt wurde. Die Sukowa verkörpert darin etwas, das man die Bedeutungsarme eines modischen Konflikts nennen könnte: eine Frau, die sich Blumen pflücken möchte, aber, ach, statt dessen den Generalstreik zu organisieren sich durchringt. Vom Gefängnis in Wronke zur Zelle in Stammheim ist es nur ein Schritt – da gerät man, zumal als Frau, in die Sphären gefühlter Geschichte.

Barbara Sukowa (36), die gebürtige Bremerin, hat wohl Rosa Luxemburg nicht nur gespielt. Sie empfindet das selbst so. Schon in Darmstadt, wo sie 1971 ihr erstes festes Theater-Engagement bekam, lief sie gegen „Bevormundungen“ Sturm. Sie nahm Stellung gegen den NATO-Nachrichtendienst-Beschluß. Sie kritisierte Polizeikontrollen in Brokdorf, und der „atomare Wahnsinn“ macht sie tieftraurig. Solche Ängste, die sie auch in Fassbinder-Filmen (zum Beispiel als Mieser in „Berlin Alexanderplatz“) spielte, bewegen sie wirklich.

Aber Barbara Sukowa ist eben auch eine glänzende Schauspielerin, auf der Bühne wie im Film. Das hat sie bewiesen in Frankfurt, wohin Luc Bondy sie verpflichtete, und in Hamburg, wo sie zwischen 1976 und 1980 unter Ivan Nagels Förderung zum Bühnenstar wurde. Sie ist ein tragischer Typ, der Lebens-Sehnsüchte



Mit einer Palme als beste weibliche Darstellerin geehrt: Barbara Sukowa

FOTO: KASPERSO

spiegelt, selbst wenn sie keine Miene bewegt.

Die Kraft ihrer Figuren kommt immer gleichsam aus der Hinterhand, wenn es niemand erwartet. Sie kann Gefährdung spielen, neurotische Zusammenbrüche und dann ebenso glaubwürdig den Durchbruch zur Tat, wie in Caroly Makks Psycho-Thriller „Die Jäger“, wo sie den Bedroher ihrer Existenz schließlich erschießt. Sie begründet Handeln aus intensivem Glücksverlangen heraus. Und das gibt es wenig auf Bühne und Leinwand: daß jemand bloß aufschaut – und schon ist man traurig und voller Sehnsucht.

Die Absolventin des Berliner Max-Reinhardt-Seminars hat nach ihrem Krach mit Peter Striebeck an Hamburgs Thalia-Theater (sie weigerte sich, eine Wohlverhaltens-Erklärung zu unterschreiben) im Jahr 1980 mehr Filme gedreht als Theater gespielt. Sie stand in Margarethe von Trotzas „Die biederne Zeit“ ebenso vor der Kamera wie in Fassbinders „Lola“.

Der Preis von Cannes wird ihr nun wohl zu einer internationalen Karriere verhelfen. Nicht nur in Deutschland mangelt es schließlich an Gesichtern, die von den blauen Flecken der Seele (FAZ) berichten.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Offenburger Tageblatt

Es meinet zu Wackersdorf:

Der Ruf (der Polizei-Gewerkschaft) nach einem „Meldedienst für gewalttätige Störer“ ist nur zu verständlich. Man weiß, daß es immer wieder dieselben sind, die man in Hamburg oder Berlin kennt, deren Daten aber in Bayern jetzt erst neu erfaßt werden müssen und dort wieder unnütz schmoren, wenn man sie in Rheinland-Pfalz bräuchte.

### Frankfurter Allgemeine

Auch diese Zeitung geht auf das Wochenende in Wackersdorf ein:

Eine Bürgerinitiative, die solche Gewalttäter bei sich beherbergt, sollte sich lieber als Verbrecher-Schutzverein bezeichnen ... Die beiden Kirchen aber sollten ein energisches Wort mit den Geistlichen reden, die mit ihrer Anwesenheit und mit Gottesdiensten dem Lager in Wackersdorf auch noch den Anschein einer moralischen Legitimation geben.

### die tageszeitung

Das alternative Berliner Blatt kommentiert den Grünen-Parteitag:

Entscheiden wird letztlich die hesische Landesversammlung, nicht die Bundespartei. Was also taugt dieser Kompromiß? In erster Linie ist er ein Mißtrauensvotum an die Realpolitik-kerne der eigenen Partei.

### Neue Presse

Sie relativiert Meinungsgrundlagen:

Wer wundert sich über das Resultat der jüngsten Blützfrage von Infas, das der SPD zusammen mit den Grünen eine satte Mehrheit bescheinigt –

falls heute gewählt würde? ... Die Diagnose, der Reaktor-Unfall von Tschernobyl könnte in Bonn eine politische Wende bewirken, ist nicht gerade originell ... Ebenso ist mit Entwicklungen zu rechnen, die der jeweiligen Regierung zugute kommen.

## SÜDKURIER

Die Konstanzener Zeitung schreibt zu den Vertriebenen:

Es ist jedes Jahr immer wieder dasselbe: Das Treffen und Massenveranstaltungen der von 1945 bis heute aus Osteuropa vertriebenen, geflohenen oder einfach nur in die Bundesrepublik ausgereisten Deutschen legen Wunden blut. Die Menschen, die bei den Pfingstkundgebungen ihrer verlorenen Heimat gedenken, machen sich in der Hauptsache des „Fehlens“ schuldig, schmerzhaft aufzutreten und nicht vergessen zu können. Und weil dies so ist, stimmen Moskau und die unter seiner Zucht stehenden osteuropäischen Staaten in den Entrüstungsrufen ein, der aus dem Wort „Revanchismus“ besteht.

## THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zu den afrikanischen Luftangriffen:

Es gibt ein machiavellistisches Argument, nach dem Aktionen langfristiger gerechtfertigt sein könnten, wenn sie es Botha ermöglichen, das Reformprogramm fortzuführen und vielleicht noch zu beschleunigen. Die Reaktion im Unterhaus und die der OAU bestätigen jedoch, daß der unmittelbare Effekt eine Verstärkung des Rufs nach Sanktionen sein wird.

## Nur eine halberzige Stärkung der Fachkompetenz

Die Novellierung des Berliner Hochschul-Gesetzes / Von Paul F. Reitze

Zwei Jahre vor seiner Berufung zum Wissenschaftssenator hat George Turner ein Buch über „Massenuniversität und Ausbildungsnotstand“ veröffentlicht, in dem unter anderem nachzulesen ist, die bundesdeutsche Hochschulpolitik befinde sich in der „Sackgasse“. Turner war damals Präsident der Universität Stuttgart-Hohenheim. Jetzt steckt er selbst mittendrin in dieser Sackgasse, als Hauptakteur.

Nachdem der Bund sein Hochschul-Rahmengesetz Ende letzten Jahres novelliert hat, legen Rheinland-Pfalz (das die Novellierung ursprünglich für überflüssig hielt) und Berlin Eile an den Tag, die Anpassung zu vollziehen. Mainz möchte vor den Wahlen 1987 alles unter Dach und Fach wissen. Turners Berliner Vorgänger, der neue Innenminister Kewenig, ließ ungehört schon geraume Zeit mit einer Novellierung. Er hat damit den Koalitionspartner FDP bis auf Blut gereizt (und umgekehrt).

Im Gespräch macht Turner kein Hehl daraus, daß er den Berliner Entwurf für keinen großen Wurf hält; was nun bis zum 2. Juni in die Beratungen geht, sei ein „Koalitionskompromiß, ausgehandelt auf höchster Ebene“.

Zu den Positiva rechnet er eine Entbürokratisierung auf allen Ebenen. Die Hochschulen erhalten mehr Autonomie (auch wenn sie sich darüber noch nicht beglückt gezeigt haben), und die Fachkompetenz wird gestärkt. Das Gesetz, in der vorletzten Fassung aus 195 Paragraphen bestehend, wird nur noch 137 enthalten. (In Rheinland-Pfalz kam man 1981 mit 29 Paragraphen aus.)

Die Hauptprobleme des Entwurfs: Die Professoren-Mehrheiten in den zentralen Gremien sind knapp bemessen. Die Stärkung der Fachkompetenz dort bleibt halberzig. Die Wahlverfahren sind zu schwerfällig. Die Amtszeit der Präsidenten ist mit vier Jahren äußerst kurz bemessen.

„Der Ansatz homogener Gruppeninteressen ist falsch“, sagt Turner. Er weist auf die Fraktionskämpfe an den Berliner Hochschulen seit fast zwei Jahrzehnten. „Kein Zweifel: Die Universitäten sind für die Studenten da, sonst würden Forschungsinstitute oder Akademien genügen. Aber die Verantwortung ist gestuft, bei Professoren wesentlich höher. Es wäre mißlich, wenn knappe Mehrheiten den Eindruck aufkommen ließen, es würde nach Standesinteressen abgestimmt.“

Turner will versuchen, wenigstens noch ein Quorum ins Gesetz zu bringen. Das ist ein heißes Eisen der Diskussion. Die Wahlmühen werden traditionell von den Studenten gestellt. Der Senator: „Es geht nicht um Disziplinierung oder Bestrafung, sondern darum, Verantwortung zu wecken.“ Ob die FDP mitzieht, ist offen.

Wie hätte ein fast ideales Gesetz auszusehen? In dessen Nähe kommt nach Turners Auffassung

das baden-württembergische. Es baut fachliche Verantwortung strikt von unten nach oben auf, von den einzelnen Instituten über die Fakultäten bis hin zu den zentralen Gremien.

In den Fakultätsrat werden so bis zu fünf Leiter von wissenschaftlichen Einrichtungen als „Amtsmitglieder“ entsandt. Das setzt sich nach oben fort: Fachinteressen statt Gruppeninteressen. Davon gibt es im Berliner Entwurf kaum mehr als Spurenelemente.

„Das wäre eine gute Sache: Fachinteressen quer durch die Gruppen“, resümiert Turner. Im übrigen tut ihm das Lob für das baden-württembergische Gesetz fast schon leid. Es habe den übrigen Ländern durchaus, auch ein schlechtes Beispiel gegeben. „Das baden-württembergische Gesetz, das am Anfang der modernen Entwicklung stand, ist Pinselstrich aus dem Kommunalverfassung abgemalt worden.“ Turners Fazit für alle Hochschul-

gesetze: „Der Ansatz ist falsch. Man kann nicht Hochschulen einfach wie Gebietskörperschaften behandeln.“ So sei kommunales Wahlrecht etwas anderes als dasjenige an den von Gruppen bestimmten Universitäten.

Von der Notwendigkeit einer Studienzeitverkürzung bleibt Turner überzeugt. Sie müsse über die Fachbereiche beziehungsweise Fakultäten vorangetrieben werden, mit Hilfe von Prämien (Freisemester für Professoren, besondere Kulanzen bei der Frage der wissenschaftlichen Ausstattung). Prämien soll es in Berlin überhaupt dort geben, wo Wissenschaft überdurchschnittlich funktioniert. Diese Sektoren möchte Turner ausbauen. „Damit erhalten wir auch auf längere Sicht die Studenten, die wir brauchen: die guten.“ Und die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), in Präsidententagen ein Lieblingsthema Turners? „Auflösen, auflösen, auflösen!“



## Das Flämmchen der Vernunft und der Toleranz

Seit zwanzig Jahren ist er die Seele der sowjetischen Bürgerrechts-Bewegung, seit mehr als sechs Jahren lebt er in Gorki in der Verbannung – als Privilegierter und doch als gefürchteter schlechter Gewissen des Systems: Andrej Sacharow. Heute wird er 65 Jahre alt.

Von CARL G. STRÖHM

Andrej Sacharow ist bereits jetzt eine der großen, tragischen Gestalten der russischen Geschichte. Was immer die sowjetischen Machthaber im Sinn haben – an dieser Tatsache wird sich nichts mehr ändern. Daß ein bedeutender Naturwissenschaftler zugleich ein großer Humanist ist, daß ein Mann, der als Vater der russischen Atombombe alle Privilegien des Regimes genoss, der Wahrheit und Aufklärung willen auf Macht, Glanz und Ansehen, auf Ehrungen und ein bequemes Leben verzichtete: Das ist eine der großen geistigen und menschlichen Taten unserer Zeit.

Daß das sowjetische Regime mit Andrej Sacharow nicht anders fertig werden kann als durch Isolierung und Verbannung, zeigt, für wie „gefährlich“ es ihn einschätzt. Die Behauptung, Moskau könne Sacharow nicht in Ruhe lassen und müsse seine Ausreisen in den Westen verweigern, weil er Geheimträger sei, hält einer näheren Überprüfung kaum stand. Was Sacharow über die Atome weiß, wissen inzwischen viele andere in West und Ost. Viel wahrscheinlicher ist, daß er deshalb nicht reisen darf, weil das Regime erstens eine Art Rachebedürfnis an einem ehemaligen Angehörigen der privilegierten Schicht spürt – und weil man zweitens bei anderen Intellektuellen oder Wissenschaftlern eine abschreckende Wirkung erzielen möchte. Daran hat bis jetzt auch der neue Kreni-Chief nichts geändert. Es ist fraglich, ob er überhaupt etwas ändern will.

Sacharow ist für die Sowjetunion, für die gesellschaftlich-politischen Zustände dieses Landes auf seltsame Weise typisch und zugleich untypisch. Er ist, wenn man so will, ein

Produkt des sowjetischen Systems. Aber zugleich ist er in seiner Art des Denkens und Verhaltens, in seiner Fähigkeit zu differenzieren und seiner Bereitschaft zu Toleranz das Gegenteil alles dessen, wofür das moderne Sowjetsystem typisch und charakteristisch ist. Sacharow ist, wenn man diesen Ausdruck aus dem 18. Jahrhundert in die Gegenwart übertragen kann, ein „Westler“.

Anders als etwa Soltschenikyn und viele russische Dissidenten sieht er das Heil des russischen Volkes nicht in einer Renaissance alter Ideen, nicht in einer Rückkehr zu überkommenen Vorstellungen aus der vorrevolutionären Zeit. Sacharow ist ein Aufklärer, ein Mann, der an die Vernunft, an das Rationale im Menschen glaubt. Auch seine Reaktion auf die Tschernobyl-Katastrophe war höchst aufschlußreich. Er, der keinerlei Anlaß hat, Moskau einen Gefallen zu erweisen, warnte vor Hysterie und Überreaktion.

Ist jenes Rußland, das er verkörpert, überhaupt existent? Ist Sacharow nicht ein einziger Rufer in der Wüste, der weder von den herrschenden Kommunisten noch von den Dissidenten und erst recht nicht von den Massen verstanden wird? Eine gewisse Einsamkeit lastet auf ihm. Sie ist nicht nur durch die erzwungene Isolation in Gorki bedingt. Die Gesamtsituation der Sowjetunion ist für differenzierte Betrachtungsweisen nicht günstig. Manchmal wirft man Sacharow sogar vor, er sei nicht genügend kategorisch.

Aber abgesehen vom körperlichen Zustand, abgesehen von den schweren psychischen und physischen Belastungen, die er in all den Jahren auf sich nehmen mußte: Das undifferenzierte Argumentieren war seine Sache auch in jüngeren Jahren nicht. Sacharow weiß, daß schnelle Veränderungen zum Positiven in der Sowjetunion nicht zu erwarten sind. Weder er noch die meisten Zeitgenossen können damit rechnen, noch Zeugen solcher Veränderungen zu werden. Er ist ein Wegbereiter für eine ferne Zukunft, jemand, der in der dunklen Nacht das Flämmchen der Vernunft und der Toleranz am Leben erhalten hat. Dafür gebührt ihm Ehre.



Verbannter in Gorki: Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner

FOTOS: AP



Freunde des Bürgerrechts trafen kurz nach dessen Verbannung die Straße gegenüber der Sowjet-Botschaft in Paris nach Andrej Sacharow

## Sacharow, der Kernphysiker von Weltrang

Von LUDWIG KÜRTEN

Angesichts der weltweiten Aufmerksamkeit, die Sacharows Kampf für die Menschenrechte gefunden hat, ist beinahe in Vergessenheit geraten, welche hohen Verdienste er sich auch auf naturwissenschaftlichem Gebiet erworben hat. Dabei ist es gerade seine Beteiligung an den Forschungsarbeiten für die sowjetische Wasserstoffbombe, die den Behörden den Vorwand liefert, ihm als „Geheimsträger“ die Ausreise zu verweigern.

Die sowjetischen Behörden verfolgen in den letzten Jahren allem Anschein nach die Strategie, Sacharow so lange zu isolieren, bis im Westen die Aufmerksamkeit für ihn erlahmt. Aus diesem Grund haben in jüngster Zeit einige Wissenschaftler vorgeschlagen, den Sowjets klarzumachen, daß Sacharow auch als Gründer eines fundamentalen Zweiges der Physik eine „unvergessliche“ Rolle spielt, die

ihn in eine Reihe mit den bedeutendsten Naturwissenschaftlern dieses Jahrhunderts stellt.

Sacharow war seit den 40er Jahren in verschiedenen Gebieten der Kernphysik tätig und hat bis zu seiner Verbannung nach Gorki regelmäßig Ergebnisse publiziert. In den siebziger Jahren beschränkten sich diese auf grundlegende Arbeiten zu theoretischen Fragen der Physik. Dennoch versuchten die Behörden, ihn 1980 mit der Behauptung zu diffamieren, er befände sich in einer schöpferischen Krise. Davon konnte jedoch keine Rede sein. Schon jetzt ist klar, daß er seiner Zeit immer weit voraus war: Die in den 70er Jahren von ihm vorgeschlagenen Lösungen sind heute hochaktuell und weisen einen Weg aus mancher wissenschaftlichen Sackgasse.

Andrej Sacharows Beitrag zur Wasserstoffbombe war ein „Abfallprodukt“ seiner Arbeiten über die Kern-

fusion, jenen Prozeß, bei dem leichte Atome miteinander zu schweren verschmelzen. Dieser Prozeß, der auch im Inneren der Sonne abläuft, setzt enorme Mengen an Energie frei. Sacharow fand schon 1950 einen Weg, wie man das größte Problem bei der friedlichen Nutzung der Kernfusion – Erzeugung und Kontrolle der dazu notwendigen extrem hohen Temperaturen – technisch lösen kann. Er schlug vor, das heiße Plasma in einer „magnetischen Flasche“ einzuschließen. Diese Apparatur, ein Ring aus sehr starken Magneten, die das Fusionsmaterial bündeln, erwies sich tatsächlich als technisch durchführbar und arbeitet heute als „Tokamak“ in den Forschungs-Laboratorien für die Kernfusion.

Die größte Bedeutung haben wohl Sacharows Arbeiten zur Vereinheitlichung der Naturkräfte. Schon 1966 hatte er die Existenz bestimmter Elementarteilchen und Wechselwirkungen

zwischen ihnen vermutet, die auf die sogenannte „Quark-Theorie der Materie“ hindeuteten. Damals wurden seine Arbeiten weitgehend ignoriert, weil die etablierte Physik die Existenz dieser Elementarteilchen für unmöglich hielt. Heute sind sie jedoch nachgewiesen und gehören zum festen Bestandteil aller kernphysikalischen Theorien.

Seiner Zeit voraus waren auch Sacharows Berechnungen über die Ursache der ungleichen Verteilung von Materie und Antimaterie im Weltall. Die Entstehung des Weltalls im Urknall zu erklären, ist ohne diese Vorarbeiten heute nicht mehr denkbar.

Obwohl Sacharow bislang nie die Gelegenheit hatte, seine Ideen und Lösungsansätze detailliert zu veröffentlichen, besteht doch unter Physikern kein Zweifel, welchen hohen Wert sie für zukünftige Forschungsarbeiten noch haben werden.

## Bundestag und Knesset knüpfen die Bande enger

Mit kritischen Blicken zurück, vor allem aber auch mit hoffnungsvollen Blicken voraus – so verläuft der Israel-Besuch des Bundestagspräsidiums unter Leitung von Philipp Jenninger. Erstmals ist das ganze Präsidium Gast der Knesset.

Von EBERHARD NITSCHKE

Begegnung mit der Geschichte in Dokumenten. Briefkopf: „Die WELT, Wien, Türkenstraße 9“, unter der Datumzeile von 1901 die Signatur „Franz Kafka“. Ein Brief aus der Redaktion dieser untergegangenen Zeitschrift an Martin Buber mit der Bitte um Kritik eines neu aufgeführten Dramas. Mitteilungen Rainer Maria Rilkes an den jüdischen Schriftsteller Stefan Zweig von 1906. Briefe Walter Rathenaus, ein Brief Heinrich Heines vom 10. Januar 1826 nach seiner Taufe an Moses Moser: „Ich bin jetzt bei Christ und Jude verhaftet.“

Der Direktor der jüdischen National- und Universitätsbibliothek, Professor Malachi Beit-Arie, schob den Politikern aus Bonn – neben Jenninger (CDU), Annemarie Renger (SPD), Heinz Westphal (SPD), Richard Stücklen (CSU) und Dieter Julius Cronenberg (FDP) – in seinem Büro schließlich noch die Leinen-Kassette hin, in der in der Hebräischen Universität von Jerusalem Albert Einsteins Niederschrift zur Relativitätstheorie unter dem Titel „Prinzipielle Erwägungen zum Postulat der Relativität“ aufbewahrt wird.

Es war kein Zufall, daß den Gästen zu Beginn ihrer mehrtägigen Gespräche, in denen es wesentlich um die Intensivierung der freundschaftlichen Beziehungen ging, auf diese subtilen Weise vorgeführt wurde, was das Judentum in Politik, Geistesleben und Wissenschaft im deutschsprachigen Raum einmal bedeutet hatte, was untergegangen ist, was wieder aufgebaut werden soll.

Jenninger verstand die Strategie. In einer Dankadresse erwähnte er, daß er in seinem ersten juristischen Semester in Tübingen völlig außerplanmäßig zu den Hören des damals nach 1945 hier lehrenden israelischen Religionsphilosophen Martin Buber zählte. Dessen Bücher habe man zu dieser Zeit noch nicht in Deutschland kaufen können, und Buber habe ihm auf Anfrage danach mitgeteilt: „Wenn Sie mich richtig verstehen wollen, dann kommen Sie nach Israel“ – ein Hinweis, dem Jenninger schon in früheren Jahren gefolgt war.

Der Pfingstmontag kommt im israelischen Kalender nicht als Feiertag vor, und für die Knesset, das Parlament in Jerusalem, war er sogar der erste Sitzungstag in der Sommerperiode. Ministerpräsident Shimon Peres begrüßte vor seiner Regierungserklärung zur Situation des weltweiten Terrorismus und des dramatischen Verfalls der Erdölpreise den Bundestagspräsidenten und seine Delegation auf der Tribüne. Da sprang ein orthodoxer langjähriger Abgeordneter auf und verkündete am Saal-Mikrofon einen Protest. Es war, wie sich später herausstellte, nicht nur wegen der Gäste, sondern wegen eines gegen seinen Willen angekündigten zusätzlichen Tagesordnungspunktes, wie die der hebräischen Sprache nicht mächtigen Besucher dann erfuhren.

Kritisches hörten die Gäste dann doch von israelischen Abgeordneten verschiedener Parteien in einer gro-

ßen Runde, in der noch einmal das Problem antisemitischer Äußerungen in der Bundesrepublik Deutschland auftauchte, wobei Fassbinders nachgelassenes Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ und der Kampf um seine Aufführung im Mittelpunkt standen. Jenninger verwies auf einen Aufsatz des jüdischen Publizisten Erich Fried, der sich gerade vehement für eine Zulassung der Aufführung in einem deutschen Zeitschriftenaufsatz eingesetzt habe. Dies, so Jenninger, sage er, um das ganze Meinungsbild zu diesem Problem aufzuzeigen. Und als ihm vorgehalten wurde, die neue Spielart des Antisemitismus heiße „Anti-Israelismus“, stellte der Bundestagspräsident fest, „die riesige Mehrheit“ der Deutschen schließe sich solchen Einzelansichten von Außenseitern nicht an.

Zu einem anderen Bereich gab es ebenfalls eine deutliche Meinungsäußerung. Da man zu Beginn der Sitzung beschlossen hatte, sich unter Freunden alles zu sagen, was man auf dem Herzen hat, nahm Bundestags-Vizepräsident Westphal die Gelegenheit wahr, um für seine Partei zu erklären: „Ich möchte, daß Terrorismus nicht mit militärischen, sondern nur mit politischen Mitteln bekämpft wird“, was kommentarlos aufgenommen wurde.

Wichtiger wohl als die Kritik – zum Beispiel auch an Bundeskanzler Helmut Kohl's positiver Äußerung über Kurt Waldheim – war den Abgeordneten eine Liste von Zionisten, die in der Sowjetunion zu Haftstrafen verurteilt wurden und für deren Freilassung sich die Deutschen anlässlich der bevorstehenden Tagung der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) in Bonn einzusetzen versprochen.

Was die Gastgeber zukünftig von der Zusammenarbeit mit den Deutschen erwarten, wurde in Gesprächen Jenningers und der Delegation

mit Premier Shimon Peres, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik, Abba Eban, mit Staatspräsident Chaim Herzog und Außenminister Jitzhak Shamir besprochen. Nicht zuletzt auch mit dem Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, der sich sogar bei einem informellen Delegations-treffen „Bei Fink“ zeigte, jenem legendären Lokal des ehemaligen Führers Burgers David Rothschild, in dem Prominenz keine Sonderrechte erwarten kann. So erging es dem damaligen US-Außenminister Henry Kissinger. Rothschild weigerte sich seinerzeit, für die Sicherheit Kissingers seine Stammgäste aus dem Restaurant zu vertreiben. Selbstverständlich, daß auch die Bonner Delegation sich hier auf engstem Raum mit den übrigen Gästen zu arrangieren hatte.

Obwohl fast gleichzeitig mit der deutschen Delegation der italienische Außenminister Andreotti in Jerusalem eingetroffen war, konnte der deutsche Botschafter Wilhelm Haas das gestellte Interesse an der deutschen Gruppe feststellen. Immerhin enthält eine Liste von 14 Themen, die israelisch-deutsche Parlamentarier-Gruppen nach Vorstellung der Israelis jetzt besprechen sollen, so wichtige Punkte wie die Konsolidierung der durch die jährliche deutsche 140-Millionen-Dollar-Anleihe an Israel entstandenen Schuld, gemeinsame Entwicklungen und Forschungsprojekte oder Vorschläge wie den, daß deutsche Städte in Israel Kulturzentren und Synagogen „auf ihren Namen“ errichten sollen.

Daß solche Vorstellungen naheliegen, erfuhr der Schwabe Philipp Jenninger beim Besuch des von jüdisch-schwabischen Auswanderern 1938 nördlich von Akko an der Mittelmeerküste gegründeten Shave Zion, was eigentlich wie die verlorene Heimatgemeinde Rixingen heißen sollte.



Ehrengarde vor der Knesset: Philipp Jenninger in Jerusalem

FOTO: DPA

Planen Sie mit uns  
Ihre Finanzen und Ihren Erfolg.

Deutsche Bank

## Ihren Erfolg können Sie planen. Wir helfen Ihnen dabei. Mit unserem Finanz- und Erfolgsplanungs-Service.

Wer als Unternehmer systematisch plant, kann seinen Betrieb besser in eine erfolgreiche Zukunft steuern. Doch gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist dies eine Kosten- und Zeitaufgabe.

Damit Sie jetzt einfach, schnell und erfolgreich planen können, haben wir „db-plan“, unseren Finanz- und Erfolgsplanungs-Service, entwickelt. Ihr Vorteil: Ohne viel Aufwand gewinnen Sie wichtige Erkenntnisse über Ihr Unternehmen.

Welchen Nutzen das EDV-Service-Angebot für Ihr Unternehmen hat, sagt Ihnen gern unser Firmenkunden-Betreuer. Er hält auch unsere Mittelstandsbroschüre für Sie bereit, die Ihnen einen ersten Überblick gibt.

Oder wenden Sie sich direkt an die Deutsche Bank AG, Zentrale Firmenkunden-Abteilung, Postfach 10 06 01, 6000 Frankfurt 1.

Deutsche Bank





## Geißler kündigt Offensive gegen „SPD-Angsttaktik“ an

CDU-Generalsekretär erwartet Kopf-an-Kopf-Rennen in Hannover

GÜNTHER BADING, Bonn  
Die „Angsthysterie“ nach dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl hat nach Einschätzung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Wahlchancen der Union in Niedersachsen geschmälert. Zum Auftakt der „heißen Phase“ des niedersächsischen Landtagswahlkampfes sagte Geißler in Bonn, nach den heute vorliegenden Umfrageergebnissen könne es bei der Wahl am 15. Juni zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Lager CDU/FDP und SPD/Grüne. Vor dem Unfall von Tschernobyl und der „daran anknüpfenden Angststrategie“ der SPD sei die Ausgangslage für Union und Liberale besser gewesen.

Die CDU werde in Niedersachsen und der ganzen Republik eine „umfassende Aufklärungs- und Informationsaktion“ durchführen. „Es ist für den Bestand der Demokratie dringend notwendig, auf irrationale Ängste mit rationalen Vorschlägen und Lösungen zu antworten“, sagte Geißler. „SPD und Grüne wollen mit einer Strategie der Angst Stimmen gewinnen. Es wäre ein Treppenzug in der Geschichte der deutschen Parlamentswahlen, wenn wegen des Unfalls in einem technisch absolut unzulänglichen sowjetischen Kernkraftwerk und der daraus entstehenden unverantwortlichen Gefährdung der deutschen Bevölkerung ausgerechnet die Linke in der Bundesrepublik Deutschland über eine solide und erfolgreiche Politik der CDU in Niedersachsen triumphieren würde.“

### SPD-Strategie offenlegen

Mit ihrer Informationsaktion verfolge die CDU drei Ziele, erläuterte Geißler:

- Den Bürgern in Niedersachsen solle klar gemacht werden, daß sie zwischen der „über zehn Jahre bewährten erfolgreichen Politik“ Ernst Albrechts oder einem „rot-grünen Abenteuer“ mit Gerhard Schröder zu wählen hätten.
- Die Angststrategie der SPD soll offengelegt werden; diese habe zum Ziel, von der eigenen Alternativlosigkeit ebenso abzulenken wie von der „Tatsache, daß die SPD, allen gegenwärtigen Beteuerungen zum Trotz, genauso wie in Hessen nach der Landtagswahl in Niedersachsen bereit ist, eine Koalition mit den Grünen einzugehen“.

Die Wähler sollen aufgeklärt werden, daß sie auch darüber entscheiden, ob die Bundesregierung „ihre erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik fortführen kann oder ob sie durch einen rot-grün gesteuerten Bundesrat blockiert werden kann“.

### Kritik an den Grünen

Die Koalitionsstrategie der Grünen gegenüber der SPD basiere auf der „begründeten Erwartung, daß die SPD einen politischen Inhalt nach dem anderen von den Grünen übernimmt“. Die politische Bedeutung der Grünen „resultiert ausschließlich und allein aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten offenbar bereit sind, sich in das Schlepptau dieser Strategie nehmen zu lassen und immer mehr auf die Forderungen der Grünen einzugehen, mit dem Ziel, wieder an die Macht zu kommen“.

Geißler setzte sich kritisch mit dem jüngsten Grünen-Parteitag auseinander, der in wichtigen nationalen Fragen selbstzerstörerische Züge getragen und die Unglaubwürdigkeit der Partei zu Aspekten der Moral und der Menschenrechte unterstrichen habe. Die Forderung nach Austritt aus der NATO und Abschaffung der Wehrpflicht zeige die Moskautätigkeit der Grünen. Geißler warf der Linken in der Bundesrepublik vor, immer dann zur Anwendung von Gewalt bereit zu sein, wenn sie demokratisch zustandekommene Entscheidungen nicht für richtig halte. Die Linke glaube, ein „elitäres Recht“ zu besitzen in solchen Fällen physische oder psychische Gewalt anzuwenden. Beispiele dafür seien die Krawalle um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und auch die Bündnispolitik der Jungsozialisten an Hochschulen, die dort mit Kommunisten gemeinsame Sache machten.

## „Mit den Grünen kann man nicht regieren“

WELT-Umfrage bei den SPD-Landesverbänden

DW, Bonn  
Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft – mit diesen Maximalforderungen haben die Grünen auf ihrem Pfingstparteitag in Hannover für einen Paukenschlag gesorgt. In einer Blitzumfrage registrierten die Landeskorrespondenten der WELT die Auswirkungen der einzelnen SPD-Verbände. „Ist – so lautete die Frage – „unter diesen Vorzeichen noch eine irgendwie geartete rot-grüne Zusammenarbeit möglich?“

● Hamburg: Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Chef der Regierungsfaktion in der Bürgerschaft, Henning Voscherau: „Für die Beschlüsse der Grünen in Hannover bin ich sehr dankbar. Die galoppierende Verantwortungslosigkeit wird jetzt wohl für den letzten sichtbar. Mit dieser Partei kann man nicht regieren.“

● Berlin: „Eine Politik des Ausstiegs aus der NATO ist mit den Sozialdemokraten nicht zu machen“, stellt der SPD-Landesvorsitzende Jürgen Egerst zum Grünen-Parteitag fest. Die Berliner Sozialdemokraten streben zudem einen „planvollen Ausstieg“ aus der Kernenergie an. „Ein solches Konzept ist in der Diskussion des Parteitag der Grünen nicht erkennbar geworden.“

### Zeit für Börner?

● Hessen: Im Land des rot-grünen Bündnisses soll sich Ministerpräsident Holger Börner (SPD) gestern überraschend mit einem „Koalitionsgespräch“ mit der Spitze der hessischen Grünen getroffen haben. Zum Auftakt verlaute es aus Börners Umgebung: „Es wird weder einen Bruch noch eine Vereinbarung geben.“ Die hessischen Grünen, die ihren „Disseus“ mit der SPD über den von ihnen schon immer verlangten Ausstieg aus der Kernenergie schon in den Bündnisgesprächen von 1983 schriftlich niedergelegt hatten, wollten der SPD nach einer Erklärung ihres Umweltministers Fischer bis

zum Jahresende „Zeit lassen“, einen Plan für den Ausstieg aus der Kernenergie aufzustellen. Am 7. und 8. Juni wollen die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung in Gießen „autonom“ entscheiden, welche Folgerungen aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl für die hessische Landespolitik gezogen werden sollten.

### Gelassenheit in Bremen

● Bremen: SPD-Fraktionssprecher Werner Herminghaus bleibt gelassen: „Wir gehen davon aus, daß wir bei den Bürgerschaftswahlen im Herbst 1987 wieder die absolute Mehrheit bekommen.“

● Baden-Württemberg: Für „nicht ernst zu nehmen“, hält SPD-Chef Ulrich Lang den Forderungskatalog der Grünen: „Wenn es bei ihnen jemals das Bedürfnis zur Zusammenarbeit mit der SPD gegeben haben sollte, dann hat ihr Bundeskongreß in Hannover dazu beigetragen, daß es dazu so bald nicht kommt.“

● Nordrhein-Westfalen: SPD-Kanzlerkandidat und Ministerpräsident Johannes Rau sieht sich in seiner Ablehnung bestätigt: „Die Grünen sind keine Partner; mit denen man verantwortbare Politik verabreden kann.“

● Niedersachsen: SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder: „Man soll den Grünen-Parteitag nicht zu wichtig nehmen.“ Es werde „keine Diskussion über einzelne Kraftwerke (die bereits in Betrieb oder genehmigt sind) geben.“ Die Ausnahme: Zweifel an der „Bruchlosigkeit“ des Reaktors Stade, bei dessen Druckbehälter angeblich die Schweißnähte „versprödet“ sein sollen, bedürften eingehender Überprüfung.

● Saarland: Inhaltlich werden „keine Berührungspunkte“ mit den Grünen-Beschlüssen gesehen. Während die Ökopartei für den Austritt aus der NATO einträte, habe sich Ministerpräsident Lafontaine lediglich für das Verlassen der militärischen Integration des Verteidigungsbündnisses ausgesprochen. „Ein qualitativer Unterschied“, meint Schneider, keineswegs jedenfalls eine Vorstufe zu der Forderung der Grünen Bundespartei.

## SPD-Pläne zum Ausstieg aus der Atomkraft

DW, Bonn

Der Vorstand des SPD-Bezirks westliches Westfalen, Hermann Heinemann, hat einen Stufenplan zum Ausstieg aus der Kernenergie vorgelegt. Das Papier wird Grundlage eines Antrages auf dem Parteitag im Juni sein und wird für die anderen SPD-Bezirke in NRW Signalcharakter haben. Darin wird gefordert, den Schnellen Brüter in Kalkar nicht in Betrieb gehen zu lassen, den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu stoppen und alle mit Sicherheitsmängeln behafteten Reaktoren sofort stillzulegen.

Baden-Württembergs Sozialdemokraten plädieren ihrerseits für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. In einem gestern veröffentlichten Stufenplan schlagen sie vor, bis zum Jahr 2000 die drei Kernkraftwerke im Land vorzeitig stillzulegen. Die in diesen Anlagen installierte Leistung von über 3000 Megawatt will die SPD durch den Zubau weiterer „umweltfreundlicher“ Kohlekraftwerke ersetzen. Allerdings geht die Rechnung nur auf, wenn der jährliche Stromverbrauchszuwachs im Südwesten, der zwischen 1981 und 1985 bei 3,2 Prozent lag, auf 1,3 Prozent gesenkt werden kann. Erreicht werden soll dieses Einsparungsziel vor allem durch „verbrauchshemmende“ Strompreise.

## Chaos vor dem Kulturgipfel mit Frankreich

P.F.R. Bonn

Die Vorbereitungen des deutsch-französischen Kulturgipfels, der im Oktober in Frankfurt stattfinden soll, sind auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. In Bonn geht man davon aus, daß Außenminister Genscher auf seinem morgigen Pariser Treffen mit seinem Kollegen Raymond eine neue Terminplanung anregen wird. Bereits heute werden Fachbeamte beider Länder darüber beraten.

Der Gipfel soll durch zwei Kulturforen in Versailles (Juni) und Avignon vorstrukturiert werden. Die Veranstaltung in Avignon, bis vor wenigen Tagen für Juli geplant, dürfte auf September verschoben werden. Damit bliebe bis zu den Gipfelberäthungen nur noch ein Monat, um Beschlüsse der Regierungschefs vorzubereiten.

Im Juli findet in Avignon ein Theaterfestival statt. Die französische Seite sieht sich nun außerstande, die erforderlichen Hotelszimmer für beide Delegationen zu besorgen. Statt der notwendigen 150 bis 200 Räume könnten lediglich rund 30 zur Verfügung gestellt werden.

Nicht weniger chaotisch ist der inhaltliche Stand der Planung für Avignon. Von französischer Seite gibt es noch keine Vorlage. Auch die Arbeiten des deutschen Stabs stecken in den Anfängen.

Da das Forum in Avignon mit im engeren Sinn kulturellen Fragen befaßt sein soll, war beabsichtigt gewesen, prominente Künstler für eine Teilnahme zu gewinnen. Weil im Juni in fünf und im Juli in sechs Bundesländern die Schulferien beginnen, war es nicht gelungen, eine hochkarätige Namensliste zusammenzustellen.

Das Forum in Versailles gewinnt demgegenüber allmählich Konturen. Es wird den Bereichen Bildung und Wissenschaft gewidmet sein. Aber auch hier ergeben sich zumindest protokollarische Probleme.

Der bremische Bürgermeister Wedemeyer (SPD), nach dem deutsch-französischen Vertrag Bevollmächtigter der deutschen Seite, hat zum Erstaunen seiner Ministerpräsidenten-Kollegen inzwischen festgestellt, daß er an der Eröffnungssitzung am 24. Juni verhindert ist. An diesem Tag ergeht das Karlsruher Urteil zum Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern; Bremen ist Kläger.

Wedemeyer will sich durch seinen Kultusminister Franke, derzeit Präsident der Kultusministerkonferenz, in Versailles vertreten lassen. Mit Vertretung wurde von mehreren Staatskanzleien registriert, daß Wedemeyer auf Vorschläge von Amtskollegen seit März nicht reagiert hat.

## „Stern“-Chef Winter abgelöst

Rei, Hamburg

Rolf Winter ist als Chefredakteur der Hamburger Illustrierten „Stern“ abgelöst worden. Wie der Vorstandsvorsitzende des Verlags Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen, gestern in einer Redaktionsversammlung mitteilte, trenne man sich einvernehmlich. Ein Nachfolger werde „aus dem Haus“ kommen, wobei offenblieb, ob damit der „Stern“ oder Gruner + Jahr gemeint war. Hintergrund der Ablösung sind offenbar Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Berichterstattung zum Reaktorunglück im sowjetischen Tschernobyl. Der Verlag soll 40 Extra-Seiten für Information und Leser-Service angeboten haben. Doch erst sei Winter nicht erreichbar gewesen, dann habe er sich gestürzt. Der 58-jährige Journalist hatte die „Stern“-Chefredaktion im April 1984 übernommen.

WELT-Serie Die „Außenpolitik“ der Länder (IV): Bremen

## An der Weser heißt es „Außenkontakte“

Von W. WESSENDORF

Von Bremen hat die 23 Jahre alte Krankenschwester Fatou Cham noch nie etwas gehört, dennoch ist ihr, wie auch allen ihren Schwesternkolleginnen am Royal-Victoria-Krankenhaus am Royal-Victoria-Hauptplatz in der bremischen Altstadt Banjul, der Name des bremischen Ortsteiles Findorff vertraut. Täglich liest Fatou Cham den roten leicht verbläuten Schriftzug „Städtische Krankenhäuser Findorff“ auf ihrem Kittel. Und sie weiß auch, daß es einst im Fernen Europa ein Krankenhaus dieses Namens gab, dessen Einrichtungen – vom Operationssaal über Krankbetten und Laborgeräte bis zum Schwestermittel – jetzt ihrem Land nutzen.

### Ein Landesamt für Zusammenarbeit

Dieses Beispiel ist nur ein Ausschnitt der Bremer Entwicklungszusammenarbeit, mit der das kleinste Bundesland einen Teil seiner „Außenpolitik“ betreibt, die seine Landesregierung als „Außenkontakte“ beschreibt. Die Entwicklungspolitik des kleinsten Bundeslandes unterscheidet sich dabei – wie am Beispiel ablesbar – in ihren Methoden und Zielen grundsätzlich von der anderer Länder.

Alle Bemühungen steuert in der Hansestadt das Landesamt für Zusammenarbeit, dem Wirtschaftsressort angeschlossen. Es ist das einzige seiner Art in der Bundesrepublik. Amtsleiter Gunter Hülliges umreißt die Aufgabe im Gespräch mit der WELT: „Die bremischen Aktivitäten zielen auf die Förderung eigener Anstrengungen der Entwicklungsländer, um selbstbestimmte demokratische und sozial ausgeglichene Strukturen zu schaffen.“

Die Unterstützung beschränkt sich auf einige wenige der ärmsten Entwicklungsländer sowie ausgewählte Regionen in Indien, Bangladesch, Flüchtlingslager in Nicaragua und in der Westsahara.

Und wenn sich Bremen „außenpolitisch“ in Namibia engagiert, dann spielt auch die Geschichte der Hansestadt eine wesentliche Rolle. 1884 begann die deutsche Kolonialpolitik als Reichskanzler Bismarck die Besitzungen des Bremer Kaufmannes Adolf Lüderitz in Südwestafrika unter die „Schutzherrschaft des Reiches“ stellte. Mit den Projektpartnern Universität Bremen, der South West African Peoples' Organization (SWAPO) und der Unterstützung der EG sowie des für Namibia zuständigen Institutes der Vereinten Nationen soll jetzt ein selbstständiges Bildungswesen aufgebaut werden.

Das erste Schulbuch über Geschichte war denn auch wegen seiner Darstellung umstritten. Der Senator für Bildung räumte bei seinem ersten Erscheinen 1984 Parteilichkeit ein. Horst-Werner Franke zur WELT: „Ich glaube, daß die Partei im Zusammenhang mit der Kolonialgeschichte legitim ist.“ Jetzt soll ein Band über Geographie erarbeitet werden.

Die sozialdemokratische Landesregierung pflegt darüber hinaus ganz spezielle Auslandsbeziehungen zu Danzig, Riga und Dailan, am 12. April 1978 traf sie mit der polnischen Hafenstadt eine Rahmenvereinbarung, spielte damit bundesweit den Vorreiter. „Die kleinsten müssen die schnellsten sein“, lautet die Devise des Bremer Senats. Die Bundesregierung begrüßte den Vertrag zwischen den beiden Hansestädten.

„Die Ausarbeitung der Rahmenvereinbarung“ erfolgte stets in en-

ger Abstimmung mit dem auswärtigen Amt, was beispielsweise die Ortsnamen, Gebietsbezeichnungen und Kompetenzverteilung angeht“, erklärte der Sprecher des Senats Reinhold Ostendorf gegenüber der WELT. „Wir haben dabei die Absicht, die Warschauer und Moskauer Verträge mit Leben zu erfüllen.“ Die Außenkontakte des Zweistädtes hielten sich stets an die Leitlinien der Bonner Außenpolitik, die Bremer Landesregierung übernehme keine eigene Rolle. Es gehe hier in diesem Zusammenhang weniger um den Austausch von Funktionären als die Bürger haben wie drüben einander näherzubringen und ihre Beziehungen zu festigen.

Der Rahmen der Partnerschaft mit Danzig wird denn auch auf eine sehr spezielle Zusammenarbeit abgestellt, das brachte ein neues Element in die Städtebeziehungen. Danach begann ein intensiver Austausch auf dem Gebiet Gesundheitswesen.

Eine zweite geistige Brücke schlug Bremen Anfang 1985 nach Riga. Damit sich ihre Einwohner näherkommen, unterzeichnete der damalige bremische Bürgermeister Hans Koschnick und der Vorsitzende des Riga-Exekutiv-Komitees Alfred Rubikshin im historischen Rathaus des zweitgrößten sowjetischen Ostseehafens ebenfalls eine Rahmenvereinbarung, umgeschaltet aller ideologischen und gesellschaftlichen

Unterschiede in Frieden und Freundschaft miteinander zu arbeiten und zu leben.“

Rasant entwickelte sich nach über einjähriger Partnerschaft die vielfältigen Aktivitäten zwischen Bremen und Dailan (Volksrepublik China). In der ersten Hälfte März absolvierte ein Team bremischer Hafenfachleute wiederum ein 14tägiges Planungs- und Management-Seminar in der zweitgrößten chinesischen Hafenstadt. Schon im vergangenen Jahr wurde in der Hansestadt ein Containerseminar für 25 Hafen-, Schiffs- und Speditionsexperten aus dem Reich der Mitte veranstaltet. Weiterhin ist ein Kooperationsabkommen mit chinesischen Werften und die Einrichtung einer technischen Transferstelle im Off-shore-Bereich in Vorbereitung.

Neuester Schachzug der Hanseaten von der Weser: In Kürze soll ein eigenes Büro bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel eingerichtet werden. Der Senat für Bundesangelegenheiten Wolfgang Kahrs zur WELT: „Wir wollen es aber klein halten, es soll den Charakter einer Beobachtungsstation behalten, um Informationen nach Bremen weiterzugeben.“

### Es geht um die Wahrung des Föderalismus

Die Landesregierung will damit auch dokumentieren, daß sie keine eigene Außenpolitik betreibt, indes kritisiert der Senator die Bundesregierung, sie habe die Bundesländer in Sachen EG-Verträge nie um Rat gebeten, dabei seien allerdings vitale Interessen Bremens berührt worden, insbesondere gehe es um den größeren Einfluß der EG-Kommission auf regionale Wirtschaftshilfen des Bundes.

Zur Wahrung der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik müsse bei einer Weiterentwicklung der europäischen Integration eine stärkere Beteiligung der Länder am politischen Entscheidungsprozeß vorgesehen werden. Kompetenzen der Länder dürfen nicht ohne Einwilligung von ihnen auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen werden, sagt Kahrs.

## Elektronik in Bibliotheken

dpa, Oldenburg

Der Einsatz elektronischer Technik für die Tätigkeit von Bibliothekaren ist eines der Schwerpunktthemen beim 78. Deutschen Bibliothekartag, der gestern in Oldenburg begonnen hat. Außerdem wird auf dem fünftägigen Kongreß, auf dem mehr als tausend Bibliothekare anwesend sind, über das elektronische Publizieren und die Speicherung wissenschaftlicher Veröffentlichungen in Datenbanken diskutiert. Zu den prominenten Gästen auf der Tagung, die unter dem Thema „Internationalität der Wissenschaft – Praxis der Bibliotheken“ steht, zählt der italienische Botschafter Luigi Vittorio Ferraris.

Veranstalter der Fachtagung sind der Verein Deutscher Bibliothekare und der Verein der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken.

## Parlamentarier diskutieren KSZE

AP, Bonn

Auf einer einwöchigen Konferenz befaßt sich die Interparlamentarische Union, eine internationale Vereinigung der Parlamente, in der kommenden Woche in Bonn mit der KSZE-Schlussakte. Die Konferenz soll eine Zwischenbilanz des Entspannungsprozesses ziehen und ihre Erwartungen an die dritte KSZE-Folgekonferenz im November in Wien formulieren.

Zum Beginn der Parlamentartagung werden am Montag Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Bundeskanzler Helmut Kohl und der Ratspräsident Hans Störcken sprechen. Nach Ausschlußberatungen werden am 31. Mai Entscheidungen zum KSZE-Prozeß verabschiedet. Zur Teilnahme wird auch eine elfköpfige Delegation des Obersten Sowjets erwartet.

## Die Welt steckt voller Degussa



Ohne Eiweiß kein Leben, denn Eiweiß ist unentbehrlicher Baustein jeder lebenden Zelle. Und ohne Aminosäuren kein Eiweiß, denn Aminosäuren bauen die Eiweißmoleküle auf.

Eine der lebenswichtigen Aminosäuren ist Methionin. Es dient heute überall auf der Welt zur Verbesserung von Geflügelmischfütter. Methionin ergänzt natürliche Aminosäuren im pflanzlichen Eiweiß. Degussa, einer der größten Hersteller, produziert Methionin in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien und in den USA.

Degussa hilft, unser Nahrungsangebot zu verbessern. Eine Leistung unter vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

**Degussa**

Degussa, Teil unserer Welt. Metall. Chemie. Pharma.



## Das Geschäft im Weltraum lockt die Chinesen

JÖCHEN HEHN, Hongkong

Die Volksrepublik China ist auf dem besten Wege, ein ernstzunehmender Konkurrent im exklusiven Kreis der Weltraumfahrt-Nationen zu werden. Nach der Unterzeichnung eines Vertrages mit der schwedischen Raumfahrt-Agentur im März über den Start eines Kommunikationsatelliten konnte China nun schon den zweiten Coup landen.

Mit dem amerikanischen Weltraumstationen-Konzern Telesat wurde vereinbart, die beiden Satelliten Palab-B und Westar VI, die 1984 vom Space Shuttle „Discovery“ aus ihren fehlerhaften Umlaufbahnen im Weltraum geborgen wurden, mit Hilfe chinesischer Träger Raketen auf geostationäre Bahnen zu bringen.

### Programm begann 1956

Die Abkommen mit den westlichen Nationen machen deutlich, daß die chinesische Raumfahrtindustrie von der experimentellen in die kommerzielle Phase eingetreten ist. China begann sein Raumfahrtprogramm im Jahre 1956. Anfang der sechziger Jahre wurden die ersten Träger Raketen entwickelt. Als modernste Version steht den Chinesen heute die dreistufige Träger Rakete vom Typ „Langer Marsch III“ zur Verfügung. Seit dem Start seines ersten Satelliten im April 1970 hat China 18 Satelliten auf erdnahe Umlaufbahnen gebracht.

Die beiden Satelliten für Telesat sollen im Dezember 1987 in den Weltraum befördert werden. Daß das Geschäft mit den Schweden und Telesat gegen die starke amerikanische und europäische Konkurrenz überhaupt zustande kommen konnte, liegt nicht zuletzt an der Serie von Mißerfolgen der US-Raumfahrtindustrie in der jüngsten Vergangenheit.

Ein triftiger Grund dürfte auch der Vorzugspreis sein, den China seinen ausländischen Kunden anbietet in der Lage ist. Er liegt nach chinesischen Angaben um rund 15 Prozent unter dem üblichen Preisniveau und schließt dabei sogar noch die Versicherungskosten mit ein.

Das chinesisch-schwedische Satelliten-Beförderungsabkommen soll sogar nur für zehn Millionen US-Dollar über die Bühne gegangen sein. Dabei können die Chinesen jedoch keinen unmittelbaren Gewinn einfahren. Langfristig gesehen war ihnen jedoch der Einstieg ins internationale Geschäft dieser Sonderpreis wert. Erstmals hatte nämlich ein westlicher Staat Vertrauen in Chinas Raumfahrttechnologie gesetzt.

### Große Nachfrage

Die Abkommen mit dem schwedischen und amerikanischen Unternehmen öffnen China die Tür zu einem riesigen internationalen Markt. China kommt dabei zugute, daß die internationale Nachfrage, Satelliten in den Weltraum befördern zu lassen, zur Zeit nicht gedeckt werden kann.

Auch für die Zukunft muß mit China im Raumfahrt-Geschäft gerechnet werden. Der neue Fünfjahresplan zeigt klare Richtlinien für das chinesische Raumfahrtprogramm auf. Hauptziele sind, die Träger Raketen für Nutzlasten von derzeit 1330 auf über 2000 Kilogramm weiterzuentwickeln sowie die Fernsteuerungs- und Kontrollsysteme zu verbessern.

China verfügt zur Zeit über zwei Satellitenstationen, das eine in Xi-chang (Provinz Sichuan), das andere in Jiquan (Provinz Gansu). Überwacht und gesteuert werden die chinesischen Satelliten über die Bodenstation Weinan in der Provinz Shanxi und von zwei Hochseeschiffen.

## „Wieder eine Zukunft für Juden in Deutschland“

Aus einer Rede vor der Israelisch-Deutschen Gesellschaft

DW, Tel Aviv

Der Berliner Publizist Ernst Cramer, Mitglied des Aufsichtsrates der Axel Springer AG, hat gestern Abend vor der Israelisch-Deutschen Gesellschaft seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß „es in Deutschland wieder eine Zukunft für Juden geben wird. Aber ob ich Recht behalte, wird man erst nach ein paar Jahrzehnten sehen können.“

In einer Rede über „Juden in Deutschland vier Jahrzehnte nach dem Ende des Holocaust“ sagte Cramer, „die jungen Generationen werden für sich und ihre Nachkommen eine neue Identität entwickeln müssen, in die das Erbe des Holocaust ebenso eingebettet sein wird, wie die Realität des Lebens in Deutschland und das entscheidende jüdische Novum unserer Zeit, die Existenz eines jüdischen Staates.“ Cramer bezeichnet die Haltung einzelner Staaten zu Israel als einen „Test für deren moralische Glaubwürdigkeit“, sowie die Haltung der Mehrheit gegenüber den Minderheiten „ein Test für die demokratische Reife“ sei. Trotz der immer wieder auftauchenden Zeichen von noch nicht überwundenem oder neu ausgebrochenem Antisemitismus zeige sich Cramer „versichert“, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in beiden Tests bewähren wird. Cramer: „Ich bin überzeugt davon, daß die Demokratie heute in Deutschland in ganz anderem Maße gefestigt ist, als sie es in meiner Jugend in der Weimarer Republik war. Ich bin überzeugt davon, daß deshalb Juden dort nicht nur leben, sondern auch zu Hause sein können. Und ich bin ebenso überzeugt davon, daß es in Bonn keine Regierung geben wird, gleichgültig welche der großen Parteien sie anführen mag, die sich absichtlich gegen vitale Interessen Israels stellen würde.“

Als die Flüchtlingsorganisation IRO 1952 ihre Arbeit in Deutschland beendete, seien noch 12 000 Juden im Lande gewesen. Sie seien aus verschiedensten Gründen, „die meisten wegen Krankheit oder Alter oder Leibesgarbe“ geblieben. Cramer: „Nur sehr wenige blieben aus Überzeugungsgründen. Dennoch, sie blieben. So wurde sehr bald klar, daß die jüdischen Gemeinden eben nicht nur Liquidations-Organisationen bleiben konnten. Sie wurden Institutionen auf Dauer. Sie sind es geblieben und bilden inzwischen einen nicht mehr wegzudenkenden Teil der Wirklichkeit im heutigen Deutschland.“

In seiner Ansprache, der auch der deutsche Botschafter in Israel, Wilhelm Haas, und der erste Botschafter Israels in Bonn und jetzige Vorsitzende der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben Natan, bewohnten, ging Cramer auch auf die Lage der Juden in der „DDR“ ein. Dort lebten heute „nicht mehr ganz 700 Juden, zum allergrößten Teil ältere Menschen“. Jugend lebe dort so gut wie keine. Zwar gebe es dort noch winzige Gemeinden, aber die Zahl der Mitglieder nehme von Jahr zu Jahr ab. Bald würden nur noch die Friedhöfe da sein. Sie würden schon heute von jüdischen Besuchern häufiger aufgesucht, als die Institutionen der kleinen Gemeinden.

Anders als in der „DDR“ gebe es in der Bundesrepublik Deutschland wieder jüdisches Leben. Cramer: „Natürlich ist das mit dem, was früher war, nicht zu vergleichen. Die jüdischen Gemeinden im freien Teil Deutschlands zählen heute weniger als 30 000 Mitglieder. Soviel jüdische Menschen lebten allein in Frankfurt/Main in der Zeit vor dem Nationalsozialismus... Mit 6000 Menschen hat Berlin - West-Berlin - wieder die größte jüdische Gemeinde.“

## Amerikas Erzähler der großen Politik ist tot

Von HEINZ BARTH

Er hat etwas bewiesen, was kaum noch nachweisbar schien - daß Journalismus auch spät in diesem Jahrhundert noch Literatur sein kann. Theodore H. White, der jetzt 71-jährig in New York starb, brachte fertig, was anderen, die das Schreiben über Politik zu ihrem Beruf machen, fast nie gelingt.

Von den Kollegen respektiert und überall populär, ein nobler Profi, der in der feinsten Presse der Welt kaum Feinde hatte, war er zu einer amerikanischen Institution geworden, seit er 1960 mit seinem ersten Bericht über „The Making of the President“ Aufsehen erregt hatte.

Teddy, wie ihn alle nannten, war mehr als ein Reporter und ein scharfsinniger Kolumnist - er war ein hinreißender Erzähler der großen Politik. Für seine Schilderung des Duells Kennedy-Nixon mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet, hatte er einen neuen Stil der politischen Reportage erschaffen. Sorgfältiger hatte vor ihm noch keiner eine Präsidentenwahlkampagne recherchiert. Er folgte schon zwei Jahre vor dem Wahlergebn den Spuren der vielen, die sich Hoffnungen auf das Weiße Haus machten.

Ein ungeheuerliches Unterfangen.

Es verlangte das Stelbzwergvermögen eines Marathon-Helden, das Organisationsgenie eines Konzernmanagers, die Kontaktfähigkeit eines Alleinunterhalters und eine grenzenlose Begeisterung für die menschlichen Züge, die durch das grobe Gewebe der Politik scheitern.

Dabei war Teddy durchaus nicht immer unparteiisch. Er versteckte nicht, daß in der Kampagne von 1960 seine Zuneigung Kennedy gehörte. Aber er war dabei nie verletzend für die Gegenseite. Das hielt ihm alle Türen offen. In den späteren Kampagnen, alle vier Jahre, von 1964 bis 1976, wandelte sich der Liberale allmählich zu einer liberal-konservativen Objektivität, die Menschen und Situationen kühl beurteilte.

Aus dem Reporter war der Erzähler, aus dem Erzähler der Historiker geworden, dessen Aussagen zur Geschichte der amerikanischen Politik autoritatives Gewicht erhielten. Das war nur möglich, weil er sich in den vier Jahrzehnten liegenden Jahren so streng auf das Präsidentenamt-Thema konzentrierte, daß er, allgegenwärtig in den Lagern prominenter und weniger prominenter Kandidaten, alle Fäden zugleich kontrollierte, bis nur noch die beiden entscheidenden Fäden aufzuspielen blieben.

## Hollands Koalition der rechten Mitte muß um ihre Mehrheit fürchten

Heute Parlamentswahlen / Profitiert den Uyls Arbeiterpartei vom Tschernobyl-Effekt?

HELMUT HETZEL, Den Haag

Wenn die Meinungsforscher die Stimmungslage unter den rund zehn Millionen wahlberechtigten Niederländern richtig eingeschätzt haben, dann hängt die Mehrheit für die antirealistische konservativ-liberale Regierung unter Ministerpräsident Ruud Lubbers bei den heutigen Parlamentswahlen an einem seidenen Faden. Zwischen 73 und 75 der insgesamt 150 Abgeordneten-Mandate des Haager Parlamentes werden der Regierungskoalition eingeräumt. Seit Wochen tobt eine regelrechte „Umfrage-schlacht“, bei der drei unabhängige Forschungsinstitute die Öffentlichkeit mit immer neuen Ergebnissen regelrecht bombardieren.

Glaubt man den Demoskopien, dann hat sich auch für die oppositionelle „Partij van de Arbeid“ (PvdA) unter Führung ihres in diesem Wahlkampf wenig überzeugend wirkenden Spitzenkandidaten Joop den Uyl der Trend negativ verändert. Die PvdA wird nach den letzten Umfragen deutlich an Terrain verlieren. Der vor einigen Wochen von Demoskopien vorausgesagte Zuwachs von elf auf 38 Mandate (Wahl 1982: 47 Sitze) scheint nicht länger realistisch. Die neueste Prognose für die PvdA: 54 Mandate. Der Tschernobyl-Effekt, der zunächst die Wahlsympathien für die PvdA, die für einen totalen Ausstieg aus der Kernenergie plädiert, nach oben hatte schließen lassen, hat, so scheint es, erheblich an Wirkung verloren.

Innenpolitische Fragen wie Wirtschaftspolitik, Euthanasie-Gesetzgebung und steigende Kriminalität sind Themen, die wieder mehr Beachtung finden. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit ist auch erneut die Außen- und Sicherheitspolitik und hier insbesondere die von der antirealistischen christlich-liberalen Regierung bereits im vergangenen Jahr vertragen.



In Rotterdam: Ministerpräsident Ruud Lubbers. FOTO: CAMERA PRESS

lich mit Washington vereinbarte NATO-Nachrüstung und die sich daraus für 1988 ergebende Stationierung von 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Holland gerückt.

Daß diese Wahl in den letzten Tagen noch einmal so spannend und der Ausgang so ungewiß wurde, liegt vor allem an Hans van Mierlo, der wie ein Phoenix aus der Asche steigend seine Partei, die „D66“, mit der Botschaft von der „politischen Erneuerung“ auf einen Schlag weit nach vorne schob. Den brillanten Taktiker van Mierlo und der von ihm 1966 gegründeten linksliberalen „D66“ gelang das Kunststück, sich innerhalb weniger Wochen neben PvdA, CDA und VVD zur vierten Kraft zu entwickeln und in der Prognose auf elf Mandate (1982: sechs) emporzuschließen.

Ohne van Mierlo, der Realpolitiker genug ist, um weder die Mitgliedschaft der Niederlande in der NATO noch einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu befürworten, dürfte nach der Wahl in Den Haag

wohl nicht allzuviel laufen, falls die christlich-liberale Koalition die absolute Mehrheit von mindestens 76 Mandaten verfehlt. Dann hätte die „D66“ die besten Karten im Koalitionsspiel und könnte Lubbers erneut zu einer Mehrheit verhelfen, vorausgesetzt, daß der Premier in dieser Situation nicht doch noch eine Minderheitsregierung, die von den rechtsgerichteten orthodox-christlichen Splitterparteien (1982: zusammen sechs Sitze) von Fall zu Fall unterstützt werden müßte, für erfolgversprechender halten sollte.

Christdemokrat Ruud Lubbers (CDA, 1982: 45 Sitze, Prognose: 46), der in diesem Wahlkampf mehr als Staatsmann denn als kämpferischer CDA-Spitzenkandidat auftrat, hat van Mierlo denn auch bereits indirekt zu Gesprächen eingeladen - zur Verwirrung von Ed Nijpels (44), der aufgrund seiner jugendlich dynamischen Ausstrahlung hoffen kann, ähnlich wie bereits 1982 noch in letzter Minute eine große Schar von Wechsel- und Jungwähler für sich und seine Partei, die VVD (1982: 36 Sitze), zu gewinnen. „Wir holen die 30 Sitze“, verkündete Nijpels daher mit trotzigem Optimismus immer wieder.

An ihm und seiner Partei aber liegt es letztendlich, ob der Christdemokrat Lubbers „seine Aufgabe beendet“ und mit der VVD weiterregieren kann. Dazu muß die VVD jedoch mindestens 30 Mandate erringen. Sie pendelte, so die Demoskopien, zuletzt zwischen 26 und 28.

Wie immer der Wahlausgang, es muß mit einer äußerst schwierigen und langwierigen Regierungsbildung gerechnet werden für den Fall, daß die jetzige Koalition keine Mehrheit bekommt. Selbst eine große Koalition aus Sozial- und Christdemokraten (PvdA/CDA) wäre dann denkbar - eine Möglichkeit, gegen die sich Lubbers bisher sträubte.

## Europa und Japan verstärken Dialog

Schil, Berlin

Die wirtschaftlichen Großmächte Japan und Europa reden nicht mehr aneinander vorbei, sondern bemühen sich darum, in einem konstruktiven Dialog Probleme in den Beziehungen offen auszusprechen und nach Wegen zu fruchtbarer Zusammenarbeit zu suchen. Dies wurde auf der 8. europäischen-japanischen Konferenz über „gemeinsame politische und ökonomische Probleme“ im Berliner Aspen-Institut als das bemerkenswerte Charakteristikum der Entwicklung in jüngster Zeit bezeichnet. Der Dialog habe an Intensität und Qualität deutlich zugenommen.

Ausführlich wurde auf der Konferenz über das riesige Defizit der west-europäischen Staaten im Handel mit Japan diskutiert. In Japan habe man inzwischen erkannt, daß es hier ein Problem gebe und etwas getan werden müsse. Auf japanischer Seite habe man inzwischen die „Unschuld“ darüber verloren, was man zur Reduzierung des europäischen Handelsdefizits tun könne, konstatierten europäische Teilnehmer der Konferenz.

Auch die europäischen Versäumnisse, die zur Problematik der Wirtschaftsbeziehungen mit Japan geführt haben, wurden offen angesprochen. Europa müsse das Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan angehen, das technologische Innovation und rationalisierte Produktionsformen frühzeitig forciert habe.

## Martens gerät unter Druck

Proteste gegen Sparkurs / Belgiens Premier heute in Bonn

htz, Brüssel

Wenn der belgische Premierminister Wilfried Martens heute bei seinem offiziellen Besuch das Bonner Parkett betritt, kann er sich dort wohl leichter und ungezwungener bewegen als derzeit auf heimischem Boden. Denn nach wie vor will die nun schon seit zwei Wochen andauernde und selbst über Pfingsten andauernde Streikwelle in Belgien nicht abebben. Die Kampfmaßnahmen, hauptsächlich getragen vom öffentlichen Dienst, richten sich gegen die neuen rigorosen Sparpläne des christlich-liberalen Kabinetts unter Führung des Flamen Martens.

Diese Sparpläne, so verlautete gestern in Brüssel, sollen von der Regierungskoalition nach monatelangen zähen Verhandlungen nun endlich zu einem Paket geschnürt worden sein, dem Flamen und Wallonen, Christdemokraten und Liberale zugestimmt haben. Sie sehen weitere drastische Ausgabenkürzungen des Staates in Höhe von rund 200 Milliarden Franc (rund 10 Mrd. Mark) vor. Gespart werden soll demnach vor allem im öffentlichen Dienst und hier schwerpunktmäßig im Erziehungsbereich, im Gesundheitswesen sowie bei der Arbeitslosenversicherung.

Die drastische Sparoperation soll den Weg für einen Abbau der derzeit astronomisch hohen Staatsschuld von rund elf Prozent des Bruttosozialproduktes ebnen. Angestrebt wird ei-

ne staatliche Verschuldungsquote von maximal acht Prozent (rund 410 Mrd. Franc) des Bruttosozialprodukts bis 1988.

Um den Sanierungskurs halten zu können, muß die Brüsseler Regierung den zehn Millionen Belgiern auch in den kommenden Jahren bittere Pillen verabreichen. So wird davon ausgegangen, daß allein im Erziehungsbereich etwa 11 000 Arbeitsplätze eingespart werden müssen und daß mit der beabsichtigten Privatisierung bestimmter Post- und Eisenbahndienste auch in diesem Bereich noch einmal weit mehr als 15 000 Stellen zur Disposition stehen werden. Bedroht sind außerdem Tausende von Arbeitsplätzen in den mit Verlust arbeitenden und staatlich subventionierten Limburgischen Steinkohlereien.

Zwar wurde der Christdemokrat Martens, der den Belgiern vor der Wahl im vergangenen Oktober klipp und klar sagte, was ihnen noch bevorsteht, im Amt bestätigt. Inzwischen aber, so scheint es, bläst ihm der Wind immer stärker ins Gesicht. Vor allem die Gewerkschaften wollen, wie die Streiks zeigen, den strikten Sparkurs in Zukunft offensichtlich nicht mehr mitmachen. Schon ist die Parole, die antirealistische Regierung Martens „wegzustreiken“, zu vernehmen. Der belgische Regierungschef geht also schweren und unsicheren Zeiten entgegen.

## Trilaterale ruft zu „Solidarität und Stärke“ auf

AFP, Madrid

Die Kommission der Trilaterale, einer der einflussreichsten Privatorganisationen der Welt, hat am Montag in Madrid ihre 17. Vollversammlung beendet. Zum Abschluß ihrer dreitägigen Arbeiten veröffentlichte die Organisation einen Bericht, der zu „Solidarität, Einheit und Stärke“ in den Beziehungen zur Sowjetunion aufruft. Unter den Autoren dieses Berichtes ist auch der deutsche Universitätsprofessor Karl Kaiser (Köln). An den Beratungen hatten sich 180 Persönlichkeiten aus den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan beteiligt.

Als „schwierig“ bezeichnete die Trilaterale eine Veränderung der aus den Abkommen von Jalta resultierenden Weltkarte. Die Teilnehmer hielten es für notwendig, neue Kommunikationswege mit der UdSSR zu eröffnen. Als eine Gefahr auf längere Sicht bezeichnete die Autoren des Berichtes eine sowjetische Strategie, „die Entspannungspolitik“ dazu auszunutzen, die sowjetische Macht auszubauen und eine offensive Politik wieder aufzunehmen. Unter Hinweis auf die Reaktor Katastrophe von Tschernobyl empfahlen die Autoren, der UdSSR bei der Schaffung von Sicherheitstechnologie für Nuklearanlagen zu helfen.

Die Trilaterale wurde 1973 durch eine private Initiative von dem damaligen US-Sicherheitsberater Brzezinski ins Leben gerufen, um die

**Karriere-Chancen sollten Sie nicht verstreichen lassen - auch die vom vergangenen Wochenende nicht.**

Wenn Sie den großen Stellen- teil für Fach- und Führungskräfte der WELT vom letzten Samstag nicht haben, rufen Sie einfach unter 0130/60 60 zum Ortsanruf an.

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG VON DEUTSCHLAND

Konzeration zwischen den drei großen Zentren der westlichen Industriegeographie zu fördern. Ihr gehören 320 Mitglieder aus 14 Ländern an, darunter Politiker, Unternehmer, ehemalige Diplomaten, Hochschullehrer und Journalisten. Die Trilateralisten geben größere Studien zu wichtigen politischen und weltwirtschaftlichen Fragen in Auftrag und diskutieren bei ihren halbjährlichen Tagungen darüber. Das Außergewöhnliche daran ist vor allem, daß jede Studie von einem Dreiergremium verfaßt wird, dem ein Nordamerikaner, ein Japaner und ein Europäer angehören.

DIE WELT (USPS 602-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hamburg Messe  
die Adresse für Congress und Messen

## An alle Verkehrsexperten: Wo geht's lang?

Zeigen Sie's uns. Wenn Sie etwas zur Lösung der vielfältigen Verkehrsprobleme beizutragen haben. Egal, ob Ihr Element das Wasser, die Luft oder das Land ist. Ob Sie Menschen, Waren oder Nachrichten transportieren. Auf der IVA'88 ist der richtige Platz für Ihren Beitrag. Die IVA'88 zeigt neue Wege.

Hamburg Messe and Congress GmbH  
Postfach 30 24 80 · D-2000 Hamburg 36

Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial. Mein Unternehmen ist in folgendem Bereich tätig:

- Öffentlicher Personen-/Nahverkehr
- Verkehrswegeplanung, Verkehrswegebau, Infrastruktur
- Bahnverkehr (Spurgebundener Verkehr)
- Individualverkehr mit Straßenfahrzeugen (Personen und Güter)
- Schifffahrt und Hafen
- Luft- und Raumfahrt
- Weitemrichtertechnik als Dienstleistung für den Weltverkehr
- Sondererscheinungen
- Bundesländer- und Nationenbeteiligungen

Name/Firma \_\_\_\_\_  
Postanschrift \_\_\_\_\_  
Land \_\_\_\_\_

**IVA'88**  
HAMBURG  
Internationale Verkehrsausstellung  
1. - 12. 6. 1988







Einwohner  
Kiew drängt  
zum Bahn

## Raus aus der FDP, rein in die FDP. Nur eine Posse?

**HARALD GÜNTHER, Stuttgart**  
Bis November 1982 hatte sich David John Williams als Renommierausländer der FDP bundesweiter Popularität erfreut. Inzwischen ist der 37 Jahre alte Brite ein chronischer Fall für die Justiz. Williams, früher Kreisvorsitzender in Heidelberg und Inhaber eines Übersetzungsbüros für medizinische Fachschriften, kämpft seit Mitte 1984 mit walschischer Sturheit um die Wiederaufnahme in die Partei, die er nach der Bonner „Wende“ unter großem publizistischem Getöse verließ. Demnächst haben sowohl das Bundesschiedsgericht der Freien Demokraten als auch das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart über sein Beitrittsgeheuch zu entscheiden.

Ginge es nach der Heidelberger FDP, dann wäre das Problem längst vom Tisch. Bereits am 23. Juli 1984 hatte der Kreisvorstand, an dessen Spitze Williams vom März 1981 bis zu seinem Austritt gestanden hat, dem Aufnahmeantrag seines linksliberalen Dissidenten zugestimmt. „Rechtswirksam“ wird eine neue Mitgliedschaft laut Satzung freilich erst mit der Ausgabe des Mitgliedsausweises durch die Stuttgarter Parteizentrale. Und die mauerte beharrlich. Mindestens fünfmal stand die leidige Angelegenheit auf der Tagesordnung des Landesvorstands. Heraus kam aber immer wieder dasselbe: Keine Gnade für David John Williams. „Das“, erkannte Geschäftsführer Rübesamen, „ist eine Frage der politischen Hygiene.“

### Anstrengender Querdenker

Die unversöhnliche Haltung der Parteioberen kam nicht von ungefähr. Williams, schon vor '82 ein anstrengender Querdenker, hatte es damals nicht bei seinem demonstrativen Austritt bewenden lassen. Er sagte der FDP lauthals den Kampf an, wurde Gründungsmitglied und alsbald stellvertretender Bundesvorsitzender der „Liberalen Demokraten“, einem Häuflein versprengter „Wende“-Kritiker, deren Hauptziel es war, die Freien Demokraten bei der Bundestagswahl 1983 „unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken“. Daraus wurde bekanntlich nichts. Also änderte Williams seine Vernichtungsstrategie. Wenige Tage, nachdem er dazu aufgerufen hatte, der FDP wenigstens bei der bevorstehenden Europawahl einen „Denkzettel“ zu verpassen, beantragte er beim Kreisverband Heidelberg die Wiederauf-

nahme in seine alte Partei. Bei den „Liberalen Demokraten“ (LD) war er wenige Monate zuvor ausgetreten.

Die Begründung für seine persönliche Wende überraschte. Weil es nicht gelungen sei, der FDP den Gar aus zu machen, sei es „nur konsequent“, sie wieder in die Lage zu versetzen, sich an einer neuen Koalition zu beteiligen“. Beispielsweise 1987 mit der SPD. Dieser Logik indes vermochte man in Stuttgart nicht zu folgen. „Die Begründung für seinen Wiedereintritt“, stellte Karl-Heinz Rübesamen fest, „schließt eine Mitgliedschaft aus.“

### Ein Fall für die UNO?

Nun geht es aber nicht mehr nur um die Grenzen innerparteilicher Liberalität. Kern der Auseinandersetzung, die sogar die Zivilgerichtsbarkeit beschäftigt, ist die Grundsatzfrage, ob und inwieweit der Landesvorstand bei der Aufnahme neuer Mitglieder mitreden kann. Die Schiedskommission der baden-württembergischen FDP, geleitet von einem Richter beim Bundesschiedsgericht, war im vergangenen Februar zu der Auffassung gekommen, daß die alleinige Aufnahmehoheit beim zuständigen Kreisverband liege und die Ausgabe des Mitgliedsausweises eine Formsache sei, die kein Mitspracherecht begründe. Ganz anders hatte im Herbst 1985 das Landgericht Stuttgart entschieden. Die Satzung der Landespartei räume dem Vorsitzenden sehr wohl ein „selbständiges Options- und Vetorecht im Rahmen eines zweigleichen Aufnahmeverfahrens“ ein. Im übrigen sei der Kläger als Ausländer ohnehin nach Verfassung und Parteiengesetz „von der formalen und materiellen Mitwirkung an der politischen Willensbildung aktiv und passiv ausgeschlossen“.

David John Williams war damit natürlich nicht zufrieden und legte Berufung beim Oberlandesgericht ein. Und auch die FDP-Führung will's nun wissen. Zwar plädierte Parteichef Walter Döring am 8. März im Vorstand dafür, sich dem Urteil der Landesschiedskommission zu fügen, damit „wir den Quatsch endlich vom Tisch haben“. Er wurde aber überstimmt. Das letzte Wort hat also nun das Bundesschiedsgericht der FDP. Oder, wie manche vermuten, die Menschenrechtskommission der UNO. David John Williams wäre auch dieser Weg nicht zu weit.

## „Hart wie Kruppstahl“ heißt heute „Stark wie ein Baum“

Von DIETER DOSE

Schlangen vor halbgeöffneten Postschaltern oder vor abendlichen Kaufhallenkassen sind gewiss kein erhebender Anblick. Vor Buchhandlungen aber ehren sie uns, lobt die Ost-Berliner Zeitung „das Lese-land DDR“. Mit 150 Millionen gedruckten Exemplaren pro Jahr gehörte die „DDR“ zu den Ländern mit der höchsten Buchproduktion.

Ganz ungetrübt aber ist die Lesefreude nicht. Vor allem, wenn die Bücherberge in den eigenen Händen wachsen. „Nur – wohin damit?“ fragt die „Berliner Zeitung“ und nimmt jene aufs Korn, die mit der Buchproduktion nicht Schritt halten. „Bereits jetzt schätzt die Statistik, befinden sich in den Haushalten der DDR 650 Millionen Bände. Ich sage bewußt: befinden, denn wenn Handel und Möbelindustrie weiter den Bedarf an praktischen Regalen nicht zur Kenntnis nehmen, werden sich viele von uns nach wie vor mit absonderlichen Ablagen befehlen müssen.“ Der Autor des Beitrages löst seine Misere in einem „stillgelegten Bettkasten“.

### Aus der Presse von drüben

Ums Schlangengestehen nicht nach Büchern, sondern nach Karten für die Semper-Oper in Dresden geht es in der „Wochenpost“. Der Run auf Eintrittskarten ist riesig. Die Schlangen werden länger“, beklagt Intendant Gard Schönfelder. „Wöchentlich erhalten wir Zehntausende von Kartenbestellungen. Wir sind stets bis zum letzten Platz ausverkauft.“

Was für den Normalverbraucher übrigbleibt, schildert das „Sächsische Tageblatt“ und registriert bei der Bevölkerung „Unmut und Unverständnis“. 180 Karten pro Woche, pro Vorstellung 45. Und die besten Plätze seien es auch gerade nicht...

Früher, im Dritten Reich, hieß es, um die Jugendlichen zur körperlichen Erziehung anzutreiben „Hart wie Kruppstahl“ oder „Schnell wie Windhunde“. Die neue Parole in der „DDR“ zur Entwicklung der volkssportlichen Masseninitiative klingt ähnlich: „Stark wie ein Baum“.

Der das im „Sport-Echo“ propagiert, war mal einer der besten Autorennfahrer Deutschlands und Pilot der berühmten Mercedes-Silberpfeile: Manfred von Brauchitsch. Heute 80 Jahre alt, 1955 aus der Bundesrepublik in die „DDR“ gegangen. Dort ist er Präsident der Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens.

„Ausdauer und Kraft sollen die Ba-

sis für einen gesunden Lebensbaum! Jedes einzelne sein, und deshalb sagen wir: Jeder ist sein eigener Trainer, jeder kontrolliert sich selbst.“ Damit, so Manfred von Brauchitsch, die Aktion „Stark wie ein Baum – Dein Herz dem Sport“ einen breiten Widerhall „bei unseren Menschen, ob jung oder alt, finden wird“.

Eine neue Errungenschaft, auch wenn nicht auf dem XI. Parteitag beschlossen: Jetzt gibt es auch in der „DDR“ Miß-Wahlen! In der Ostberliner Trabantenstadt Marzahn wurde „Fräulein Frühling 1986“ gewählt. „Diese Veranstaltung ist nicht nur eine absolute Neuheit in der Show- und Unterhaltungsbranche, sie verspricht auch ein steller Renner beim Publikum zu werden“, stellt das Organ der Ost-CDU, „Neue Zeit“, fest. Bekannte Stars aus dem Showgeschäft (wie bei uns) bildeten die Jury, und nicht einmal ein öffentlicher Auftritt war notwendig, um 25 Bewerberinnen auf den Laufsteg zu holen.

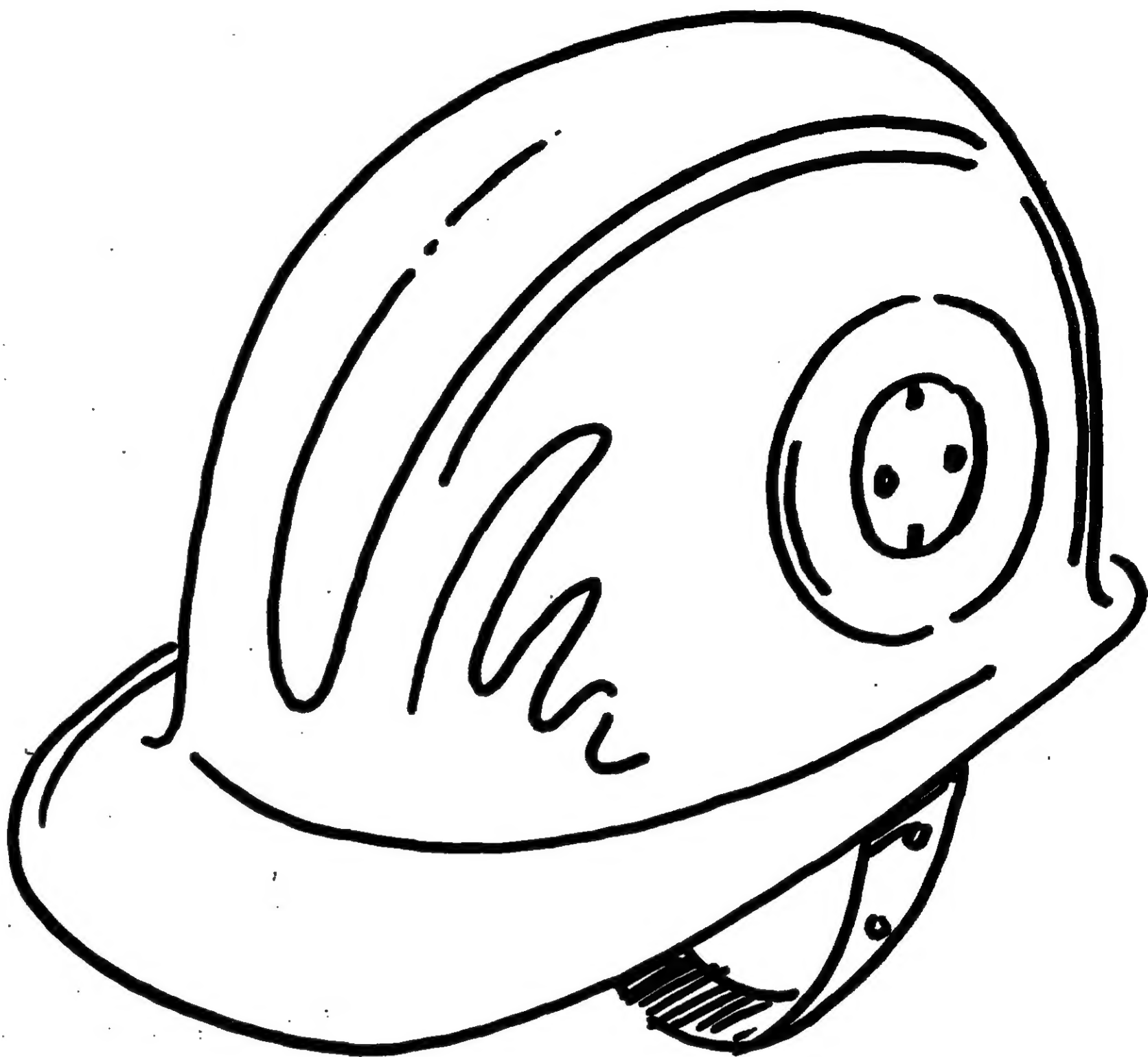
In Bademoden spielen nun die Konkurrentinnen alle Reize aus“, schildert die „Neue Zeit“ die Wahl in der Gaststätte „An der Feuerwache“. „Von der schmachtenden Präsentation bei schwüler Musik bis hin zu selbstsicherer Koketterie und Flirterei mit dem Publikum reicht die Palette der Temperamente.“

Ein anderes Thema, ein ernstes, taucht im Funktionsorgan „Union“ der Ost-CDU auf – das gestörte oder gar nicht vorhandene Verhältnis zwischen christlichen Jugendlichen und dem Staatsjugendverband FDJ. Kritik nach beiden Seiten. Weil noch nicht jeder junge christliche Bürger bereits den Schritt zur aktiven Mitarbeit in der FDJ gefunden hat“. Scheiterte aber auch an die Adresse der FDJ: In einigen FDJ-Kollektiven sei „noch nicht die Atmosphäre geschaffen worden, die auch das christlich gebundene FDJ-Mitglied fordert und dessen Aktivität annimmt“.

Es mag einen tiefen Grund haben, daß die „Union“ an die FDJ-Funktionäre appelliert, „die Glaubenshaltung junger Christen zu respektieren“.

Probe Kunde für die Mitglieder der Kinderorganisation „Junge Pioniere“ hat die „Junge Welt“. Denn die traditionelle Pionierkleidung (dunkelblauer Rock oder Hose, weißes Hemd oder Bluse) wird „aufgelockert“. Seit Anfang Mai gibt es dazu Bermudas, Shorts, Anoraks und T-Shirts in verschiedenen Farben. Natürlich mit dem Pionieremblem. Einfach im nächsten Geschäft kaufen? „Für Anoraks und Blousons kann jeder Pionier über seinen Freundschaftspionierleiter einen Bezugschein erhalten“, berichtet die „Junge Welt“.

## RWE UMWELT-BILANZ 1986 TEIL 29



## ARBEITSPLÄTZE

oder: Unser Wohlstand hängt an dünnen Drähten.

**Arbeitsplätze haben heute fast immer etwas mit Strom zu tun. Direkt oder indirekt. Strom muß daher ein berechenbarer Kostenfaktor bleiben.**

### Kostenfaktor Strom

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es etwa 25 Mio. Arbeitsplätze. Und kaum einen Arbeitsplatz, an dem nicht Strom verbraucht wird – als Antriebskraft oder als Wärmespende. Strom ist daher heute ein wichtiger Kostenfaktor. Eine Strompreiserhöhung, für den privaten Haushalt vielleicht noch tragbar, kann einem stromintensiv arbeitenden Unternehmen bereits deutliche Wettbewerbsnachteile bringen und damit Arbeitsplätze gefährden.

### Umweltschutzkosten

Kraftwerke werden immer teurer, weil sie ständig steigenden Sicherheits- und Umweltschutzanforderungen entsprechen müssen. Die Entschwefelung der Kohlekraftwerke erfordert bundesweit rund 15 Mrd. DM. Davon entfallen

auf das RWE allein rund 6,4 Mrd. DM – Kosten, die zusätzlich entstehen. Der Strom wird dadurch zwangsläufig teurer.

Das RWE unternimmt alle Anstrengungen, um weitere Verteuerungen in Grenzen zu halten. So versuchen wir z.B. mit einem umfangreichen Forschungs- und Versuchsprogramm, das für die Entstickung unserer Braunkohlekraftwerke technisch und wirtschaftlich optimale Verfahren zu finden.

Damit Strom auch morgen nicht nur sicher und umweltfreundlich, sondern auch wirtschaftlich erzeugt werden kann – zum Schutz der Arbeitsplätze.

Wenn Sie an weiteren Informationen zum Thema „Umweltschutz im und am Kraftwerk“ interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Sie erhalten dann kostenlos die Broschüre: RWE-Umwelt-Bilanz.

# RWE

Rheinisch-Westfälisches  
Elektrizitätswerk AG  
Kruppstraße 5, 4300 Essen











Was geschieht im WDR mit unverlangt eingesandten Fernseh-Drehbüchern?

## Von den Erfahrungen des Fotomodells

Während meine Freunde so drängen, schicke ich Ihnen die Erlebnis- se meines Meerschweinchens. Auf Wunsch stelle ich Ihnen das Tier auch gern zur Verfügung. Die Hobby-Schreiberin bietet ihr Manuskript dem WDR als Drehbuch für ein Fernsehspiel an. Wie immer Ihre Entscheidung auch ausfällt: Ich habe nicht die Absicht, eine literarische Eintagsfliege zu bleiben, schließt sie ihren Brief an den WDR-Chefeditor Alvars Petritis. Bei ihm und seinen 18 Mitarbeitern landen jährlich mehr als 500 Drehbücher - geschrieben von Laien. Auch andere Rundfunkanstalten erhalten solche Angebote.

„Von der elfjährigen Schülerin bis zum 88jährigen Oberstudienrat i. R.“ bekomme er Einsendungen, erzählt Petritis. Oft ist der Ärger über eine Sendung der Anlaß, selbst zur Feder zu greifen. Oft wird auch das Tagesgeschehen aufgegriffen. „Solange wir uns noch freuen können“ hat eine 17-jährige Schülerin ihre Persiflage auf die Schutzmaßnahmen nach dem sowjetischen Reaktorunfall genannt.

Die meisten Beiträge allerdings sind aus dem eigenen Leben gegriffen. Da bietet ein Brand-Oberamtsrat den Entwurf eines Films über die Aufgaben der Feuerwehr an. Ein Tüftler-Mädchen möchte ihre schlechten Erfahrungen als Fotomodell zur Warnung für andere verfilmen.

haben. Das Leiden und Sterben eines kranken Jungen schildert ein Krankenpfleger.

Oder: „Ich bin eine 68jährige Frau. Mein Mann ist ein Trinker, er schlägt mich. Bitte helfen Sie mir, und verfilmen Sie meinen Fall.“ So wie diese Rentnerin betrachten viele Einsender aus Strafanstalten und Entziehungsheimen das Schreiben als Lebensbewältigung. Allein die Möglichkeit, mit jemandem in Briefkontakt zu treten, ist manchen wichtig. Bitte nehmen Sie mich und mein Stück nur ein wenig ernst.“ Einige teilen jahrelang; ein Rentner etwa räumt ein, daß er schon seit 35 Jahren an dem nun eingesandten Stück über seine Kriegserlebnisse geschrieben habe.

Der Entscheidung über das Wohl und Wehe des Manuskripts sehen viele Einsender standhaft entgegen: „Falls Sie glauben, mein erstes Fernsehspiel sollte auch mein letztes sein, teilen Sie mir das bitte mit.“ Andere fürchten den abnehmenden Bescheid: „Bitte schicken Sie mir das Manuskript auf keinen Fall zurück. Ich könnte mich sonst nicht mehr bei meinen Nachbarn blicken lassen.“

In wohl jedem Fall ist die Spannung über das Ergebnis groß. Ein Schreiber rief wochenlang jeden Mittag zu Hause an, um sich nach der Post zu erkundigen. Aber Petritis hat in fast 20 Jahren noch nicht ein einzi-

ges Laien-Manuskript zur Produktion weitergeleitet. In vielen Fällen werden wir mit Klischees überrollt.“

Manchmal werden auch nur Fragmente geschickt - dabei soll dem Mißbrauch geistigen Eigentums vorgebeugt werden. Solche Kriminalgeschichten brechen an der vermeintlich spannendsten Stelle ab: „Den Schluß verrate ich, wenn Sie mir die Verfilmung zusagen.“ Andere Einsendungen sind zwar literarisch anspruchsvoll, haben aber für Petritis „zu wenig exemplarischen Wert“.

Die Enttäuschung über eine Absage ist oft groß. Ein Autor antwortete mit einer Unterschriftensammlung von Lesern seines Werkes, die alle die Produktion beim WDR forderten. „Schön haben Sie das gemacht. Nur weiter so!“ schrieb ein anderer, der glaubte, seine Idee in einer Tatort-Folge verwirklicht gesehen zu haben, nachdem man ihm sein Manuskript zurückgeschickt hatte. Petritis hält diesen Vorwurf für absurd. „Es war reiner Zufall, daß sich die Geschichten ähnelten.“

Manch einer schickt das abgelehnte Stück Jahre später erneut ein - mit geändertem Titel. Einer von diesen wollte bei seinem zweiten Versuch kontrollieren, ob sein Werk etwa ungelesen bleibt. Er verklebte einige Seiten und streute Asche zwischen die Blätter. CHRISTIAN GEYER

## Unter dem Primat der Vernunft

Am Anfang des 17. Jahrhunderts die Spanier und Portugiesen Herrscher und Ausbeuter der Neuen Welt wurden, war es in erster Linie der Ordens- und Weltklerus, der sich der Indianer annahm. Vor allem die Jesuiten richteten den Guarani - einem halbnomadischen Indianerstamm im Osten der damaligen Provinz Paraguay - Gemeinden ein, die nur Missionaren und Regierungsbeamten betreten durften.

Elf solcher Reservate entstanden auf dem Gebiet des heutigen Paraguay und einige in der jetzigen brasilianischen Provinz Paraná; dort lebten zusammen gegen Ende des 17. Jahrhunderts etwa 100.000 Indianer. Unter dem Primat der Vernunft und Klugheit schufen die Jesuiten einen Staat nach dem Grundsatz „Gleichheit in allem“. Dort, wo man gemeinsam das Land bewirtschaftete und auf die Todesstrafe verzichtete, spielte Das heilige Experiment (ARD, 20.15) von Fritz Hochwälder.

Doch 1750 begann die Krise. Sieben Guarani-Reduktionen wollte Spanien gegen ein Stück portugiesischen Gebiets in der Nähe von Buenos Aires tauschen. Jahrelang wehrte sich der Bundesstaat der Indianer dagegen. 1756 wurde der Widerstand im Blut der Indianer erstickt, und jener „Triumph der Religion und der Menschlichkeit“ - wie Montequieu es ausdrückte - beendet. hih

## KRITIK

### Boris Becker und das Alibi

Schon der Titel von Tatort (ARD) sei der Verdacht aufkommen, daß bei der Einführung des neuen Hauptkommissars Riedmüller, Vornamen Sigi, Kriminelle nur Beilage sein würde. So kam es denn auch, obwohl der Neue gleich zwei Fälle zu lösen hatte, die mit einer bemerkenswerten Beiläufigkeit ins Drehbuch gepackt worden waren.

Hauptsächlich gab es jenes auch andernorts grassierende Kommissars-Milieu-Geplänkel, mit überwiegender belanglosen Dialogen schleppten sich Sigi und seine Mannen durch 99 langweilige Minuten. Das muß der Herr Hauptkommissar gegen Ende selbst gemerkt haben, denn plötzlich überfiel er Verdäch-

tige und Zuschauer mit einigen Eruptionen von Zorn und Muskelkraft - als wollte er seine „Tatort“-Karriere als Mini-Schmanski starten.

An kriminologischer Gelisteskraft eines Hercule Poirot etwa - war das wenig. Apropos Poirot. Als sein Name fiel, war Sigi ratlos. Das erklärt manches.

Und seine Fälle? Ach ja. „Sie suchen den Nutzenmörder und finden die gestohlenen Autos“, stellte Mitarbeiter Walschek fest, ebenso baff wie der Zuschauer. Doch auch der Nutzenmörder hatte keine Chance, denn - man glaubt es kaum, so nahe liegt die Lösung - Boris Becker, der Straßenger von Wimbledon, erschütterte sein Alibi.

Mein Gott, Sigi, was hat man Euch da für eine Story angedreht. Wie sagt man in Bayern: „a Schmarra“.

MANFRED ROWOLD

### Die Welt der Erfolg-Reichen

Welche der drei verschworenen Internatschülerinnen ist denn nun die Mutter von Filmsternen Lilli? Wer es erfahren wollte, der mußte schon bis zum Ende von Blutsbande (ARD) durchhalten. Die „Freundinnen durch dick und dünn“ eroberten zunächst lange vor eigenem Kuss ihre Jugendlieben und traten dann ihren Lebensweg nach Paris, London, New York und in den Nahen Osten an.

Das faszinierte an dem knapp vierstündigen Ausflug in die Welt der Erfolg-Reichen am meisten: der stetige Wechsel der Szenerie, das Springen von Heimat zu Abenteuer, zu Kriegsspiel, wobei man es mit der Historie nicht immer so genau nahm.

Mit harten Schnitten wechselten die Schauplätze aus dem Gebirge in Wüsten und Straßenschluchten.

Dabei heraus kamen drei Lebensgeschichten, gespickt mit Romanzen und Enttäuschungen, beruflichen Erfolgen und Niederlagen sowie aus zahlreichen US-Serien hinlänglich bekannten Klischees. Verbunden waren sie allein durch die Frage nach der Mutter. Daß es die Verlegerin Judy war, interessierte viele Fernsehschauer dann jedoch nicht mehr.

Hatten den Sonntagabend noch knapp neun Millionen „Blutsbande“ gesehen, so waren es bei der zweiten Folge nur noch 7,3 Millionen. Immerhin erfüllten auch sie den Wunsch von Shirley Conran, die die Buchvorlage lieferte, Millionen überall in der Welt zu unterhalten. Ansonsten stand kaum ein Anspruch dahinter.

MARTINA SCHLINGMANN

## taschenbuch magazin

Heft 2/86 des „taschenbuch magazins“ ist erschienen - mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage, auf 84 Seiten, mit mehr als 300 Abbildungen, durchgehend vierfarbig gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder anfordern bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund.

Kostenlos im Buchhandel!

### KUNSTPREIS-JAHRBUCH INTERNATIONALE AUKTIONSERGEBNISSE 1985



Teil 1: DM 89,- incl. Porto (im Ausland DM 92,-)

### KUNSTPREIS-JAHRBUCH INTERNATIONALE AUKTIONSERGEBNISSE 1985



Teil 2: DM 89,- incl. Porto (im Ausland DM 92,-)

## KUNSTPREIS-JAHRBUCH

Ihre Orientierungshilfe im intern. Kunst- u. Antiquitätenmarkt

Teil 1: Gemälde, Ikonen, Buchmalerei, Graphik, Photographie, Plastik, Medaillen, über 900 Seiten, über 1200 Abbildungen

Beide Teile zum Vorzugspreis von DM 149,- incl. Porto (im Ausland DM 152,-)

Teil 2: Europäische Antiquitäten und Sammlungsgegenstände (Möbel, Keramik, Silber, Glas, Waffen, Nautica, Puppen u.a.), Antiken, Kunst Ostasiens und des Orients, Kunst Schwarzafrikas und Ozeanien, Kunst der Eskimos und Indianer

Das Kunstpreis-Jahrbuch bietet Ihnen in zwei Teilen mit über 1400 Beschreibungen versteigerten Kunstwerke und Antiquitäten einen umfassenden Überblick über die vergangene Versteigerungssaison vom 1. Juli 1984 bis zum 30. Juni 1985. Die Bearbeitung der nahezu 2000 Kataloge liegt in den Händen von Fachleuten, die gleichermaßen mit Wissenschaft und Praxis des Handels vertraut sind.

Bestellungen bitte an: WELTKUNST VERLAG, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 089/181091

## Werbung-Ihr Job?

Ein deutsches Tochter-Unternehmen eines namhaften europäischen Konzerns ist Marktführer auf einem speziellen Sektor technischer Gebrauchsgüter mit reichhaltigem Zubehörprogramm. Waren Sie als Betriebswirt oder Praktiker einige Jahre in der Werbung/Verkaufsförderung tätig? Können Sie Verkaufskampagnen konzipieren und in die Praxis umsetzen? Der Verkaufsförderer braucht Ihre Ideen und Ihre Initiative. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 24. Mai, im großen Stellenausschreibungsbereich der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Deutsche Flug-Ambulanz  
unter ärztlicher Leitung  
24-Stunden-Notruf  
0211/431717



### Krank im Ausland? Wir fliegen Sie zurück!

Mit einem minimalen Kostenaufwand erwerben Sie ein Maximum an Hilfe und medizinischer Versorgung. Spezial-Jets mit erkrankten Fachleuten holen Sie im Notfall rund um die Uhr weltweit. Lassen Sie sich durch uns die notwendige Sicherheit vermitteln. Schon ab DM 30,- pro Person und Jahr erhalten Sie Rückholversicherung incl. einer 30-tägigen Auslandsreise-krankenversicherung. Denn Risiko erkennen heißt Vermögen erhalten. Als Beispiel im unversicherten Ernstfall:

Les Palmes - Frankfurt  
Kosten DM 33.000,-  
Erhalten Sie Gesundheit und Vermögen durch eine Mitgliedschaft bei der Flug-Ambulanz e.V.

Flughafen Halle 3  
4000 Düsseldorf 30  
Tel. 0211/45 06 51-53

### Coupon

Ich bin an einer Mitgliedschaft bei der Flug-Ambulanz e.V. interessiert.  
Bitte senden Sie mir unverbindlich ausführliche Unterlagen.  
Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße, Haus-Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ-Ort: \_\_\_\_\_

## „Unsere letzten ‚Urwälder‘ müssen endlich unter Naturschutz gestellt werden.“



Heinz Siebmann, Filmmaker und Mitglied des WWF.

Es gibt noch urwaldartige Gebiete in Deutschland. Mit einer üppigen Pflanzen- und Tierwelt: die Urwälder. Früher einige tausend Quadratkilometer groß, heute nicht einmal mehr hundert. Ähnlich wie die tropischen Mangrovenwälder von Ebbe und Flut, sind die euro-

päischen Auen von einem unregelmäßig wechselnden Hoch- und Niedrigwasser gekennzeichnet. Auf dem außerordentlich nährstoffreichen Boden gedeiht eine nahezu paradiesische Wildnis voller Pflanzen und Tiere. So blühen in den Auwiesen im Mai und Juni sogar noch seltene Orchideenarten. Und hier sind unzählige Tiere zu Hause, die von der Ausrottung bedroht sind: Biber, Fischotter, Storch, Schwarzmaul, Laubfrosch und zahlreiche Libellenarten.

Auwälder gibt es heute in ganz Westeuropa nur noch am mittleren Oberrhein, an der Donau und March sowie



Solche Auwälder sind Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

Ja, ich will helfen, daß die letzten natürlichen Feuchtgebiete in Deutschland erhalten bleiben. Bitte geben Sie mir Informationen, wie ich dem WWF bei einer Arbeit unterstützen kann.

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Bitte Anträge an: WWF, Postfach 1100, 6000 Frankfurt 11, Telefon 069/77 16 77, Spendenkonto 2000, Sparkassenbank, Frankfurt.  
Sie ist nicht ein Spendenkonto für den WWF.

werden viele Baum für Baum abgeholzt, um schnellwachsende Pappeln in Reih und Glied zu pflanzen. Oder um Mais- und Getreidefelder anzulegen. Außerdem fallen dem Kiesabbau unaufhörlich wertvolle Auenflächen zum Opfer.

### Der WWF klärt auf und handelt.

Noch gefährlicher für die Auen Mitteleuropas sind die Bauvorhaben von weiteren Staustufen. Denn dort, wo eine Staustufe gebaut wird, ist die Aue für immer zerstört. Nicht nur weil die Altarme abgeschnitten, die Auwälder abgeholzt, neue Straßen gebaut und schnurgerade Kanäle gezogen werden, sondern vor allem weil ohne die natürliche Überflutung viele typische Tier- und Pflanzenarten ihre Lebensmöglichkeit verlieren. Das muß verhindert werden. Schon seit Jahren engagiert sich die Umweltstiftung WWF-Deutschland (World Wildlife Fund, die größte private Naturschutzorganisation der Welt) für die Erhaltung der Auen und anderer Feuchtgebiete. Durch Pflege und Betreuung

Retten Sie mit dem WWF unsere letzten Auen.

gefährdeter Gebiete, durch Gutachten, Verhandlungen mit Behörden und sogar durch Landkäufe. Denn oft ist dies die einzige Möglichkeit, langfristige wirksame Schutzmaßnahmen umsetzen zu können. Dafür ist Ihre finanzielle Unterstützung dringend erforderlich. Ich bitte Sie deshalb: Helfen Sie dem WWF bei seiner Arbeit. Ich versichere Ihnen, daß der WWF jede Spende vollständig und ausschließlich für konkrete Naturschutzarbeit einsetzt.





## STANDPUNKT

## Relegation und Volksfest

Wer immer den dubiosen Begriff des Relegationsspiels in der Terminologie des Profifußballs eingeführt haben mag – er muß geahnt haben, daß der Begriff eines Tages von einer Mannschaft wörtlich genommen werden würde. Relegation, so steht es im Duden, bedeutet Verweisung von einer Schule oder Hochschule. Drei Halbzeiten lang spielten die Schüler von Borussia Dortmund gegen den klassentiefen Konkurrenten von Fortuna Köln tatsächlich so, daß nur der Klassenverweis aus der ersten Liga die Folge sein konnte. Sie spielten wie Grundschüler, die nicht einmal das kleine Abc des Fußballs, kämpfen und rennen, beherrschen.

Nun sind aber gerade Grundschüler in einem besonders lehrfähigen Alter. Was in der zweiten Halbzeit des zweiten Relegationsspiels deutlich wurde. Da zeigte Borussia Dortmund, daß es durchaus über eine bundesliga-taugliche Mannschaft verfügt. Es zeigte sich auch, daß die (Zuschauer-)Krise der Bundesliga eine hausgemachte ist. 54 000 Zuschauer (erstmal seit vier Jahren war das Westfalenstadion wieder ausverkauft) bewiesen, daß Fußball-Fans nicht so anspruchsvoll sind, wie Kritiker behaupten. Im Gegenteil: Sie sind bereit, schnell zu vergessen.

Zur Pause (0:1) piffen sie die Spieler noch gnadenlos aus, nach dem Abpfiff (3:1) veranstalteten sie ein Volksfest. Sie entrißen den Spielern die Trikots, trugen den Präsidenten Reinhold Rau auf Händen und bestätigten damit Fortuna Kölns Trainer Hannes Lüssgen: „Die Leute wollen unbedingt perfekten Fußball sehen. Wir müssen vielmehr zeigen, daß wir Spaß am Fußball haben. Wenn die Leute dann nach dem Spiel gehen und sagen: „Mann, was waren die wieder blind. Aber gekämpft haben die bis zum Umfallen“, dann kommen sie auch wieder.“

Spätestens am Freitag ins Düsseldorf Stadion. Zur dritten Auflage des Spiels Borussia Dortmund – Fortuna Köln. ulf

## GALOPP

## Züchterprämie fürs Finanzamt

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Nicht allzu viele Pferde, die in den letzten Jahren auf den beiden großen Auktionen während der Galopp-Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden für zum Teil beachtliche Summen verkauft wurden, entpuppten sich als Aktie mit positiver Zukunft. Am 30. August 1984 hat das Hamburger Gestüt Falkenstein in Iffezheim den Hengst Philipo für nur 9000 Mark an den bayerischen Antiquitätenhändler Volker Rüdiger Uenneberg verkauft.

Als 152:10 Außenseiter hat der Hengst mit Jockey Dave Richardson am Pfingstmontag in Köln mit dem Mehl-Mühlens-Rennen (dem früheren Henckel-Rennen) eines der höchstdotierten deutschen Galopprennen mit fast drei Längen Vorsprung vor Babylonier aus dem Gestüt Schlenderhan mit Georg Bockai und Orfano (Peter Alaf) aus dem Gestüt Zoppenbroich gewonnen. Der 17:10 Favorit Oldtimer aus dem Gestüt Bona mit Peter Remmert war schon 600 Meter vor dem Ziel geschlagen. Im Ziel war er schwächer sechster. Remmert: „Ich hätte ihn schon eingangs der Geraden anhalten können.“

Henneberg (sein Pferd läuft aus angeblich steuerlichen Gründen jetzt unter dem Decknamen „Stall Surinam“) wurde beim Kauf entscheidend von Trainer Stegweil beraten, der sich dabei besonders von Philipos Vaterschaft leiten ließ, denn Stegweil war als Futtermeister im Gestüt Röttgen in Köln Pfleger des Hengstes Princeps Ippi, des Vaters von Philipo, der jetzt seinem Besitzer auch die Chance eröffnet, in den Genuss der 250 000-Mark-Prämie für den Sieger der drei Prüfungen Mehl-Mühlens-Rennen, Union-Rennen und FUMA-Europa-Preis zu gelangen. – Im Union-Rennen am 15. Juni geht Philipo auch wieder an den Start.

Die Züchterprämie (30 Prozent der Siebtpremie) erhielt übrigens nicht Horst-Herbert Alsen vom Gestüt Falkenstein, sondern das Finanzamt. Der Fortbestand des Gestüts in Hamburg-Sülldorf ist aufgrund größerer Forderungen des Fiskus gefährdet. Jetzt kamen immerhin 23 500 Mark in die Amtskassen.

In München gewann El Salto aus dem Gestüt Fährhof mit Andrej Tylicki den Großen Hertie-Preis vor Vifargent mit Ralf Suerland.



Tränungen gegen Fußballfans

FOTO: AP

## 120 Menschen verletzt

dpa, Mexiko-Stadt

Zwei Wochen vor Beginn der 13. Fußball-Weltmeisterschaft war ein Stadion in der mexikanischen Provinz Schauplatz schwerer Ausschreitungen, wobei 120 Menschen verletzt, zwei Polizeiwagen angezündet und zehn Fahrzeuge zerstört wurden. Der Sachschaden wird auf umgerechnet rund 430 000 Mark geschätzt.

Die Ausschreitungen ereigneten sich am Ende des Spiels um den Aufstieg in die 1. Liga zwischen Pachuca und Queretaro, den die Heim-

mannschaft aus Pachuca, 95 Kilometer nordöstlich der mexikanischen Hauptstadt, mit dem 1:1 (Hinspiel 2:0 für Queretaro) verpaßt hatte. Pachuca ist kein WM-Ort.

Die Polizei setzte Tränengas ein, um die Randalierer zu vertreiben, die Holztribünen in Brand steckten und in der Nachbarschaft des Stadions Zerstörungen anrichteten.

Die Spieler aus Queretaro, dem Spielort der deutschen Mannschaft während der WM, mußten bis in die Nacht warten, bis sie nach den Unruhen das Stadion verlassen konnten.

## FUSSBALL-WM / Die Ankunft der deutschen Mannschaft in Mexiko: ein ganz starker Eindruck

## Franz Beckenbauer: „Wir Fußballer kommen als Freunde“

sid, Mexiko-Stadt  
Franz Beckenbauer sah sichtlich geschäftig aus, der 15-Stunden-Flug war nicht in seinem blau-karierten Maßanzug stecken geblieben, tiefe Ränder lagen unter seinen Augen. Dennoch befolgte der Teamchef die alte Volksweisheit, wonach der erste Eindruck immer am wichtigsten ist, und glänzte vor der versammelten mexikanischen Presse im Stil eines geschulten Entertainers.

Auf dem weiten Weg von Frankfurt nach Morelia geriet der kurze Zwischenstopp auf dem Flughafen von Mexiko-Stadt zur PR-Show, auch wenn etwa 100 Fans aus dem Deutschen Klub mit Fahnen und Kuh-

glocken vergeblich auf Sichtkontakt warteten.

„Mexiko 1970 war die schönste Weltmeisterschaft, die ich je erlebt habe. Wir alle, und da spreche ich für jeden einzelnen Spieler, sind froh, endlich in diesem wunderschönen Land zu sein.“ Mit dieser Bemerkung brach Beckenbauer das Eis und das Mißtrauen, denn die Mexikaner argwöhnten, daß sich die Mannschaft aus Alemania genauso davonstehlen würde wie zuvor die Italiener.

Der Weltmeister hatte 500 Journalisten mit gespitzten Bleistiften, eingeschalteten Mikrofonen und aufgebauten Kameras stehenlassen und die sofortige Weiterreise zum Quartier in

## TENNIS / Nach dem großen Sieg der Steffi Graf

## „Am liebsten würde ich jetzt ganz allein sein“

dpa, Berlin  
Der 19. Mai 1986 ist im Leben von Steffi Graf ein ähnlich wichtiges Datum geworden wie der 7. Juli 1985 für Boris Becker. Der Berliner Finalist der 16-jährigen internationalen deutschen Tennis-Meisterin über die amerikanische Wimbledonssiegerin Martina Navratilova hat zwar nicht einen so hohen Stellenwert wie der Wimbledon-Triumph Beckers. Aber mit dem zweiten Matchball auf der Anlage am Hundehaus begann für die Welt-ranglistendritte Steffi Graf aus Heidelberg der gleiche Rummel wie vor einem Jahr um Boris Becker.

Die Begeisterung nahm schlagartig so beängstigende Ausmaße an wie bei den Berlin-Gastspielen Beckers, der, eingeklinkt in der Menge, handfest von der Zuneigung der Fans von Leibwächtern geschützt werden mußte. Becker sagte nachdenklich: „Wirklich frei bin ich nur noch auf dem Platz und allein nur noch in der Nacht.“

Inmitten der siegestrunkenen Freude um Steffi Graf ließ auch eine Bemerkung der weinenden Martina Navratilova die Zäsur in der Entwicklung des neuen Lieblings der (Tennis- und Fernseh-) Nation errahnen: „Am liebsten würde ich jetzt ganz allein und anonym irgendwo spazieren gehen.“

So ernste Worte von Tennis-Stars erreichen Steffi Graf in ihrer heutigen

benedenswerten unbekümmerten Mädchenhaftigkeit gottlob noch nicht. Ihre unbelastete Freude an dem, was sie kann, ist ihr Trumpf-As, mit dem sie im Spiel auf dem Centre Court die Stiche macht. Sie erinnert mit ihrem offenen Lachen, ihrer Fröhlichkeit oft an den Boris Becker vor einem Jahr.

„Ich könnte vor Freude die ganze Welt umarmen“, sagte sie strahlend. Sie feierte ausgelassen, spritzte mit Champagner über den roten Sand und alle, die sie umzingelt hatten, blieb aber sportlich fair auf dem Teppich. Wie sie die 13 Jahre ältere Martina Navratilova tröstete, war menschlich bewegend.

Steffi Graf ist so ehrlich, daß ihr das niemand als Cleverness auslegen kann, wenn sie sich mit solch fairen Äußerungen von dem Zugzwang etwas befreit, fortan immer solche Superleistungen gegen die Navratilova bieten zu müssen.

Gefühlsmäßig hat der Tennis-Teenager mit seiner sportlichen Haltung in Berlin viel von dem entstandenen Druck nach vier hintereinander folgenden Turniersiegen in Hilton Head, Amelia Island, Indianapolis und Berlin und den unausweichlichen Forderungen nach weiteren Siegen dieser Art abgebaut. Auf diese Weise läßt sie sich einfach nicht unter Druck setzen. So gewinnt sie am leichtesten. Das spürt sie.

## NACHRICHTEN

**Sievert-Preis für Klimke**  
Hamburg (sid) – Dressur-Olympiasieger Reiner Klimke ist von der Gemeinschaft Deutscher Olympiateilnehmer (GDO) mit dem Hans-Heinrich-Sievert-Preis für 1986 ausgezeichnet worden.

## Nicht nach Kiew

München (dpa) – Die deutschen Bogenschützen werden wegen des Reaktor-Unfalls in Tschernobyl nicht zum Wettbewerb um den „Frühlingsspielfußball“ nach Kiew reisen. Für diese Veranstaltung sagte der Deutsche Sportbund (DSB) für den Deutschen Schützenbund (DSB) ab.

## Weiter Hammerwurf

Rehlingen (sid) – Nur um zwölf Zentimeter verfehlte der Olympiadritte Klaus Ploghaus (Leverkusen) die 80-m-Marke mit dem Hammer. In Rehlingen, wo die deutschen Werfer die Saison mit Länderkampf-Siegen über Finnland (43:31) und Kanada (74:32) eröffneten, sorgte Ploghaus mit 79,88 m für das wertvollste Resultat.

## Hans Stuck Zweiter

Charlotte (DW) – Langstrecken-Weltmeister Hans Stuck (Grainau) belegte beim 500-km-Rennen von Charlotte (US-Bundesstaat North Carolina) auf Porsche 962 zusammen mit dem Amerikaner Bob Akin Platz zwei. Es siegten die Amerikaner Drake Olson/Price Cobb (ebenfalls Porsche 962).

## ZAHLEN

**FUßBALL**  
Zweites Relegationsspiel zur Bundesliga: Borussia Dortmund – Fortuna Köln 3:1 (0:1); 1. Spiel: 0:2, Entscheidungsspiel am Freitag.

**TISCHTENNIS**  
Supersup, 1. Turnier in Arnberg, Final: Herren-Einzel: Liang Geliang (China) – Kahnie (Gulawien) 16:21, 21:16, 21:15.

**GOLF**  
Deutsche Junioren-Meisterschaften in Olching (72 Par), Junioren: 1. Schleifer (Humboldt) 74:72:73:71=290, 2. Ziegler (Bad Nauheim) 77:76:74:78=305, 3. Gullitzer (Bad Kreuznach) 77:77:74:78=306; Junioren: 1. Lampert (Kronberg) 79:74:72=225, 2. Fischer (Bad Nauheim) 81:82:75=238, 3. Fink (Bad Orb) 82:84:79=243.

**GEWINNZAHLEN**  
Toto, Elterwette: 2, 1, 3, 1, 0, 2, 0, 0, 0, 8 aus 45; 7, 9, 10, 11, 26, 43. (Ohne Gewinn.)

lder  
ursch

Serienmäßig erhält die Servolenkung wichtige Kraftunterstützung.

Serienmäßig trägt die Fahrkomputer, wieviel Sie verfahren.

Serienmäßig nutzt die Wasch-Wasch-Anlage die Scheinwerfer.

Serienmäßig sind vorn die oberen Gerüststützen höherverstellbar.

Serienmäßig legen sich die Rücken zum 1600-Laderaum um.

Serienmäßig verfügt Ihr Cockpit über einen Drehzahlmesser.

Serienmäßig haben Ihre Fond-Passagiere Nachbarn.

Serienmäßig breitet eine Einstiegsleuchte an allen 4 Türen.

Serienmäßig fahren Sie auf jenem Vibrations-Polster.

Serienmäßig geht ein Licht an, wenn Sie vorn und hinten.

Serienmäßig fahren Sie den neuesten Stand der Technik: Zweiliter-16-Ventil-Einspritzmotor.

Serienmäßig können Sie das Lenkrad in Längsrichtung verstellen.

Serienmäßig und nur bei Saab steuern Sie sanftere Luft durch einen Innenraumluftfilter.

Serienmäßig „reparieren“ sich die Stoßstangen von selbst.

Serienmäßig sind alle Türen zentral verriegelt.

Serienmäßig sind beide Außenspiegel elektrisch verstellbar und beheizt.

## DER NEUE SAAB 9000 i 16. SPEZIALISIERT AUF LANGE STRECKEN, NICHT AUF LANGE AUFPREISLISTEN.

Wenn Sie für Ihre vielen Kilometer ein komfortables, hervorragend ausgestattetes Automobil suchen, gibt es derzeit im Prinzip nur zwei Möglichkeiten.

1. Sie entscheiden sich für ein Modell unserer Mitbewerber und nehmen so manches Extra extra in Kauf. Oder 2. Sie entscheiden sich für den neuen Saab 9000 i 16 und fahren alle Annehmlichkeiten inklusive. Gemäß unserer Philosophie: „Wer den Anspruch erhebt, perfekte Langstrecken-Automobile zu bauen, darf für alles, was langes Reisen leichter, bequemer und schöner macht, nicht extra die Hand aufhalten.“

Der Saab 9000 i 16 ist der fahrende Beweis (16-Ventil-Einspritzer mit 94 kW/128 PS), daß ein vollkommenes Langstrecken-Auto auch beim Preis Perfektion zeigt. Inklusive allem, was Sie hier sehen, kostet er 36.500 DM (unverbindl. Preisempfehlung ab Importlager Hamburg). Tut uns leid, wenn wir jetzt manchem die Illusion genommen haben, daß erst ab viel mehr D-Mark Perfektes zu bewegen ist.

PS: Ausgedehnte 9000 i 16-Probefahrten ganz in Ihrer Nähe erfragen Sie bei der Saab Deutschland GmbH, Berner Straße 89, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon (0 69) 50 06-1.

**SAAB 9000 i 16**  
Auf langen Strecken zu Hause.



Serienmäßig stellen Sie den Langstrecken-Fahreritz individuell auf Ihre Statur ein.

Serienmäßig wärmt die elektrisch beheizte Rückbank des Fahrers und Beifahrers.

Serienmäßig öffnet und schließt sich jedes Fenster elektrisch.

Serienmäßig besitzen Sie 2 Nebelschleuchten.

Serienmäßig können Sie durch getönte Scheiben.



## „Syrien ist das Mutterschiff von Terrorgruppen“

DW, Jerusalem/Damaskus  
Trotz ihres Bemühens, die Spannungen mit Syrien nicht eskalieren zu lassen, verzichtet die israelische Regierung nicht darauf, Damaskus auf seine Verantwortung für den internationalen Terrorismus hinzuweisen. Vor dem Parlament in Jerusalem bezeichnete Ministerpräsident Shimon Peres Syrien als „Mutterschiff“ von Terrorgruppen. Dem syrischen Staatschef Assad warf er vor, sich palästinensischer Terroristen als Instrument der Politik zu bedienen, um eine syrische Vormachtstellung in der arabischen Welt herzustellen. Peres forderte weltweite wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen Damaskus.

Bei seinem verbalen Angriff auf Syrien vermied der israelische Regierungschef jeden Hinweis darauf, daß Israel ein militärisches Vorgehen gegen Damaskus erwäge. Er vertrat die Auffassung, daß es nicht nötig sei, die Waffen sprechen zu lassen.

Syriens Staatschef Assad hatte noch am Sonntag in einem Interview der Zeitung „Washington Post“ erklärt, die Spannungen mit Israel schienen sich zu vermindern. Diese Äußerungen waren von Peres in einer Sendung der US-Fernsehgeseilschaft CBS begrüßt worden.

Unterdessen verstärken sich die Hinweise, daß die Syrer in nächster Zeit neue Waffen aus der Sowjetunion erhalten. Nach Angaben der israelischen Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“ will Moskau eine unbekannte Zahl von Mittelstreckenraketen des Typs SS-23 sowie rund 80 Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 an Damaskus liefern. Das Blatt beruft sich in seinem Bericht auf westliche Quellen. Danach soll Syrien die sowjetischen Waffen angefordert haben, um ein „strategisches Gleichgewicht“ mit Israel zu erreichen.

Die israelische Zeitung berichtet, daß Syrien mit den neuen Raketen, die fast doppelt so weit fliegen wie die alten SS-1, von seinen Abschussbasen aus ohne Schwierigkeiten israelische Siedlungen angreifen könnte. Die SS-23 könne mit nuklearen, chemischen und herkömmlichen Sprengköpfen ausgerüstet werden.

Der Leiter der politischen Abteilung der sowjetischen Streitkräfte, General Alexei Litschew, hat den Syriern bei seinem derzeitigen Besuch in Damaskus noch einmal die „feste Unterstützung“ der Moskauer Regierung in ihrem „gerechten und heiligen Kampf für Frieden und Würde“ zugesichert.

## Bund und Länder streiten über Schadensersatz für die Bauern

Nach Tschernobyl ging Konsum von Frischgemüse zurück / Bangemann für Gespräche mit Moskau

ULRICH REITZ, Bonn  
Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl haben sich offenbar die Konsumgewohnheiten der Deutschen geändert. So ist beispielsweise in den vergangenen Wochen der Verbrauch von Frischgemüse nach Informationen des baden-württembergischen Landwirtschaftsministeriums zugunsten von tiefgefrorenen Kost zurückgegangen. Die Umorientierung bei den Verbrauchern beeinflusst die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern über Schadensersatzleistungen an die durch diese Bestrahlungs-Folgen mittelbar Geschädigten.

Drei Wochen nach dem Reaktorunfall in der Ukraine ist bei dem Gangel um Schadensersatzforderungen in der Bundesrepublik Deutschland noch kein Ende abzusehen. Strittig ist inzwischen nur noch der Bereich der „mittelbaren Schäden“, nachdem die Bundesregierung erklärt hat, die „direkten“ Schäden zu übernehmen. Hier müssen sich Bund und Länder einigen.

### Erste Runde fehlgeschlagen

Doch der erste Versuch schlug fehl. Am vergangenen Donnerstag erklärte sich Landwirtschaftsminister Kiechle (CSU) bereit, den Schadensersatz für die mittelbaren Folgen des Reaktorunfalls zwischen Bund und Ländern zu teilen. Beide Seiten sollten je 50 Prozent tragen. Damit wollen die

Länder sich nicht zufrieden geben. Sie wännen sich vor dem Hintergrund der Bemühungen der Bundesregierung, vor der Niedersachsen-Wahl die Bauern nicht zu vergraulen, in einer starken Position. Doch zu einer anderen Aussage als „Mehr muß es sein“ finden sich die Agrarministerien gegenwärtig nicht bereit. Auf jeden Fall sei eine „ländereinheitliche Absprache“ nötig, heißt es im baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium. Das Thema wird in dieser Woche von einer aus Vertretern des Bundes und der Länder gebildeten Runde auf Expertenebene besprochen.

Entscheidend für das Ausmaß der mittelbaren Schäden, die nicht nur die Bauern, sondern auch den Handel betreffen, wird sein, ob die momentan noch verunsicherten Bürger bei ihren Gewohnheiten bleiben. Erste Zahlen der frühestens Ende Mai zur Debatte stehenden. In den nächsten beiden Wochen stellen die Bauern mit Hilfe der Länderbehörden das Ausmaß der Verluste fest.

Im CDU-regierten Baden-Württemberg geht man nicht davon aus, „daß unterschiedliche Strahlen-Grenzwerte der Länder die Höhe der Entschädigung durch den Bund beeinflussen“. Träfe diese Einschätzung zu, dann blieben etwa die strengen hessischen Werte beispielsweise für Milch zumindest ohne negative finanzielle Folgen. Eine Sicht, die sich mit der der sozialdemokratischen Lan-

desregierung in Hessen deckt, die aus ihrem Vorgespräch bei den zulässigen Grenzwerten jetzt keinen finanziellen Schaden erleiden will.

Unabhängig von der Höhe der nationalen Ausgleichsleistungen an die Bauern geht in Bonn die Diskussion um die Abwicklung von Schadensersatzforderungen an die Sowjetunion weiter. Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) wandte sich gegen Versuche, Ansprüche an Moskau mit Hilfe der internationalen Gerichtsbarkeit durchzusetzen und sprach sich für Verhandlungen aus.

### EG-Kommission mauert

Bei der EG-Kommission stößt die Bundesregierung mit dem Plan, mehr Bauern als bisher Subventionen zu zahlen, auf Widerstand. Ein Bonner Antrag zielt darauf, den Anteil der als „benachteiligten Gebiete“ eingestuft Agrar-Nutzflächen von derzeit einem Drittel auf 51 Prozent zu erhöhen, um die Nachteile der EG-Agrarpreisordnung vom April national zu kompensieren.

Mehr Geld bekommen die Bauern aber aus einer anderen Quelle: Allein in Niedersachsen haben die Landwirte mehr als 20.000 Anträge auf Bundeszuschuß für die „landwirtschaftliche Altershilfe“ gestellt. Mit der Steigerung der staatlichen Zuschüsse zu der Altershilfe gleicht Bonn die am 1. Januar in Kraft getretenen Beitragserhöhungen aus.

## Rente in „DDR“ bei 471 Mark

AP, Berlin

Die durchschnittliche Altersrente für Arbeiter und Angestellte in der „DDR“ liegt nach offiziellen Angaben aus Ostberlin bei 471 Mark im Monat. Im Jahre 1970 hatte ein Rentner nur 199 Mark zur Verfügung, berichtete die (Ost-) „Berliner Zeitung“.

In den vergangenen 18 Jahren seien die Renten fünfmal erhöht worden, berichtete das Blatt. Das jährliche Rentenvolumen liege derzeit bei 17,4 Milliarden Mark, hieß es weiter. Dieser Betrag entspreche den Ausgaben für Volksbildung, Universitäten, Kindergeld und Geburtsbeihilfen sowie für den Staatsapparat und die wirtschaftsleitenden Organe. Fast 17 Prozent aller DDR-Bewohner sind im Rentenalter.

## Paris: Streit um Anti-Terror-Paket

AFP, Paris

Die französische Regierung will hohe Belohnungen für Hinweise im Zusammenhang mit terroristischen Verbrechen einführen. Außerdem sollen Ermittlungen zentral bei einer Pariser Staatsanwaltschaft abgesichert werden können. Die französische Liga für Menschenrechte erklärte, der Kampf gegen den Terrorismus dürfe nicht zu einer „Justiz des Wilden Westens“ führen. Das umfassende Projekt soll nach Presseberichten von der konservativ-liberalen Regierung unter Premierminister Jacques Chirac kommendenden Mittwoch verabschiedet werden. Auf die Schaffung eines Straftatbestandes für Terrorismus will die Regierung entgegen ihres Wahlversprechens verzichten.

## Nach Angriffen Kursrückgang beim Rand

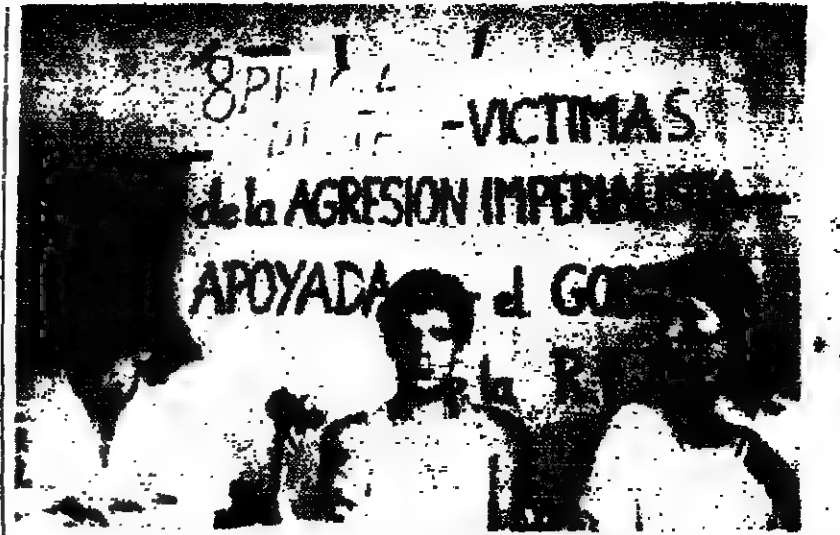
DW, Johannesburg

Nach den südafrikanischen Militäraktionen gegen Ziele in Botswana, Simbabwe und Sambia ist der Kurs der südafrikanischen Währung Rand gestern kräftig gesunken. Nach Ansicht von Währungsexperten drücken die Angriffe und die Furcht vor verschärften wirtschaftlichen Sanktionen auf die Landeswährung.

Mit seinen Militäraktionen, bei denen mindestens drei Menschen getötet wurden, hat Südafrika weltweit Kritik ausgelöst. In einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes in Bonn werden die „Anschläge des südafrikanischen Militärs“ als „klare Verletzung des Völkerrechts, die durch nichts gerechtfertigt werden kann“ bezeichnet. Der südafrikanische Botschafter wurde in das Auswärtige Amt einbestellt. Die Militäraktionen haben offenbar zu einem vorzeitigen Ende der Friedensmission einer Commonwealth-Gruppe in Südafrika geführt, die sich um einen Waffenstillstand zwischen Pretoria und der schwarzen Widerstandsorganisation „Afrikanischer Nationalkongress“ (ANC) bemühte. Ein Sprecher der Organisation sagte, daß die Vermittler ihre Verhandlungen fortsetzen könnten.

Die USA haben die Militäraktionen „scharf“ verurteilt und bei Südafrika formell Protest eingelegt. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft deutete an, daß die zwölf EG-Staaten ihre Sanktionen gegen Südafrika verschärfen könnten. Der UNO-Generalsekretär de Cuellar sprach von einer „neuen Eskalation der Gewalt im südlichen Afrika“. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass verglich die Operationen gegen den ANC mit dem amerikanischen Bombenangriff auf Libyen, den die Südafrikaner zum Vorbild genommen hätten.

Südafrika hat seine Luft- und Bodenangriffe auf ANC-Stützpunkte in den drei Nachbarländern erneut verteidigt. Im staatlichen Rundfunk in Johannesburg hieß es, die Nachbarländer seien wiederholt davor gewarnt worden, den ANC nicht zu gestatten, von ihrem Territorium aus zu operieren. Wenn die südafrikanische Regierung dem ANC gestatten würde, weiter ungehindert mit seinen Terroraktivitäten fortzufahren, würde sie die erste Pflicht entgegen ihrer Regierung vernachlässigen.



Pressekonzferenz mit drei Botschaftsbesetzern in Managua

FOTO: AP

## Noch kein Lebenszeichen von Entführten in Nicaragua

Botschaftsbesetzer geben auf / Genscher bittet um Hilfe

AP, Managua  
Die mehr als 70 Deutschen, die seit Sonntagabend die Botschaft Bonns in Managua besetzt halten, haben die Räumung der diplomatischen Vertretung für gestern Abend angekündigt. Ein Sprecher der Besetzer, der seinen Namen mit Albert Ruther angab, sagte in einem Telefongespräch mit der Nachrichtenagentur AP: „Wir haben die ganze Nacht mit dem Botschafter verhandelt, aber er hat abgelehnt, irgendetwas zu unterschreiben, was von der offiziellen Position Bonns und Washingtons abweicht.“ In einem Telefonat mit der WELT erklärte eine Sprecherin der Botschaftsbesetzer, sie selbst und die meisten anderen der 70 Besetzer gehörten keiner politischen Partei an. Mit ihrer Aktion wollten sie auch dagegen protestieren, daß einem Volk die Entwicklungshilfe von mächtigen Nationen entzogen worden sei, deren einziges Ziel es sei, selber in Nicaragua das Sagen zu haben.

Die Angehörigen linksgerichteter „internationaler Arbeiterbrigaden“, die zum Teil schon seit Jahren in Nicaragua arbeiten, wollten in den mehr als 30 Stunden der Besetzung erreichen, daß sich die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der USA energischer für die Freilassung der am Samstag entführten acht Deutschen einsetzen. Die Besetzer glauben, daß Mitglieder der antisandistischen Guerillagruppe „Demokratische Front Nicaragua“ die vier Frauen und vier Männer verschleppt haben.

Die Gruppe der Deutschen hatte neben Botschafter Rusnak einen weiteren Diplomaten, drei Mitglieder des

Wachpersonals und einen Nachwächter festgehalten. In einem vom Informationsbüro „Nicaragua“ in Wuppertal verbreiteten Erklärung hieß es, die Besetzer hätten sich zur Aufgabe entschlossen, „um der Bundesregierung keinen Vorwand für die Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen mit der sandinistischen Regierung in Managua“ zu liefern. Die Bundesregierung habe zudem durchblicken lassen, daß die Botschaft geschlossen werde, falls die Aktion nicht abgebrochen werde.

Bundesaussenminister Genscher hat inzwischen die Regierungen der USA, Nicaragua, Costa Rica und Honduras um Mithilfe bei der Suche nach den in Nicaragua entführten Deutschen gebeten. Der Botschafter der USA in Bonn, Richard Burt, kam gestern zu einer Unterredung über die Entführung ins Auswärtige Amt. Dem Krisenstab des Auswärtigen Amtes liegt derzeit noch kein Lebenszeichen von den Entführten vor.

Fast 100 Solidaritäts-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland verfechten hierzulande nicht nur die Sache des Regimes in Nicaragua, sondern schicken auch „Arbeitsbrigaden“ in das Land. In Managua halten sich ständig zwischen 200 und 300 solcher Aktivisten auf. Sie kommen aus der alternativen Szene der „Neuen Linken“, haben Demonstrationen gegen die Startbahn West oder Kernkraftwerke hinter sich. Die „Brigadisten“ haben auch die Besetzung der deutschen Botschaft 1983 und 1985 organisiert, wobei die Mauer vor dem Gebäude unter anderem mit der Aufschrift „Die Diener der Yankees“ versehen worden war.

## Bangemann: In Niedersachsen wird die CDU ihre absolute Mehrheit verlieren

FDP-Chef fordert Kabinetts-Revirement nach der Bundestagswahl / Vor dem Parteitag

DIETHART GOOS, Bonn

Nach der Bundestagswahl muß nach Ansicht des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann das Bundeskabinett personell und strukturell umgebaut werden. „Es gibt einige Ministerien, die sich überlebt haben und andere, die nicht ideal zugeschnitten sind.“ So sei das Thema Umweltschutz in der gegenwärtigen Bundesregierung zu sehr zergliedert. Einzelheiten darüber, welche Ministerien gestrichen oder umgebildet werden sollten, wollte Bangemann nicht nennen. „Wenn man dazu etwas sagt, dann ist der eine oder andere Ministerkollege vielleicht beleidigt.“

Nach dem Bundeskongress der Grünen in Hannover bestehe kein Zweifel mehr über die wahren Absichten dieses Spektrums, sagte Bangemann. „Jeder Wähler in Niedersachsen weiß jetzt, was zu erwarten ist, wenn er die Grünen wählt“, sagte Bangemann im Hinblick auf die immer mehr in den politischen Mittelpunkt rückende niedersächsische Landtagswahl am 15. Juni.

### „Ohne uns rot-grün“

Zur Einstimmung der eigenen Partei und zur Motivierung des niedersächsischen FDP-Wahlpotentials veranstaltete die Freien Demokraten von Freitag bis Sonntag ihren 37. ordentlichen Bundesparteitag in Hannover.

Zu den Wahlaussichten seiner Partei in Niedersachsen sagte Bangemann, für die FDP sei das Rennen gegenwärtig noch nicht gelaufen, er

rechne aber fest mit der Rückkehr seiner Parteifreunde in den Landtag. „Die CDU wird ihre absolute Mehrheit verlieren, das ist klar, 1982 gewann sie die Mehrheit unter außergewöhnlichen Umständen. Um so wichtiger ist unsere Rückkehr in das Parlament. Alleine kann die CDU nicht regieren.“ Ohne die FDP würde es dann ein rot-grünes Bündnis in Hannover geben.

Durch den Wahlkampf und auch mit dem Bundesparteitag will die FDP ihre bundespolitischen Leistungen hervorheben. Bangemann selbst ist sechzigmal im Wahlkampfbus, seine Präsidiumsmitglieder zusätzlich noch über zweihundertmal. Entschieden wendet sich Bangemann gegen Einschätzungen, die Niedersachsenwahl habe Testcharakter für die Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres. Dennoch räumte der FDP-Vorsitzende den wichtigen innenpolitischen Stellenwert des 15. Juni im Hinblick auf das Abschneiden der Grünen und mögliche rot-grüne Bündnisse ein. „Alles, was die Grünen jetzt beschlossen haben, ist genau das Gegenteil von dem, was die FDP für richtig hält. Das hat mit liberaler Politik überhaupt nichts mehr zu tun. Da fehlt jede differenzierte Aussage zum Gewaltverbot.“ Und dennoch könnten sich die politischen Gewichte nach der Niedersachsenwahl verschieben. Daher müsse die FDP im Wahlkampf auf die Abhängigkeit der hessischen SPD von den Grünen verweisen. „Das ist auch wichtig für die Wähler in Niedersachsen.“

Für die CDU ist die FDP nach Darstellung ihres Bundesvorsitzenden „inzwischen ein verlässlicher Koalitionspartner im Bündnis der Vernunft geworden“. Bangemann räumt ein, es habe nach der Wende in der FDP Schwächeperioden gegeben. Mit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden Anfang vergangenen Jahres sei die Partei stabilisiert worden und könne Erfolge aufweisen, auch wenn er selber mal Fehler gemacht habe. Bangemann fügte jedoch hinzu, seine Partei werde nicht ein für alle mal in konservativer Erstarrung verharren.

### Grundrente kontrovers

Für den Parteitag in Hannover rechnet Bangemann mit breiter Zustimmung in den politischen Schlüsselfragen. Kontroversen erwartet er zur Rentenpolitik, zum Thema Frauen in der Bundeswehr und auch zu den Vorstellungen der Programmkommission unter Vorsitz von Generalsekretär Helmut Haussmann über den Abbau der Arbeitslosigkeit. Besonders die Jungliberalen (Julis) vermissen in diesem Konzept eine ausreichend soziale Komponente. Auseinandersetzungen in der Rentenpolitik betreffen die von Bangemann und dem Fraktionsvorsitzenden Michaelis favorisierte Grundrente für diejenigen, die mit ihrem schmalen Renteneinkommen unter dem Sozialhilfessatz bleiben. Außerdem will Bangemann mit der FDP eine schrittweise Aufbesserung der Versorgungsleistungen für die etwa sechs Millionen „Trümmerfrauen“ erreichen.

## Kuba schafft „freie Märkte“ ab

AFP, Havanna

Die „freien Bauernmärkte“ in Kuba werden in dieser Woche abgeschafft. Auf diesen seit 1980 bestehenden Märkten wurde ohne Rationierungsschränkungen und Preiskontrollen ein Teil der privaten Agrarproduktion wie Gemüse und Geflügel angeboten. Die Preise richteten sich nach Angebot und Nachfrage. Staats- und Parteichef Fidel Castro erklärte dazu: „Wir werden eine falsche Entscheidung korrigieren, und da Korrigieren klug ist, sollten wir es so schnell wie möglich tun.“ Der kubanischen Presse zufolge hatten Leiter von landwirtschaftlichen Genossenschaften die sofortige Schließung der Märkte gefordert.

## UNO übergibt an Israel NS-Akten

AP, New York

Israel hat aus UNO-Archiven 347 Akten über mutmaßliche NS-Verbrechen erhalten. Die Listen enthalten auch 2000 Namen, nach denen nicht gefragt worden war. Die israelische UNO-Mission hatte ursprünglich ein Schreiben mit den Namen von 1379 Verdächtigen vorgelegt, doch stellte sich heraus, daß Einzeldokumente nur über 347 von ihnen in den Unterlagen der früheren Kriegsverbrechenskommission existieren, die jetzt in UNO-Archiven ruhen. Bei den zusätzlichen 2000 Namen handelt es sich unter anderem um Vorgesetzte der 347 NS-Verbrecher, und um Leute, die mit den Verdächtigen in Beziehung standen.

## In USA leichter Zug zu Waffen

dpa, Washington

US-Präsident Reagan hat ein neues Waffenkontrollgesetz unterzeichnet, das zahlreiche bestehende Restriktionen aufhebt und den Zugang zu vielen Waffentypen in den USA wieder erleichtert. Die Morde an Martin Luther King und Robert Kennedy hatten den Kongress 1968 veranlaßt, die Bestimmungen zum privaten Waffenwerb zu verschärfen. Eine wichtige Bestimmung bleibt bestehen: Kleine Handfeuerwaffen dürfen auch künftig nicht über die Grenzen der Bundesstaaten hinweg verschifft werden. Dagegen ist der grenzüberschreitende Verkauf von Gewehren wieder erlaubt. Inspektionen bei Waffenhändlern werden eingeschränkt.

## Selbst kleine Parteien nehmen wir ernst.

Wenn es um Überseetransporte geht, sind wir für Sie da. Weltweit. Mit unserem bewährten Multi-Port-Konzept und mit leistungsfähigen Partnern, zu Wasser und zu Lande, sorgen wir für durchgehende Transporte von Haus zu Haus. Wir bedienen über 140 Häfen direkt, ohne Umladung. Pünktlich, zuverlässig, regelmäßig und oft. Von und nach 18 Fahrtgebieten. Auf den kürzesten Strecken, auch auf dem Lande. Ohne Umwege.

Sicherheit und Zuverlässigkeit sind unsere Qualitätsmerkmale. Für besondere Ladung haben wir besonderes Equipment: 17 verschiedene Containertypen, für sperrige Fracht ebenso wie für Kühlgut, Schüttgut oder Flüssigkeiten. Für alle Produkte liefern wir Ihnen die benötigten Container auf die Minute, wann, wo und wie oft Sie wollen. Genau nach Maß. Wir machen Ihre Transportprobleme zu unseren.

Eine Zusammenarbeit mit uns lohnt sich. Gerade dann, wenn unser persönliches Engagement und gründliches Zupacken verlangt werden. Wir wollen für Sie arbeiten. Fordern Sie unsere Leistung!



**Hapag-Lloyd**  
Die richtige Lösung



## Schau- Gefecht

Mk. - Auge um Auge... dieser alttestamentale Grundsatz reizt bei manchen Handelspolitikern, selbst wenn es kaum möglich ist, gleiches mit gleichem zu vergelten. So will jetzt die EG-Kommission auf die amerikanischen Einfuhrkontingente bei einigen Agrarprodukten, mit denen vermeintliche Nachteile aus dem Beitritt Spaniens und Portugals kompensiert werden sollen, mit gleichwertigen Maßnahmen reagieren.

Nun haben die Amerikaner ihre Maßnahmen so bemessen, daß sie nicht weh tun. Sie haben auf die Einfuhren des vergangenen Jahres eine Marge von 20, bei Wein sogar von 40 Prozent aufgeschlagen. Größen, die nicht erreichbar sind, weil der EG-Export wegen des Dollar-Verfalls nicht mehr so läuft. Es wäre daher weise, auf Gegenreaktionen zu verzichten, wenn der Konflikt nicht weiter eskalieren soll. Nicht so die Kommission. Sie spielt mit Instrumenten, die auch nicht greifen sollen.

Trotzdem: Das Klima zwischen EG und USA für die Verhandlungen im Gatt muß unter solchen Schau-Gefechten leiden. Es drängt aber die Zeit. Falls keine Vereinbarung zustande kommt, wollen die USA zum 1. Juli sogar einige Zölle erhöhen. Betroffen wären auch verarbeitete Agrarprodukte, die ei-

gentlich schon zum gewerblichen Bereich gehören. Und es könnten noch mehr werden, wenn die EG dann im Gegenzug die Soja-Importe behindern würde. Der Agrar-Protektionismus würde auf Industriewaren überschwappt. Dies sollte auch diejenigen schrecken, die jetzt ihre Muskeln zeigen wollen.

## Raffiniert

ed. - Da staunt der Fachmann - und der Laie wundert sich, daß es einem Bankangestellten mit verschleienden Buchungstricks gelingen kann, seinen Arbeitgeber um die ungeheure Summe von 15 Millionen zu "erleichtern". Gibt es denn bei der Adca-Bank, bei der das jetzt passiert ist, keine internen Sicherungseinrichtungen? Sicherlich, aber was nützen die, wenn ein Mitarbeiter mit krimineller Energie daran, vorbearbeitet, ohne daß gütigliche Kollegen und Vorgesetzte Lunte riechen? Bei der Adca-Bank haben die Bankrevisoren den Betrug aufgedeckt. Aber da war es natürlich schon zu spät. Auch bei anderen Banken kommt es immer wieder einmal vor, daß ungetreue Angestellte Gelder "abzweigen". Nur handelt es sich meist um kleine Fische, über die man nicht viel redet. Gegen raffinierte Betrüger, die den simplen Griff in die Kasse als viel zu primitiv verabscheuen, helfen auch die kompliziertesten Sicherungssysteme nichts. Das ist eine alte Erfahrung des Bankgewerbes, die sich hier wieder einmal bestätigt hat.

## Die Chemie und das Öl

Von JOACHIM WEBER

Es steht außer Frage: 1985 war für die deutsche Großchemie erneut ein glänzendes Jahr. Angesichts weltweiter Erträge vor Steuern, die mit 6,8 (6,2) Prozent vom Umsatz bei der BASF, 6,8 (6,7) Prozent bei Bayer und mit 7,4 (6,9) Prozent bei Hoechst durchweg sogar noch relative Zuwächse erliefen, mochten die Vorstände aller drei Konzerne nicht mehr an ihrem gewohnten, wir sind aber noch nicht wieder da, wo wir mal waren, festhalten.

Daß die Ertragssteigerungen durchweg über den Umsatz- oder gar Absatzsteigerungen lagen, macht sehr schön deutlich, wie flott in der Chemie die Post abgeht, wenn erst einmal in möglichst vielen Produktbereichen bestimmte, meist recht starre Schwellen der Kapazitätsauslastung überschritten sind. Es zeigt aber auch, in welchem Ausmaß die Unternehmen bereits die beiden Vorjahre zur inneren Stärkung genutzt hatten - günstige Zinssalden oder geringere Zuführungen zu den bis zum letzten angefüllten Pensionssparplänen förderten ebenfalls die Ergebnisausweise.

Nur auf den ersten Blick erweckt das neue Jahr den Eindruck, als sei die Wachstumsphase der Chemie schon wieder vorbei. Zwar ist nicht zu übersehen, daß im ersten Quartal die Umsätze aller drei Riesen deutlich - um bis zu zwölf Prozent - gestiegen haben. Doch dieser Rückgang ist zu wesentlichen Teilen darauf zurückzuführen, daß im sinkenden Dollarkurs wie Ölpreis zunächst einmal ganz einfach Luft aus den vorher aufgeblähten Umsatzvolumen abgelassen wurde.

Denn mit dem steigenden Dollar war ein guter Teil der Auslandsumsätze der Chemie - keineswegs nur aus dem USA-Geschäft - lediglich in der D-Mark-Umrechnung überproportional gestiegen; in Landeswährung sahen etliche Zuwachsraten deutlich bescheidener aus. Und auch die beiden Ölpreisschübe der siebziger Jahre, die dem damaligen Chemie-Boom ein jähes Ende gesetzt hatten, bescherten der Branche nachhaltig substanzlose Zuwachsraten.

Gerade das Öl aber ist eine Größe in der Branchenkalkulation, an der, ob als Rohstoff oder als Energieträger, kaum ein Unternehmen vorbeikommt. Immerhin entfiel 1985 etwa die Hälfte von 30 Milliarden Mark Rohstoff- und Energiekosten der Branche auf ölabhängige Produkte. Unterschiede im Gewicht dieser Rechengröße gibt es allerdings selbst zwischen den drei Großen: Während

die BASF mit dem hauseigenen Ölkonzern Wintershall am stärksten vom Preispejor der Scheichs abhängt, dürfte der Ölpreis bei Bayer am geringsten sein. Die Hoechst - ebenfalls ohne eigene Ölverarbeitung - dürfte in der Mitte liegen.

Von der Kostenentlastung des Ölpreiszusches bleibt freilich (jedenfalls nach den Aussagen der Vorstände) kaum etwas in den Ertragsmassen der Unternehmen hängen. Denn der Markt ist wachsend, die Abnehmer zum Beispiel von Kunststoffen oder Feinmaterial fordern ihre Preissteigerung fast zeitgleich mit den Rohstoffsteigerungen. Auch die (rechenbaren) Vor- und Nachteile der Dollarschwäche scheinen sich gerade einigermaßen ausgleichen.

Nicht zu unterschätzen sind zudem die qualitativen Auswirkungen der heutigen Ausschläge. So hat sich schon in den ersten Monaten 1986 wenigstens in Teilbereichen die wiedererlangte Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dem Dollarramm mit entsprechendem Druck auf Preise und Mengen bemerkbar gemacht. Und vor allem die inländischen Kunden benehmen sich wie immer in Preisensensitivitätszeiten: Sie benehmen ihre Läger ab und hoffen auf noch niedrigere Preise.

Immerhin ist es Bayer und Hoechst selbst im bewegten Umfeld der ersten Monate 1986 noch gelungen, die Gewinne weiter zu erhöhen. Daß es bei den Ludwigshafenern gleichzeitig bergab ging, hat seine Ursache vor allem im BASF-spezifischen Ölgeschäft, aber auch in den unterschiedlichen Gepflogenheiten der Rechnungslegung: Hohe Wertberichtigungen auf die Vorräte an Öl und stark ölabhängigen Produkten wurden - trotz teilweiser Berücksichtigung schon im Abschluß 1985 - fällig und (nicht ganz allgemein üblich) gleich im ersten Quartal vorgenommen.

Wie sich Umsätze und Gewinne im weiteren Jahresverlauf entwickeln werden, ist ungewiß wie selten. Doch selbst ein Jahr mit Wachstumspause wäre angesichts des hohen Niveaus aller drei Konzerne liegen in der Größenordnung von jeweils deutlich mehr als 40 Milliarden Mark Umsatz - gewiß keine Katastrophe.

Nur in einer Hinsicht droht den Vorständen eine Stunde der Wahrheit: Hält der Ölpreis seinen Diastand über ganze Jahr, dann können sie nicht mehr mit dem Bezug auf ölfunktionale Umsätze den Umsatzrenditen früherer Jahre nachtrauern. 1986 verheißt erstmals wieder einen ehrlichen Vergleich.

MIETERBUND / Jahn: Hauseigentümer sollten, statt zu lamentieren, Mieten senken

## Forderung nach Liberalisierung des Wohnungsmarktes „maßlos“ genannt

HANNA GIESKES, Bonn  
„Die öffentliche Hand muß Hilfestellung leisten, damit die 280 000 Wohnungen der Neuen Heimat als sozial gebundenes Vermögen erhalten bleiben.“ Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Gerhard Jahn, findet es „unerträglich“, wenn der Konzern Wohnungen an teilweise dubiose Aufkäufer veräußert. Solche Praktiken seien mit dem gemeinnützigen Auftrag des Unternehmens unvereinbar, sagte Jahn gestern in Bonn.

Im Interesse der Mieter müsse die Sozialbindung auch langfristig gesichert werden, betonte der Mieterbundpräsident. In Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg habe man dies bereits erkannt und Konzepte entwickelt, die beispielhaft für eine bundesweite Lösung sein können. Voraussetzung sei allerdings, daß alle Beteiligten - neben der öffentlichen Hand auch Eigentümer und Banken - einen Beitrag leisten.

„Maßlos“ nannte der Mieterbund-Präsident die jüngsten Forderungen des Zentralverbands der Haus- und Grundeigentümer nach totaler Liberalisierung des Wohnungsmarktes, festgemacht an der These von einer Million leerstehender Wohnungen, die Jahn für eine „Falschmeldung“ hält. Tatsächlich addierten sich die Leerstände auf 250 000 bis 300 000 Wohnungen - rund ein Prozent des Gesamtbestandes - und der Bundesbauminister, aus dessen Haus diese Zahlen stammten, möge endlich zu dieser „Phantasiezahl“ Stellung nehmen, „und nicht länger Versteck spielen“.

Dies hat Oscar Schneider jedoch insoweit getan, als er den Hauseigen-

timern während ihres Zentralverbandstages Anfang Mai klarmachte, daß er ihre Forderungen für „überzogen“ hält. Die Bundesregierung werde alles tun, um abrupte wirtschaftliche oder sozial einseitige Kurskorrekturen zu vermeiden.

Den Vermietern legte der Jahn nahe, die Mieten auf eine tragbare Höhe zu senken, anstatt über leerstehende Wohnungen zu lamentieren: Die seien für den Durchschnittsverdiener nämlich einfach zu teuer. Für Jahn ist mit einer Quadratmeter-Miete von sechs bis sieben Mark „die Schallgrenze der Belastbarkeit“ erreicht. Hauseigentümer müßten sich eben daran gewöhnen, daß ihnen teure Wohnungen nicht mehr aus den Händen gerissen werden.

Die jeweilige Lage am Wohnungsmarkt könne im übrigen nicht als Argument für oder gegen Mieterschutz herangezogen werden. Die von den Vermietern geforderte freie Kündigung bedeute immer, daß der Mieter erpreßbar werde - auch bei einem ausgeglichenen Markt: „Der Verlust der Wohnung als Heim wiegt immer schwerer als die Möglichkeit, anderswo eine leerstehende Wohnung zu finden. Dies geht grundsätzlich für

jeden Mieter, unabhängig von seiner sozialen und finanziellen Situation, aber erst recht, wenn er ein geringes Einkommen oder eine enge Bindung an die Wohnung und ihre Umgebung hat“.

Aus dem aktuellen Angebotsüberhang am Wohnungsmarkt dürfe nicht auf eine allgemeine Sättigung des Wohnungsbedarfs geschlossen werden, sagte Jahn weiter. Er berief sich dabei auf den Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Professor Harald Jürgensen, der einen Nachfragestau von etwa 100 000 Wohnungen jährlich für wahrscheinlich hält: Pro Jahr entstehe aus Abriss und Überalterung ein Ersatzbedarf von 200 000 Wohnungen; hinzu komme eine Nachfrage von etwa 200 000 neu gegründeten Haushalten. Das derzeitige Neubauvolumen betrage aber nur etwa 300 000.

Bisher habe die Bundesregierung nichts gegen diese Entwicklung getan, kritisierte Jahn. Sie stelle zwar Milliardenbeträge für die Eigentumsförderung der besser Verdienenden bereit, aber sie habe keinen Pfennig mehr für den sozialen Wohnungsbau übrig - und sieht tatenlos zu, wie der Bestand an Sozialwohnungen mit Mitte der 90er Jahre auf die Hälfte zusammenschrumpfen wird. Die Erhaltung preiswerter und sozial gebundener Wohnungen müsse indes Vorrang haben, forderte er, denn die Lage der Mieter habe sich in den letzten Jahren laufend verschlechtert.

## AUF EIN WORT



Computer werden stärker zur Übersetzung aus Fremdsprachen eingesetzt. An der Möglichkeit, Computer in Zukunft mit Befehlen in Umgangssprache zu bedienen, wird gearbeitet. Ob die allerdings je auch Schwäbisch lernen, weiß ich heute noch nicht.

Eberhard Knoblauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen  
FOTO: DIE WELT

## Busse und Bahnen sind wieder voller

dpa/VWD, Köln  
Nach mehreren Jahren rückläufiger Fahrgastzahlen haben die Busse und Bahnen der kommunalen Verkehrsbetriebe in der Bundesrepublik 1985 erstmals wieder einen Zuwachs des Verkehrsaufkommens registriert. Wie der Verband Öffentlicher Verkehrsbetriebe (VOV) gestern in Köln mitteilte, stieg die Zahl der Fahrgäste um 8 Millionen oder 0,2 Prozent auf 4,396 Milliarden. Nach Angaben des Kölner Verbandes beförderten die Straßenbahnen, U-Bahnen, Busse und O-Busse der 164 VOV-Mitgliedsunternehmen in der Bundesrepublik 1985 täglich rund 12 Millionen Fahrgäste.

## ÖLMÄRKTE

## In New York und London ziehen die Preise wieder an

rtt/APF, New York

Die Rohölpreise ziehen seit dem Wochenbeginn wieder an. Am Freitag New Yorker Markt hat eine deutlich gestiegene Benzinnachfrage den Ölpreis kräftig nach oben getrieben. Der Preis für ein Barrel (159 Liter) der Sorte West Texas Intermediate stieg am Montag um gut einen Dollar auf 17,16 Dollar. Damit wurden nach Angaben des Handels die seit Januar höchsten Preise erzielt. Im Februar dieses Jahres war der Ölpreis auf einen tiefsten Stand von 8,75 Dollar abgesunken.

Branchenexperten erklärten, für den Preisanstieg sei die starke Nachfrage der Autofahrer verantwortlich. Für das kommende, um einen Freitag (Memorial Day, 26. Mai) verlängerte Wochenende rechnen einige Händler mit einer Ausdehnung und Reise, wie sie es seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Die niedrigen Benzinpreise würden zum Autofahren ermutigen.

## INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

## Öffentliche Unterstützung für Neugründungen verstärkt

DeF, Bonn  
Die Existenzgründungsförderung hat in der Bundesrepublik in den 80er Jahren einen beachtlichen Auftrieb bekommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Öffentliche Hilfen, die bisher 88 500 Existenzgründern zugute kamen, dienten insbesondere der Überwindung der mit der Kapitalbeschaffung verbundenen Schwierigkeiten. Typisch für Existenzgründungen sind Eigenkapitalmangel, ein hohes Kreditrisiko sowie die Probleme, die sich aus einem nur wenig ausgebildeten Markt für Venture capital ergeben.

Das fehlende Eigenkapital erweist sich insofern als besonders heikel, als der durchschnittliche Existenzgründer nur über rund ein Drittel des notwendigen Gründungskapitals verfügt. Die Gründungskosten reichen von etwa 92 000 DM bei Freiberuflern bis 285 000 DM in der Industrie. Im sonstigen Dienstleistungsgewerbe

belaufen sich die Kosten auf 97 000 DM. Im Verkehrsgewerbe auf ca. 170 000 DM. Das Kreditrisiko stellt insofern ein Hindernis für Unternehmensneugründungen dar, als Verganheitsserfolge und Infoleistungen ausreichende Banksicherheiten nicht geben sind. Die öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen bestehen vor allem in langfristigen Mitteln zu kalkulierbaren, festen Konditionen, die dem Unternehmer gleich zu Beginn eine ausreichende finanzielle Stabilität gewähren.

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Hilfen sind gerade in beschäftigungspolitischer Hinsicht erfreulich. Die betriebliche Tätigkeit wurde nämlich im Durchschnitt von 4,7 Beschäftigten einschließlich des Unternehmensinhabers sowie mitarbeitender Familienangehöriger aufgenommen. Während der letzten fünf Jahre wurden auf diesem Wege 350 000 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. erhalten.

## FRANKREICH

## Trotz höherer Nachfrage stieg die Arbeitslosigkeit an

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht für die neue französische Regierung unter schlechten Vorzeichen. Im April, dem ersten vollen Monat ihrer Amtszeit, erhöhte sich die Zahl der Stellengesuche (Arbeitslose) saisonbereinigt um 1,7 Prozent (40 500) auf 2,43 Millionen. Dies war der stärkste Monatszuwachs seit drei Jahren. Trotz des Machtwechsels und der ersten Kreditleichterungen standen die Unternehmer Gewehr bei Fuß. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wird vom Arbeitsministerium vor allem auf das Auslaufen der sozialistischen Sozialmaßnahmen zur Beschäftigung von Jugendlichen zurückgeführt. Immerhin aber hat sich die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen im April insgesamt auf 799 000 (817 000) vermindert. Die von der neuen Regierung für diesen Arbeitsmarktssektor geplanten Maßnahmen laufen erst im Sommer an.

Nach Angaben der Banque de France hat sich die Binnennachfrage im April wesentlich verstärkt - die Autokäufe beispielsweise stiegen im Jahresvergleich um 18 Prozent - und der Export in die EG profitierte von der Franc-Abwertung vom 6. April. Jedenfalls, die französische Konsumgüterindustrie konnte demzufolge ihre Produktion steigern. Die Hersteller von Investitionsgütern hatten allerdings zum Teil unter dem Kaufkraftschwund der Ölexportländer und darunter zu leiden, daß ihre Inlandskunden in Erwartung weite-

rer Zinssenkungen mit Aufträgen zurückhaltung übten.

Zwar erwartet die Banque de France in ihrem Konjunkturbericht, daß sich dies wegen der letzten Woche beschlossenen neuen Zinssenkung - wohl der letzten auf absehbare Zeit - ändern werde, und daß sich die Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen vermindern würden. Im Monat April sind sie aber gegenüber März weiter auf 45 800 (43 400) gestiegen und die bevorstehende Aufhebung des Genehmigungszwangs für solche Entlassungen könnte diese negative Entwicklung noch verstärken.

Aber auch an der Inflationsfront ist in Frankreich die Lage so rosig nicht mehr. Im Februar waren die Preise um 0,2 Prozent zurückgegangen. Im April dagegen erhöhten sie sich wohl wegen der weiteren Preisliberalisierungen auf 0,3 bis 0,4 Prozent. Allerdings ging die Inflationsrate im Jahresvergleich von drei Prozent im März auf 2,5 bis 2,6 Prozent zurück.

Nicht zuletzt aber verspricht die französische Handelsbilanz in diesem Jahr weniger günstig auszufallen, als von der neuen Regierung dank der Franc-Abwertung erwartet worden war. Den von ihr zunächst für 1986 auf 25 bis 35 Milliarden Franc veranschlagten Überschuß revidierte jetzt Außenhandelsminister Michel Noir auf null bis 15 Milliarden Franc, wobei der Industrieüberschuß als nach wie vor „besorgniserregend“ bezeichnete.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

## US-Wirtschaft wächst unerwartet stark

Washington (rtt/d). - Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist im ersten Quartal 1986 unerwartet kräftig gewachsen. Das Handelsministerium teilte gestern in Washington mit, das reale Bruttoinlandsprodukt (BSP) sei im Berichtsquartal nach revidierten und saisonbereinigten Daten mit einer Jahresrate von 3,7 Prozent gewachsen. Die Wachstumsrate war damit deutlich höher als vom Ministerium vor einem Monat mit 3,2 Prozent geschätzt und übertraf zudem die Erwartungen vieler Experten. Die Mehrheit der Fachleute hatte sogar mit einer Revision der Rate nach unten auf 2,5 bis 3,0 Prozent gerechnet. Am US-Anleihemarkt befürchtete man gesternmorgens, daß das lebhaftere Wirtschaftswachstum den Zinssteigerungskräften Auftrieb gibe.

## Keine Preiserhöhung

Bonn (dpa/VWD) - Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind Preiserhöhungen für die Verbraucher aufgrund des Reaktorunfalls in der Ukraine nicht zu erwarten. Wie der Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, Thomas Schiller, erklärte, werden die Lebensmittelpreise, die zur Zeit auf oder leicht unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau liegen, weiterhin durch den starken Angebotsdruck aus der EG-Produktion und aus weltweiten Importen bestimmt.

## Österreich: Teuerung

Wien (AFP) - In Österreich ist der Verbraucherpreisindex für April 1986 gegenüber dem Vergleichsmonat März um 1,4 Prozent gestiegen, gab das statistische Zentralamt in Wien bekannt. Im Vergleich zum Vormonat ging der Verbraucherpreisindex im April um 0,2 Prozent zurück.

## Kfz erhöht Zinsen

Frankfurt (AP) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die Zinsen für ihre Eigenmittellkredite um ein Viertel Prozent erhöht. Das Unternehmen, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, gab als Gründe die „wieder anziehenden Kapitalmarktzinsen“ an. Der Mittelung zufolge beträgt der Zinssatz für den Endkreditnehmer für alle nach dem 18. Mai 1986 eingehenden Kreditanträge im Mittelstandsprogramm 5,75 Prozent jähr-



1985 wurden in der Bundesrepublik mehr Konkurse angemeldet als jemals zuvor. Etwa 45% der Insolventen gingen auf das Konto der Bauwirtschaft und des Großhandels. Erstauskunft ist das Abschneiden des Einzelhandels, der trotz harter Konkurrenz und gesunkener Erträge die geringste Anzahl an Platten verzeichnete. QUELLE: GLOBUS

lich. Bisher lag er bei 5,5 Prozent. Im KfW-Umwelt- sowie im Gemeindeprogramm gilt nun ein Zinssatz von 5,25 gegenüber bisher fünf Prozent jährlich. Der Ausschußsatz von 86 Prozent sowie alle sonstigen Bedingungen blieben unverändert.

## Dollar kaum verändert

Frankfurt (dpa/VWD) - Bei ruhigem Geschäft lag der Kurs des US-Dollar gestern in Frankfurt kaum verändert. Der amtliche Mittelwert wurde ohne Eingreifen der Deutschen Bundesbank mit 2,2195 DM nach 2,2123 DM am Freitag vor Pfingsten festgestellt. Die Goldpreise schwächten sich über die Pfingstfeiertage etwas ab. Zusammen mit dem Dollar - aber vor allem aufgrund höherer Ölpreisanotierungen - stieg das Pfund gestern in Frankfurt auf 3,3890 (3,3710) DM.

## OECD: Stabilität

Paris (J. Sch.) - Wie im Februar so hat sich auch im März das Preisniveau der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) um durchschnittlich 0,1 Prozent zurückgebildet - das beste Ergebnis seit 1980. Die Inflationsrate im Jahresvergleich schrumpfte auf 3,1 (3,8) Prozent. Die niedrigste „Inflationsrate“ wies nach wie vor die Bundesrepublik mit 0,1 Prozent auf.

# LocalLease

Das Know-how Ihres potentiellen Leasing-Partners erspart Ihnen unnötige Kosten. Und seine Solidität Ängst. Maßstab für beides ist das etablierte Kriterium: seine Erfahrung. Diese Erfahrung im Leasing besitzamt Know-how. Und heißt Solidität. Die LocalLease besitzt seit 15 Jahren. Als Tochter der Localance, einer der führenden europäischen Leasing-Gesellschaften. Damit gehört die LocalLease zu den über 700 deutschen Geschäftsführern zu den rund 20 Unternehmen der ersten Stunde. Was aus einem Stamm renommierter Kunden aus Industrie, Handel und öffentlichen Verwaltung gab. Und Ihnen ein solches Erfahrungswissen sichert. Wie informieren Sie gerne und unverbindlich LocalLease-Mitarbeiter? Geben Sie bitte an: LocalLease, 52-54, 4880 Düsseldorf, Tel. (0210) 329355.

LocalLease

☐ Ich möchte mehr Informationen über die LocalLease.  
☐ Ich möchte unverbindlich und direkt einige Fragen zu einem Leasing-Projekt beantwortet haben.

Mein Name: \_\_\_\_\_  
Firma: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_  
PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_



## GTZ / Streit in Bonn

## FDP-Politiker als Geschäftsführer?

HH. Bonn

Der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Klaus Gärtners wird möglicherweise neues Mitglied der dreiköpfigen Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Er würde dann die Nachfolge von Hartmut Höppler antreten, dessen Vertrag Ende März 1987 ausläuft. Die nächste Aufsichtsratsitzung der GTZ findet am 30. Juni statt. Es wird angenommen, daß dabei die Personalentscheidung fällt.

Siegfried Lengel, Staatssekretär im Entwicklungsministerium (BMZ) und Aufsichtsratsvorsitzender der

Anzeige

## Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen:

Viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte bietet Ihnen jeden Samstag

## DIE WELT

GTZ, wird am 2. Juni von einer China-Reise in Bonn zurück erwartet. Nach Auskunft seines Büros will Lengel dann über die Kandidaten entscheiden.

Gärtners, der 1983 auf eigenen Wunsch nicht mehr für den Bundestag kandidiert hat, war zuvor als Mitglied des Haushaltsausschusses unter anderem Berichterstatter für den Entwicklungsetat und wurde auf diesem Wege seinerzeit zum ersten und später zum zweiten stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der GTZ bestellt. Helmut Esters, SPD-Bundestagsabgeordneter und ebenfalls Berichterstatter für den Entwicklungsetat im Haushaltsausschuß, favorisiert als zweiter stellvertretender AR-Vorsitzender Gärtners Kandidatur ausdrücklich. Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag hat die GTZ-Geschäftsführung Gärtners im Mai 1983 zu ihrem Repräsentanten für Saudi-Arabien bestellt.

## NORDSEE-ÖL / Randgebiete und neue Felder vom Preisverfall betroffen - Cash-flow für neue Projekte benötigt

## Gesellschaften wollen Senkung der Gewinnsteuern

WILHELM FURLER, London

Der drastische Rückgang der Rohölpreise hat in der Nordsee operierenden Ölgesellschaften vor erhebliche Probleme gestellt. Betroffen sind insbesondere die Investitionen in die Explorationstätigkeit sowie in die Entwicklung neuer Felder oder von Randgebieten bereits produzierender Felder. Deshalb kommt die Forderung der größten britischen Ölgesellschaft BP an die Regierung in London, die Besteuerung der Gewinne aus der Nordsee-Ölförderung zu reduzieren, alles andere als unerwartet.

Inzwischen haben sich andere Nordsee-Ölgesellschaften dem Aufruf von BP-Chairman Sir Peter Walters angeschlossen. Ihr Argument lautet, daß die weitere Entwicklung von Nordseefeldern "austrocknen" wird, falls es nicht zu einer Anpassung der Steuersätze an das seit November letzten Jahres mehr als halbierte Ölpreinsniveau kommt. Gegenwärtig liegt der Steuersatz (Petroleum Revenue Tax = Ölfördersteuer)

bei 75 Prozent. Hinzu kommt ein Förderzins (Royalties) von zwölf Prozent. Für neuentdeckte Nordseefelder, die seit 1983 fördern, werden keine Royalties erhoben. Und die Ölfördersteuer entfällt bei all denjenigen neuen Feldern, die im Durchschnitt weniger als 20 000 Barrel pro Tag produzieren.

Wie der BP-Chairman behauptet, würde eine generelle Reduzierung der Ölfördersteuer oder gar ihre Abschaffung den Ölgesellschaften den Cash-flow besorgen, den sie für das Angehen neuer Projekte benötigen. Doch die Regierung in London befürchtet, daß eine Reduzierung des Steuersatzes - abgesehen von einer noch drastischeren Verringerung der Staatseinnahmen aus Nordseeöl - nicht zwangsläufig zu einer Verstärkung der Nordsee-Investitionen führen wird. Vor allem die größeren Ölgesellschaften könnten die zusätzlichen Mittel ihren Operationen in irgendeinem anderen Teil der Welt zu-

fließen lassen, heißt es im Energieministerium.

Dennoch wird die Regierung in irgendeiner Form positiv auf die wachsenden Forderungen nach Steuererleichterungen reagieren müssen, meinen Ölexperten. Denn praktisch alle in der Nordsee operierenden Ölgesellschaften haben inzwischen ihre Einsätze für die Öl- und Gas-Exploration zum Teil massiv reduziert. BP etwa hat vor kurzem mitgeteilt, daß das Explorationsbudget 1986 um fast 30 Prozent, von gut 2,1 auf 1,55 Mrd. DM, gekürzt wird. Innerhalb 80 Prozent dieser Reduzierung entfallen auf BP's Nordsee-Aktivitäten.

Die Exploration und Entwicklung neuer Felder darf aber nicht zu stark vernachlässigt werden, soll die Kontinuität der Ölversorgung aus der Nordsee auch in den 90er Jahren sichergestellt sein. Hinzu kommt das Problem, daß ein weiterer Industriezweig, die sogenannte Offshore- und Versorgungsindustrie, mit zunehmenden Investitionskürzungen der

Ölgesellschaften plötzlich in eine existenzgefährdende Krise gerät. So haben bereits fünf führende Unternehmen der Branche, Seaforth Maritime, Sterling Shipping, Wimpey Marine, Maersk Oil und Salvason, die zuständigen Gewerkschaften aufgefordert, Reduzierungen der Arbeitskosten um 30 Prozent zuzustimmen. Andernfalls seien Entlassungen unumgänglich.

Selbst wenn einige Ölgesellschaften einen Teil der Steuererleichterungen in Investitionen außerhalb der Nordsee umleiten sollten, könnte die britische Offshore-Industrie davon profitieren. Die Erfahrungen haben nämlich gezeigt, daß Ölgesellschaften ihre Aufträge bevorzugt an Unternehmen der gleichen Nationalität verteilen. Die britischen Offshore- und Versorgungsunternehmen warten jedenfalls geradezu darauf, daß die Ölgesellschaften ihres Landes wieder stärker im Ausland tätig werden. Dann könnten sie nachfolgen und das ohnehin zeitlich begrenzte Nordsee-Engagement entlasten.

## FINSIDER / Italiens größtes Stahlunternehmen streicht bis 1988 13 000 Arbeitsplätze

## Noch immer tief in den roten Zahlen

GÜNTHER DEPAS, Mailand  
Der staatliche Finsider-Konzern, Italiens größtes Stahlunternehmen, hat im Jahre 1985 seinen Verlust gegenüber dem Vorjahr von 1496 auf 952 Mrd. Lire vermindert. Damit ist es nicht gelungen - wie ursprünglich geplant - den Bilanzverlust zu halbieren. Dieses Ziel wurde jetzt neu für 1987 gesetzt, während im laufenden Jahr mit einem Verlust von 400 Mrd. Lire gerechnet wird.

Für Finsider beginnen damit noch härtere Zeiten als in den vergangenen Jahren, da jetzt der italienische Staat aufgrund von EG-Auflagen nicht mehr einsparungen darf, um die Verluste zu tilgen. Bisher intervenierte die Muttergesellschaft, die Staatsholding IRI, jedesmal mit der Streichung und Wiederaufstellung des Kapitals, um ihrer Tochter auf die Beine zu helfen.

Obwohl Finsider in den letzten fünf Jahren seine Rohstahlkapazitäten um 4,5 Mill. Tonnen oder 24 Prozent auf 14,9 Mill. Tonnen und die Zahl der Arbeitsplätze von 128 000 auf 85 000 (minus 34 Prozent) reduzierte, reich-

ten diese Eingriffe noch nicht aus, um das Unternehmen aus den roten Zahlen zu holen. Weiter sehr hoch sind vor allem die Schulden. Sie überschreiten zwar den Umsatz nicht mehr wie 1980, als die Sanierung begann. Mit 9500 Mrd. Lire gegenüber dem im Vergleich zu 1984 um 24 Prozent auf 11990 Mrd. Lire gestiegenen Konzernumsatz sorgen sie aber noch immer für ein Verhältnis zur Konkurrenz unerträgliche Zinskosten.

Der Finsider-Verwaltungsrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Staatsunternehmen nicht nur durch die höhere italienische Inflation gehandelt ist, sondern auch dadurch, daß die höhere italienische Inflations- und Kostendynamik durch die Abwertung der Lira nur zum Teil ausgeglichen wurde. Finsider geht dabei davon aus, daß sich die Lira gegenüber der Lira zwischen 1980 und 1985 von 471 auf 630 Lire aufwertete; an der Kaufkraft Ende vergangenen Jahres gemessen aber einen Kurs von 738 Lire hätte haben müssen.

Diese etwa 15prozentige Überbe-

wertung der Lira hat den Finsider-Experten zufolge entscheidend dazu beigetragen, daß sich die Erträge des Staatsunternehmens in der Zeitperiode 1980/85 nur um 63 Prozent erhöhten, während die Kosten um 93 Prozent zunahm. Den aus der unvollständigen Währungsanpassung resultierenden Schaden für die Konzerntragsbilanz beziffert Finsider auf 2000 Mrd. Lire.

Um die Arbeitsproduktivität zu verbessern, will Finsider jetzt in der Dreijahresperiode 1986/88 weitere 13 000 Arbeitsplätze aufgeben. Trotzdem bleibt es fraglich, ob mittelfristig der Vorstoß in die Gewinnzone zu erreichen sein wird. Der Finsider-Verwaltungsrat selbst läßt die Beantwortung offen und weist nur darauf hin, daß in der Zeitperiode 1986/88 die Erträge um 19 Prozent zu steigen bestimmt sind, wogegen die Kosten um 25 Prozent zunehmen dürften.

1985 produzierte der Finsider-Konzern 13,5 Mill. Tonnen Rohstahl, fünf Prozent weniger als 1984. Das entsprach 56,5 Prozent der gesamten italienischen Rohstahlerzeugung.

## Millionenbetrug bei ADCA-Bank

ed. Frankfurt

Die ADCA-Bank ist von einem ungetreuen Angestellten um einen Betrag in der Größenordnung von 15 Mill. DM, etwa das Anderthalbfache des für 1985 gezielten Jahresüberschusses, geschädigt worden. Die mit 226 Mill. DM Eigenmitteln ausgestattete Bank, die diese Größenordnung freilich verkraften kann, hofft allerdings, wenigstens noch einen Teil der veruntreuten Millionen zurückzubekommen, die über ein internes Konto an einen kreditrischen Kunden aus der Bauträgerbranche weitergeschoben wurden.

Der hinter dieser Firma, die bei zahlreichen anderen Banken verschuldet ist, stehende 59-jährige Kaufmann und seine Lebensgefährtin sind ebenso wie der Bankmitarbeiter bereits am letzten Mittwoch verhaftet worden. Der nach Auskunft der Frankfurter Staatsanwaltschaft zum Teil geständige Bankangestellte hatte einen Kollegen in der Frankfurter Niederlassung der ADCA-Bank ohne dessen Wissen mißbraucht, um das bankinterne Sicherungssystem zu umgehen.

## WETTBEWERBSRECHT / Streit um Stellenanzeigen

## Das Handelsblatt unterliegt im Kampf um „Karriere“

H.-H. HOLZAMER, Köln

Keine Karriere ist dem neuen Handelsblatt-Special „Karriere - Markt für Führungskräfte“ beschieden. Die 1. Kammer für Handelssachen beim Landgericht Köln bestätigte gestern aufgrund mündlicher Verhandlung eine einstweilige Verfügung gegen das Handelsblatt GmbH und die Gesellschaft für Wirtschaftspublizistik GFW mbH.

Neun Zeitungen und Verlage, darunter FAZ, Süddeutsche Zeitung und Axel Springer Verlag, hatten mit Erfolg daran Anstoß genommen, daß das Handelsblatt bei ihnen geschaltete Anzeigen verkürzt aber mit Hinweis auf Kontaktadresse und Fundstelle in einer neugeschaffenen Beilage ohne Erlaubnis erneut im redaktionellen Teil veröffentlichte. Die neun Antragsteller befürchteten, daß sich das Handelsblatt ihre eigene akquisitorische Leistung zu eigen machen wollte und rügten „unlauteren Wettbewerb“ in Form einer „unzulässigen Leistungsbewertung“ nach Paragraph 1 UWG. Das Handelsblatt bestritt dies demgegenüber darauf, daß es für veröffentlichte Anzeigen keinen Urheberrechtsschutz gebe, daß seine „Transparenzliste“ für die Inserenten eine Art „kostenloser Wiederholung“ und für die Leser, insbesondere die angesprochenen „Führungskräfte der Wirtschaft“ eine neue attraktive redaktionelle Leistung sei.

Das Landgericht Köln mußte sich erstmals mit der wettbewerbsrechtlichen Problematik befassen, daß eine fremde Leistung nicht einfach wie-

derholt wurde, etwa wie beim Nachdruck von Schallplatten, sondern als „Vorspann“ für eine eigene verwendet wurde. In der mündlichen Verhandlung wies der Vorsitzende der 1. Kammer in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Antragsteller „um ihren Platz beim Geschäft mit den Stellenanzeigen jahrelang hätten kämpfen müssen“. Das Handelsblatt habe mit dem Abdruck, auch in redigierter Form, eine „formal vollwertige Anzeige geschaffen“ mit dem Ziel, daß sich seine Leser unter Bezug auf das Special bei den Firmen und Agenturen bewerben sollten. Dies sollte dazu führen, wie der Justizrat des Handelsblattes einräumte, daß auch Anzeigen direkt in der Beilage geschaltet würden. Diesen kurzen Weg zur eigenen Position im Stellenanzeigen-Geschäft hielt das Gericht für unzulässig.

Neben dem unerlaubten Anzapfen einer fremden Marktposition nannte der Vorsitzende Richter als Argument für seine Entscheidung gegen das Handelsblatt, daß den Antragstellern ein Folge-Auftrag verloren gehen könnte, wenn der Inserent darauf vertrauen dürfte, einen kostenlosen Nachdruck in der Karriere-Beilage des Handelsblattes zu erhalten. Auch erwerbe die redaktionelle Form den Eindruck, der Kunde oder die Zeitung seien mit dieser Form und der Verkürzung einverstanden.

Die Prozessvertreter des Handelsblattes stellten eine „sorgfältige Überprüfung“ der schriftlichen Begründung des Urteils in Aussicht.

## NAMEN

Heinz Dieter Gerner, ist zum Leiter des Bereichs Marketing 1,2,3 AutoService GmbH & Co., Frankfurt, ernannt worden.

Hans-Bernhard Bolas-Schöne, Vorstandsvorsitzender der Koenig & Bauer AG, Würzburg und Präsident der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, wurde am 20. Mai 60 Jahre.

Werner Symann, Vorstandsmitglied und Leiter der Finanzabteilung der Riedel de Haen AG, Seelach, tritt am 22. Mai in den Ruhestand. Nachfolger ist Heinz-Jürgen Gross-

mann, bisher Geschäftsführer der Jader Cosmetic GmbH, Frankfurt.

Roman Hauser, Geschäftsführer der Gebr. Hilgenberg GmbH & Co. KG, Essen, geht am 31. Mai 1986 in den Ruhestand. Die Geschäftsführung übernimmt sein Sohn Andreas Hauser.

Frau Dr. Lieselotte Höbhorn, Leitende Verwaltungsdirektorin der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Frankfurt, ist in den Ruhestand getreten. Nachfolger wird Volkhard Berghaus, Direktor des Arbeitsamtes Tauberbischofsheim.



## WELTKUNST

Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Zweimal monatlich liefert Ihnen die WELTKUNST Berichte von anerkannten Experten auf dem Gebiet der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmesse und den Kunsthandel des In- und Auslandes. In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messekalender.

Ein Probeheft zum Kennenlernen von DM 7,- erhalten Sie durch WELTKUNST Verlag, Nymphenburger Straße 84, 8060 München 19, Telefon 089/18 1091

## Börsentendenzen von Merrill Lynch.

Wo Sie Zuwächse bei den Unternehmensgewinnen finden. Und warum. Die neue Ausgabe von Börsentendenzen konzentriert sich auf Unternehmensgewinne und stellt US-Gesellschaften vor, bei denen man damit rechnen kann, daß sie in diesem und den folgenden Jahren überlegene Gewinnzuwächse aufweisen können.

Merrill Lynch erwartet weiterhin starke Börsenausschläge, die Gelegenheit zu Käufen von bestimmten Qualitätsaktien mit hohen Gewinnen und attraktivem langfristigen Potential bieten werden. Börsentendenzen enthält eine Aufstellung einiger solcher Aktien.

Für Ihr kostenloses Exemplar rufen Sie bitte die nächstgelegene Merrill Lynch Niederlassung an - oder senden Sie uns den untenstehenden Kupon.

Minimum-Einlage: DM 100.000

Repräsentant in Deutschland: Merrill Lynch AG

2000 Hamburg 1 • Paulstraße 3  
Telefon 040 - 321491  
4000 Düsseldorf • Karl-Arnold-Platz 2  
Telefon 0211 - 458 10  
6000 Frankfurt / Main • Ulmenstraße 30  
Telefon 069 - 71530  
7000 Stuttgart 1 • Kronprinzstraße 14  
Telefon 0711 - 22200  
8000 München 2 • Promenadeplatz 12  
Telefon 089 - 230360

**Merrill Lynch**  
Eine führende Investmentbank auf dem US-Kapitalmarkt

Bitte schicken Sie mir ein Exemplar Ihrer Ausarbeitung "Börsentendenzen"

Name

Straße

Ort

Telefon

BILFINGER + BERGER  
BAUAKTIEGESELLSCHAFT  
MANNHEIM

- Wertpapier-Kenn-Nr. 500900 -

Die ordentliche Hauptversammlung der BILFINGER + BERGER BAUAKTIEGESELLSCHAFT findet am Donnerstag, dem 3. Juli 1986, 10 Uhr, im Rosengarten, Stammplatz, Rosenparkplatz 2, Mannheim, statt. Zu dieser Hauptversammlung laden wir unsere Aktionäre hiermit ein.

- Tagesordnung**
1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1985.
  2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns (Auszahlung einer Dividende von DM 8,- je Aktie).
  3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985.
  4. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985.
  5. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1986.
- Der volle Wortlaut der Tagesordnung mit den Vorschlägen der Verwaltung und den näheren Einzelheiten über die Ausübung des Stimmrechts ist im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 21. Mai 1986 veröffentlicht.
- Mannheim, im Mai 1986
- Der Vorstand



## PROGRESS-WERK OBERKIRCH

Aktiengesellschaft, 7602 Oberkirch-Stadelhofen

## EINLADUNG ZUR HAUPTVERSAMMLUNG

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am

Freitag, dem 27. Juni 1986, 15.00 Uhr

im Saal des Hotels OBERE LINDE in Oberkirch stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Wegen Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmachung im „Bundes-Anzeiger“ Nr. 91 vom 21. Mai 1986.

Oberkirch-Stadelhofen, im Mai 1986

Der Vorstand

## LINIENFLÜGE BERLIN-PADERBORN

## TEMPELHOF AIRWAYS USA

1000 Berlin 42, Flughafen Tempelhof

Buchungen: Berlin 0 30 / 6 90 94 31

Paderborn: 0 29 55 / 10 25

und in allen Reisebüros

Lufttaxi-Reservierung: 0 30 / 6 90 94 33/32

## JOURNAL für die Frau

Alles, was Frauen lieben. Alle 14 Tage neu:

aktuelle Mode - leckere Rezepte

flotte Handarbeiten - reizvolle Schönheitsstips

viel Unterhaltung und praktische Anregungen

Holen Sie sich das neue Heft...



## MANNESMANN

## Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 3. Juli 1986, 10.00 Uhr, im Messe-Kongress-Center, Düsseldorf, Stockumer Kirchstraße, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

## Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts - mit Konzernabschlüssen Inland und Welt und Konzerngeschäftsbericht - sowie des Aufsichtsratsberichts für das Geschäftsjahr 1985; Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985
4. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Vorstands, das Grundkapital um bis zu DM 50 Millionen zum Zwecke der Ausgabe von Belegschaftsaktien durch Ausgabe neuer Inhaberaktien im Nennbetrag von je DM 50,- zu erhöhen (genehmigtes Kapital)
5. Beschlußfassung über die Ermächtigung zur Ausgabe von Optionsanleihen, die Schaffung eines bedingten Kapitals sowie eine Satzungsänderung
6. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1986

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 25. Juni 1986 bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Der vollständige Wortlaut der Einladung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung sowie Hinweisen zur Teilnahmeberechtigung und zur Stimmrechtsbeschränkung gemäß § 16 Absatz (2) der Satzung ist im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 21. Mai 1986 und in einem gesonderten Schreiben an die Aktionäre enthalten.

Düsseldorf, im Mai 1986

Mannesmann  
Aktiengesellschaft  
Der Vorstand

## Büro-Service in Saarbrücken

Fordern Sie unser Dienstleistungsangebot.

06 81 / 5 09 09 30

## Gebraucht-Computer

- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Ersatzteile sehr preisgünstig
- Alt-Schrott-Computer zur Ersatzteilgewinnung laufend gesucht.

LABIS GMBH, Tel. 0 57 41 / 80 10  
Postf. 12 40, 4890 Lübbecke 1

weitweit: 0193-80030  
0810-8301  
Tel. 418383

## BILLIG-FLÜGE

## VERSTEIGERUNGEN

## Zwangsversteigerung - Industrie-Objekt

Objekt: a) Fabrikhalle mit 6000 m<sup>2</sup> Nutzfläche (65 118 m<sup>2</sup> umbauter Raum), mit 5 Erbsenkränen (4 x 16 t, 1 x 5 t), auf 29 749 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche. - b) Verwaltungsgebäude mit 3800 m<sup>2</sup> Nutzfläche in 7 Etagen (14 468 m<sup>2</sup> umbauter Raum) auf 18 939 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche.

Lage: Kerpen-Türnich, Industriegebiet, in unmittelbarer Nähe der B 204 Köln-Düren, BAB 61, Abfahrt Kerpen-Türnich 4 km, Köln-Innenstadt 15 km Entfernung.

Verkehrswert: DM 8 000 000,- (gerichtlich festgesetzt).

Versteigerungs-Termin: 30. 5. 1986, 9.00 Uhr, AG Bergheim, Zim. 13.

Ankunft: VOLKSBANK REIMSCHIED  
Immobilien-Abt., 5638 Reimschied-Lemp, Temler Weg 1

Tel. 0 21 91 / 69 32 46 + 69 32 96



## NORDCEMENT / Erholungstendenzen im öffentlichen Bau

## Absatz nur leicht gesunken

dos, Hannover Nach dem schwierigen Geschäftsverlauf im Jahre 1985 rechnet die Nordcement AG, Hannover, für 1986 wieder mit einer leichten Besserung. Wie der Vorstand im jetzt vorgelegten Jahresbericht schreibt, ist die Situation im Wohnungsbau zwar „vollkommen unbefriedigend“. Erholungstendenzen zeigen aber der Wirtschaft und das öffentliche Bauwesen. Die deutsche Zementindustrie insgesamt dürfte im laufenden Jahr noch nicht mit einem Absatzzuwachs rechnen. Die eigenen Aussichten indes werden günstiger beurteilt.

Bereits 1985 hat das Unternehmen deutlich besser abgeschnitten als die Branche. Während die deutsche Zementindustrie im Inland einen Rückgang von 13 Prozent hinnehmen musste, vergrößerte sich der Nordcement-Versand nur um 4,3 Prozent. Die günstigere Entwicklung resultierte aus Aufträgen der Bundesbahn und der Straßenbauverwaltung. Der Gesamtabsatz allerdings ging um 7,5 Prozent auf 882 000 (893 000) Tonnen zurück, weil Exporte praktisch nicht mehr stattfanden. Der Umsatz sank um ebenfalls 7,5 Prozent auf 99 (108) Mill. DM.

Von der Schließung der Fabrik in

Wunstorf Mitte dieses Jahres verspricht sich der Nordcement-Vorstand eine deutliche Stärkung der Ertragskraft. Dies werde sich bereits im Jahresabschluss 1986 niederschlagen. Im ersten Quartal sei der Absatz der beiden verbleibenden Werke in Hardegsen und Höver gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bei guter Auslastung leicht gestiegen.

Der Hauptversammlung am 26. Juni schlägt die Verwaltung die Ausschüttung einer Dividende von 6 DM pro 50-DM-Aktie vor. Der in den beiden Vorjahren gezahlte Bonus von 1,50 DM fällt diesmal aus, eine Folge des auf 3,81 (4,77) gesunkenen Jahresüberschusses. Die Investitionen von 8,7 (6,1) Mill. DM wurden voll aus dem 1985 (12,9) erhöhten Cash-flow finanziert. Die Abschreibungen erreichten 9,8 (8,1) Mill. DM. Die Einstellung der Produktion in Wunstorf führte zu einer Reduzierung der Belegschaft um 78 auf 355 Mitarbeiter.

Aus der Einladung zur Hauptversammlung geht hervor, daß das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln um 8 Mill. DM auf 40 Mill. DM erhöht werden soll. Die neuen Aktien, die im Verhältnis 4:1 ausgegeben werden, sind ab 1986 gewinnberechtigt.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## KWS stabilisiert

Binbeck (dos.) - Die KWS Kleinfeldener Saatzucht AG, Binbeck, rechnet im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) mit einer Stabilisierung der günstigen Vorjahresergebnisse. Nach Angaben des Vorstands gilt dies sowohl für den Umsatz der AG (1984/85: 154 Mill. DM) wie für das Ergebnis (Jahresüberschuß 8,9 Mill. DM). Für endgültige Aussagen sei es aber noch zu früh. KWS hatte für das vergangene Geschäftsjahr neben der auf 8 (7,50) DM erhöhten Dividende einen Jubiläumsbonus von 2 DM ausgeschüttet. In den ersten neun Monaten 1985/86 sei der geringere Inlandumsatz im Zuckerrübenbereich durch günstigere Entwicklungen auf Drittland-Märkten kompensiert worden, heißt es im Aktionärsbrief.

## Zusammenarbeit

Berlin (th.) - Das US-Unternehmen Westinghouse und die mittelständische Berliner Firma Gebr. Kemmer wollen auf dem Gebiet der Umweltschutztechnik zusammenarbeiten. Nach Angaben der Berliner Wirtschaftsverwaltung sollen in der neuen Firma die Erfahrungen von Kemmer bei der Sanierung von Altanlagen mit dem von Westinghouse entwickelten System der Zersetzung toxischer Abfälle zu einer neuen Technologie der Abfallbeseitigung verbunden werden.

## Kurzarbeit geht weiter

Kassel (dos.) - Die BASF-Tochter Kali und Salz AG, Kassel, die bereits in den ersten sechs Monaten 1986

Kurzarbeit für die Dauer von zwei bis fünf Wochen in ihren inländischen Werken angesetzt hatte, wird in der zweiten Jahreshälfte weitere zwei Wochen kurzarbeiten. Das Unternehmen begründet diese Entscheidung, von der rund 6000 Beschäftigte betroffen sind, mit der anhaltend schwachen Nachfrage auf dem Weltmarkt. Auch der Düngereinsatz verlaufe zögerlich; die Lagerbestände seien weiter angewachsen.

## MnK erhöht

Hamburg (dpa/VWD) - Die Markt- und Kühlen AG, Hamburg, erhöht die Dividende für das Geschäftsjahr 1985 von 7 auf 8 DM. Das schlägt die Verwaltung dieser größten gewerblichen Kühlhausgruppe der zum 27. Juni einberufenen HV vor. Am Grundkapital von 29,8 Mill. DM sind die Linde AG mit knapp 30 Prozent, das Bankhaus Merck, Finck & Co mit 35 und die Victoria Versicherung mit knapp 10 Prozent beteiligt.

## Produktionsrückgang

Völklingen (dpa/VWD) - Die in den Mehrheitsbesitz des Saarlandes übergegangene Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, verzeichnete in den ersten drei Monaten 1986 einen Produktionsrückgang um mehr als zehn Prozent. Wie das Unternehmen gestern in seiner Wertzeitung mitteilte, sank die Stahlproduktion im 1. Quartal auf 618 000 Tonnen gegenüber 690 000 Tonnen ein Jahr zuvor. Die Mitarbeiterzahl wurde in diesem Zeitraum um 250 auf 13 000 verringert.

## HARPENER / Pariser Hauptaktionär macht Kasse - Dividende und Vorsorge erhöht

## Suche nach neuer Großinvestition

J. GEHLHOFF, Düsseldorf Zusammen mit der für 1985 um 1 DM Bonus auf 12 (11) DM erhöhten Gesamtdividende werden die 20 000 Streubesitzer der Harpener AG, Dortmund, auf der Hauptversammlung am 30. Juni wohl erfahren, wohin die Pariser Gaz et Eaux ihre 51 Prozent von 127,6 Mill. DM Aktienkapital verkaufen wird. Man habe, heißt es bislang karg aus Paris, ohne eigenes Zutun etliche Kaufangebote erhalten und Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen, die Beteiligung, mit deren Ertragsentwicklung man „sehr zufrieden“ sei, zu einem angemessenen Preis zu verkaufen.

Der Großaktionär, der das Aktienpaket 1980 aus französischem Sidéchar-Besitz für den Gegenwert von 180 Mill. DM kaufte und dafür aus heutiger Sicht durch Franco-Abwertungen nur 100 Mill. DM aufwandte, kann beim derzeitigen Börsenwert mit etwa 500 Mill. DM Erlös rechnen. Er sei sein Paket über drei Holland-Holdings hält, winkt ihm ein starker steuerfreier Buchgewinn - unvergleichbar mit der Rendite aus abemals erhöhter (für den Auslandsaktionär aber nicht von Steuerungschrift begleiteter) Dividende, die für ihn abzüglich 10 Prozent Quellen-

steuer nur noch 2,7 Prozent des Börsenwertes ausmacht.

Was da in Bewegung kommt, findet dem Vernehmen nach Interesse bei einer Reihe vorwiegend deutscher Industrieller wie institutioneller Anleger, nachdem die WestLB aus Streubesitz bereits gut zehn Prozent vom Kapital des von der ehemaligen Bergbaugesellschaft zum Mischkonzern aufgestiegenen Unternehmens zusammengekauft hat. Die Dividende ist nun schon fast dreimal so hoch wie nach dem Bergbau-Ende 1980 mit 4,50 DM. Und Endstation soll das immer noch nicht sein.

Der Abschluß für 1985 belegt es. Aus rund 37 (36) Mill. DM Bruttoergebnis ihrer Eigenaktivitäten und 45,8 (23,9) Mill. DM Beteiligungserträgen hat die Harpener AG zunächst ungewöhnlich hohe Vorsorge für allfällige Bergbau-Aldlasten (Bodenversenkung) getroffen, erkennbar in einem auf 21,7 (2,2) Mill. DM angewachsenen Negativsaldo der a. o. Posten, und gleichwohl noch den Jahresüberschuß auf 32 (30,5) Mill. DM verbessert. Davon gehen 1,4 (2,4) Mill. in nummehr 34,4 Mill. DM gesetzliche und freie Rücklagen.

Nötig wäre diese Rücklagenbildung nicht. Denn auf dem erfolgreich

verfolgten Kurs, den großen, kaum rentierlichen und auch jetzt noch bei 300 Mill. DM Verkaufswert (bei einem Buchwert von Null) ansetzenden Immobilienbesitz aus der Bergbaugesellschaft „meterschonend“ zu verkaufen, wird die Substanz durch Reinvestition (mit Sofortabschreibung) steuerneutraler Buchgewinne mehr als erhalten. Diesen Weg gingen seit 1981 nun 281 (245) Mill. DM Verkaufserlöse mit 282 (230) Mill. DM Buchgewinnen. Neben dem Ausbau eines Beteiligungskreises und der Eigenaktivitäten werden bis 1986 insgesamt (seit 1980) 280 Mill. DM in gewerblichen Vermögenobjekten („ne eine Pflanze erbebt“, bezeugt Vorstandssprecher Elyo Schmiedeknecht) reinvestiert sein, die 1986 einen Ergebnisbeitrag von 20 (nach 13) Mill. DM bringen sollen.

Nach den 1985 zum dritten Mal nacheinander sehr hohen Investitionen von 138 (108) Mill. DM bleibt der Vorstand in den kommenden Jahren bei der Suche nach einem Großobjekt. Es soll den 70 Mill. DM schweren und dank Vollabschreibung besonders ertragsstarken Umsatz des eigenen 150-MW-Kraftwerkes Harpen ersetzen, das 1980 aus Umweltschutzgründen stillgelegt wird.

## KARLSRUHER VERSICHERUNGEN / Leben und Sach auf Expansionskurs

## Sonderausschüttung für Altverträge

## K.-H. STEFAN, Karlsruhe

Bei den Karlsruher Versicherungen zeigen Bestand und Beitragseinnahmen in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres weiterhin steigende Tendenz, während sich das Neugeschäft bisher noch leicht unter dem Vorjahresniveau entwickelt. Die Karlsruher Leben werde, so erklärte Vorstandsvorsitzender Prof. Robert Schwebler, mit Beginn des Jahres 1987 neue, nach Männern und Frauen getrennte Tarife einführen, die der höheren durchschnittlichen Lebenserwartung der Frauen Rechnung tragen.

„Bereits heute ist jeder dritte Kunde der Karlsruher Leben eine Frau.“ Der Rechnungssinn wird von drei auf 3,5 Prozent angehoben, die Rückkaufswerte werden verbessert. Sonderausschüttungen, so Schwebler, „werden sicherstellen, daß die nach den derzeitigen Tarifen versicherten Kunden zumindest gleichbehandelt werden“.

Im Jubiläumsjahr 1985 erzielte die Karlsruher Leben „ein insgesamt gutes Geschäftsergebnis“, wobei das Neugeschäft im Bereich der konventionellen Kapitallebensversicherung um 10,8 Prozent auf 2,28 Mrd. DM expandierte. Das schwache Neugeschäft (s. Tabelle) muß vor dem Hintergrund des weit über dem Durchschnitt liegenden Neugeschäfts 1984 (+ 11,3 Prozent) betrachtet werden.

Im einzelnen stand einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Kapital-

versicherungen von 55,8 auf 61,1 Prozent ein Rückgang des Anteils der Vermögensbildungsverträge von 18,1 auf 10,7 Prozent gegenüber.

Weniger Abschlüsse bei den selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherungen bewirkten eine Verminderung des Anteils der Rentenversicherungen von 12,3 auf 11,4 Prozent. Risikoversicherungen waren mit 9,1 Gruppenversicherungen mit 7,7 Prozent am Neugeschäft beteiligt. Die von den Kunden gezahlten Beiträge wuchsen schneller als Neugeschäft und Bestand.

Auffallend an der Kapitalanlagenstruktur ist der hohe Anteil der Schuldenscheindarlehen, was mit der Absicht, Abschreibungsrisiken im Interesse einer kontinuierlichen Überschussentwicklung zu begrenzen, begründet wird.

Die Hypothekendarlehen partizipieren mit 20,3 (31,0) Prozent an den gesamten Kapitalanlagen, womit der Branchendurchschnitt (19,7 Prozent) deutlich übertrafen wird.

Von dem um zwölf Prozent gestiegenen Bruttoüberschuß wurden 278,5 Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt, 77,2 Mill. DM den Versicherten direkt gutgeschrieben. Die Aktionäre erhalten 15 Prozent Dividende.

Auch die Sachtochter, Karlsruher Versicherung AG, hat 1985 ihren Wachstumskurs verstärkt fortgesetzt, wobei das Beitragsaufkommen um 8,8 Prozent auf 182,5 Mill. DM expan-

dierte. Bei den Kraftfahrversicherungen (Anteil am Gesamtgeschäft von 57,0 Prozent) stiegen die Beitragsleistungen um respektable 8,3 Prozent.

Nach dem starken Anstieg der Schäden in den beiden Vorjahren ist 1985 eine Beruhigung eingetreten, wobei sich die Bruttoschadenquote von 79,0 auf 74,0 Prozent ermäßigte. Der verbesserte Schadenverlauf in der Kfz-Haftpflichtversicherung ermöglichte eine Beitragsrückerstattung bis zu 20 Prozent.

Insgesamt ergibt sich aus dem kleinen technischen Gewinn und den ansehnlichen Kapitalerträgen ein Jahresüberschuß von 2,9 Mill. DM. Nach Rücklagenabgrenzung werden 14 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Karlsruher Leben	1985	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	27 888	+ 6,0
Engel. Neugeschäft	3 736	+ 1,0
Beitragsleistungen	853	+ 8,6
Aufw. L. Verz. Pfl.	305	+ 11,3
Kapitalanlagen <sup>1)</sup>	6 178	+ 9,3
Kapitalerträge	480	+ 10,8
Aufw. Beitr. Rückerst.	278	+ 12,0
Rückst. L. Beitr. Rückerst.	794	+ 16,1

	1985	1984	1983
Stornoquote <sup>2)</sup>	6,2	6,4	6,3
Verw. Kostenquote <sup>3)</sup>	5,5	5,8	6,1
Absch. Kostenquote <sup>4)</sup>	39,2	39,5	37,9
Überschußquote <sup>5)</sup>	35,5	31,5	37,3

<sup>1)</sup> ohne Depots; <sup>2)</sup> netto; <sup>3)</sup> Durchschnittsergebnis; <sup>4)</sup> brutto; <sup>5)</sup> Bruttoüberschuß. Unverändert in betr. Seite Veränd. u. sonst. Vors. Abgang in % d. Anfangsbestandes; <sup>6)</sup> sonst. Aufw. d. Verz. Beitr. in % d. Beitrags; <sup>7)</sup> in Promille d. engest. Neugesch.; <sup>8)</sup> Bruttoüberschuß in % d. Beitrags.

## DIERIG / Konjunktur im Textilbereich noch schwierig

## „Musterklau“ kostet Millionen

DANKWARD SEITZ, Augsburg Auf ein deutlich besseres zweites Halbjahr sowohl beim Textil-Einzelhandel als auch der eigenen Gruppe hofft die Dierig Holding AG, Augsburg, um für 1986 wieder einen „akzeptablen“ Abschluß präsentieren und eine unveränderte Dividende (4 DM) ausschütten zu können. Doch noch ist die derzeitige Branchenkonjunktur nach Ansicht von Konzernchef Christian Gottfried Dierig so schwierig, daß er sich jeder Prognose enthält. Denn zum einen habe der Handel bislang noch wenig von einer größeren Konsumbereitschaft zu spüren bekommen. Dies und zum anderen die niedrigen Baumwollpreise hätten schon in den ersten vier Monaten zu rückläufigen Umsätzen und Auftragsrückgängen geführt.

Als „recht brauchbares Jahr“ bewertete Dierig das Geschäftsjahr 1985. Geringere Ordereingänge bei Garnen und Rohgeweben hätten das Auftragsniveau des Vorjahres zwar verfehlen lassen, die Produktionsanlagen seien jedoch voll ausgelastet gewesen - zeitweise habe man sogar Sonderabschüssen einlegen müssen. Der Umsatz der konsolidierten inländischen Gesellschaften der Gruppe erreichte 417,8 (419,4) Mill. DM, einschließlich der Auslandsstöchter waren es 433,4 (435,6) Mill. DM. Die negative Tendenz spiegelt, so Dierig, vor allem die gesunkenen Baumwollpreise und den Verfall des Dollarkurses wider. Die Exportquote erhöhte sich auf 32,5 (29,5) Prozent.

Auch wenn die Dierig Holding AG als Obergesellschaft Gewinne von insgesamt 7,6 (6,0) Mill. DM übernahm, konnte und wieder 4 DM aus einem Bilanzgewinn von 2,7 (2,5) Mill. DM auf 80 Mill. DM Grundkapital ausschütten, gelang es den operativen Gesellschaften nicht, ihre Ertragslage zu verbessern. Vielmehr verschlechterte sich das „operative Ergebnis“

der Gruppe sogar auf 13 (17) Mill. DM, was auch beim Teilkonzern im Gewinn je 50-DM-Aktie von 10,40 (18) DM zum Ausdruck kommt. Zudem belasteten nach Angaben von Dierig Steuernachzahlungen, die Vorrhestandsregelung und - bedingt durch den Baumwollpreisverfall - 9 Mill. DM Abschreibungen auf Vorräte. Ausgeglichen wurde dies durch Mobilisierung außerordentlicher Erträge von rund 15 Mill. DM.

Verständlich, wenn sich Dierig deshalb über den zunehmenden „Musterklau“ ausländischer und bedeutender deutscher Verarbeiter erregt. Jährlich gingen dem Unternehmen dadurch ein „Absatz von mehreren 100 000 Metern Stoff und einige Millionen Umsatz“ verloren. Nun will das Augsburger Unternehmen gemeinsam mit einigen anderen Betroffenen die Musterschutzkommission der EG zum Handeln bewegen.

Anzeige

## DekaDespa-Info Nr. 15

## Vorsorge für die Ausbildung der Kinder: Ein Auszahlplan mit Sparkassenfonds\*

Für regelmäßige Einkünfte, die eine Ausbildung finanziell absichern.

Mehr über den DekaDespa-Auszahlplan erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Deka\* Despa

## PROGRESS-WERK OBERKIRCH / Großauftrag

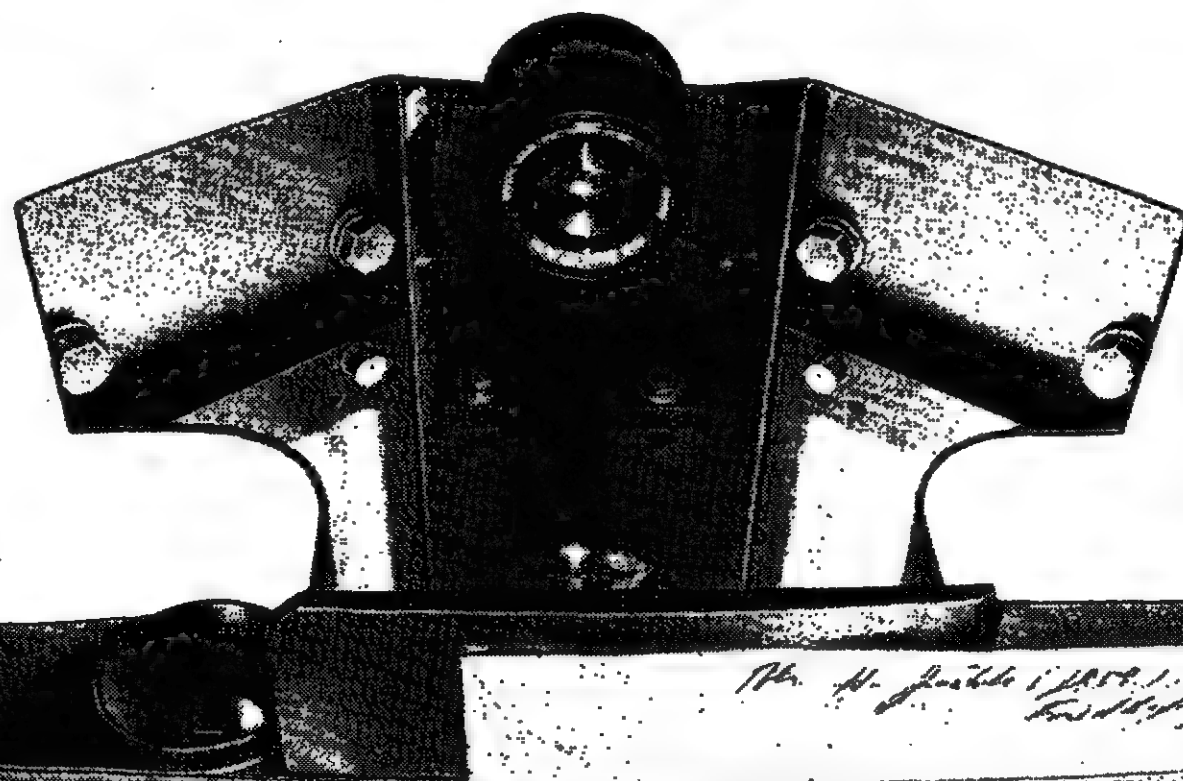
## Kapazität wird erweitert

nl. Stuttgart Mit der Übernahme eines über mehrere Jahre laufenden Großauftrags im Rahmen des Tornado-Programms im Volumen von rund 130 Mill. DM sieht sich die Progress-Werk Oberkirch AG (PWO), Oberkirch/Baden, die sich mit der Herstellung von Stanz- und Ziehteilen für verschiedene Industriezweige, des Blechbaus und der Wehrtechnik (z. B. auch Feldküchen) sowie von Bauteilen beschäftigt, in die Lage versetzt, ein Investitionsprogramm anzuknüpfen zu lassen, das eine Erweiterung von Kapazität und Produktpalette möglich macht.

Vor allem bietet sich nach Angaben der Verwaltung die Einführung neuerer Fertigungsverfahren im Leichtmetallbau an. Der Auftragseingang habe sich in allen Fertigungsbereichen in den ersten drei Monaten des

laufenden Jahres günstig entwickelt. Der Auftragsbestand liege mit 72 Mill. DM um 30 Prozent über der entsprechenden Vorjahreszeit.

Im Geschäftsjahr 1985 war der Umsatz der PWO leicht um 0,3 Prozent auf 96,3 Mill. DM zurückgegangen. Während die Umsätze bei Zulieferern für die Autoindustrie eine zweistellige und bei Bauverkleidungen eine dreistellige Zuwachsraten erreichten, ging die Blechbauproduktion deutlich zurück. Der Exportanteil am Umsatz verminderte sich auf 14,5 (20,1) Prozent. Ausgewiesen wird ein auf 1,47 (1,69) Mill. DM verringerter Jahresüberschuß. Der Hauptversammlung am 27. Juni wird vorgeschlagen, eine Dividende von unverändert 16 Prozent auf 8 Mill. DM Aktienkapital auszuschütten. Investiert hat PWO im Berichtsjahr 5,1 (7,3) Mill., abgeschrieben 4,0 (4,7) Mill. DM.



Der „Postbeamte“, der Ihnen nie einen Brief bringt, aber alle verteilt: Technologie von AEG.

Mehr als 35 Millionen Briefsendungen werden täglich in Deutschland verschickt. Jede einzelne muß dabei geprüft und mehrfach sortiert werden. Eine entscheidende Hilfe hierfür sind Briefverteilanlagen. In Frankfurt z.B. steht eine der leistungsfähigsten Anlagen dieser Art in Europa. Sie sortiert vollautomatisch bis zu 160.000 Briefe pro Stunde. Die Anschriftenleser - Kernstücke der Anlage - brauchen nur Bruchteile von Sekunden, um bei den Briefen die Anschrift zu lesen; eine Spitzenleistung der Technik.

Auch die Post der USA weiß diese Leistung zu schätzen: Trotz starker internationaler Konkurrenz entschied sie sich für 247 Langbrief-Verteilmaschinen, 456 Briefverteilmaschinen und 406 automatische Anschriftenleser mit Technologie von AEG. Ab geht die Post.

Technologien von AEG: elektrische und elektronische Geräte, Systeme und Anlagen für Kommunikation und Information, für Industrie- und Energietechnik, für Verteidigung und Verkehr, für Büro und Haushalt.

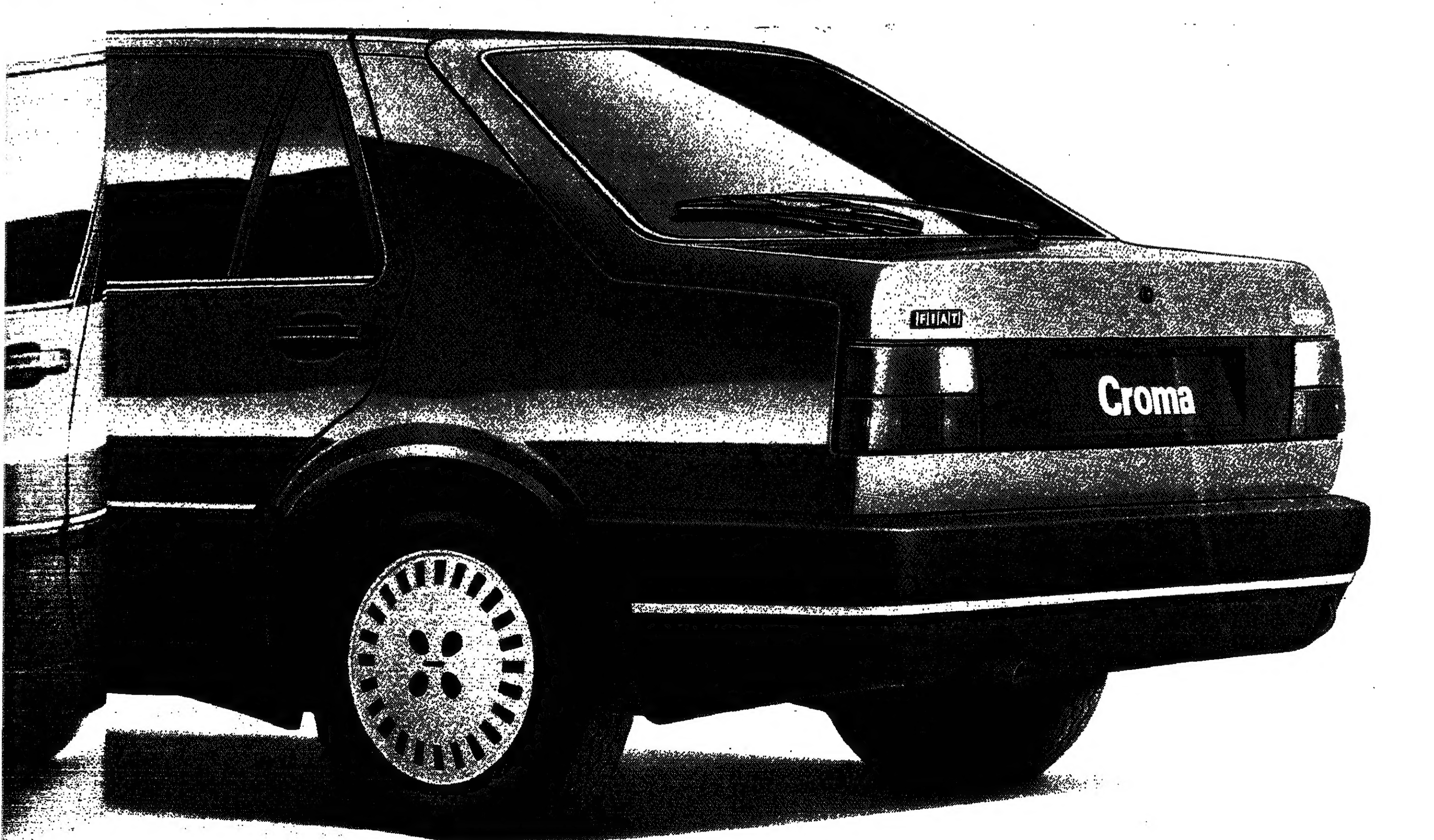
AEG



[illegible]

*[Faint, illegible handwritten notes]*



[illegible]

**CROMA Turbo Diesel. 74 kW (100 PS). Spitze 185 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,9 Sek.**







## Esslingen am Abfluß

P.D. - Eine Kunstausstellung wurde eröffnet. Aber man sprach vorwiegend von Politik. So hielten es Willi Sitt, Präsident des „Verbandes Bildender Künstler in der DDR“, Ewald Moldt, „Ständiger Vertreter der DDR in Bonn“, und Baden-Württemberg Ministerpräsident Lothar Späth, frisch von einer „DDR-Reise“ zurückgekehrt. Was schon seit langem geplant war, wurde nun flugs dem Konto deutsch-deutsches Kulturbündnis gutgeschrieben. Und natürlich mochte man nicht auf Superlative verzichten. Es sei, hieß es, die umfassendste Schau zeitgenössischer Malerei aus der „DDR“, die jetzt mit Unterstützung der auch im „DDR“-Geschäft engagierten Firma Salamander in der Esslinger Villa Merkel eröffnet wurde.

Zu den Standardformeln bei solchen Eröffnungsreden gehört es, daß man bisher zu wenig voneinander weiß und die Ausstellung darum eine einmalige Gelegenheit biete, dieses Defizit abzubauen. Nur wird diese Feststellung auch durch

Wiederholung nicht wahr. Kunst aus der „DDR“ ist in der Bundesrepublik keineswegs erst seit der „documenta 6“, 1977, und Peter Ludwigs Großeinkauf bei der „VIII. Kunstausstellung der DDR“, 1977/78 in Dresden, zu sehen. Künstler wie Seitz, Hegenbarth, Altenbourg, Hans Theo Richter, Lachnit, Sitt, Schwimmer, Kitzel und andere wurden seit den fünfziger Jahren regelmäßig in der Bundesrepublik ausgestellt - allerdings als Künstler sui generis und nicht als „DDR-Repräsentanten“.

Dieses Etikett wurde erst im Zuge der „Entspannungspolitik“ modisch, als die Herkunft der Kunstwerke wichtiger als ihr Kunstwert schien. Ausstellungen mit „DDR-Kunst“ - natürlich nur der offiziellen - wollten vor allem als politische Demonstration verstanden werden. Das ist auch in Esslingen nicht anders. Man gibt sich „liberal“, bekundet, keine „Berührungängste“ zu kennen und erklärt darum einen eingezäunten Teich mit streng kanalisiertem Abfluß zum Ozean. Doch selbst die schönsten Worte machen daraus noch kein internationales Gewässer - mögen die Politiker dabei auch ins Schwimmen geraten.

Frankfurt: Bernhards „Die Macht der Gewohnheit“

## Forellenquintett-Probe

Vor 22 Jahren hat der Arzt dem Zirkusdirektor Caribaldi das Cellospiel zur Stärkung der Konzentration angetragen. Seitdem wird im Wohnwagen (Bühne ein aufgeschüttetes Oval, Gysbert Jäkel) täglich geübt. Da der Wanderzirkus aus fünf Personen besteht, hat Caribaldi sich für ein Quintett entschieden. Schuberts Forellenquintett. Seine Enkelin, Seitznerin, die tot ist. Sie ging zu den Tieren und wurde schrecklich gebissen, der Arzt hat sie doch noch zusammengepackt. „Aber kaum war sie zusammengepackt“, hat er sie wieder auf Seil gezwungen. „Ist sie abgestürzt.“ Zweiter Tiefschlag. So bildet man künstlerische Enkelinnen aus.

Nichts geht über die Kunst vor der Kunst. Er selbst ist gescheitert, wie jeder künstlerische Direktor, der dauernd die anderen beobachten und kontrollieren muß. Übrigens: „Die Wahrheit ist, ich liebe das Cello nicht, aber es muß gespielt werden. Meine Enkelin liebt die Viola nicht, aber sie muß gespielt werden... Wir lieben das Leben nicht, aber es muß gelebt werden.“

Ich vermisse den Zwischenruf: „Wieso: muß?“ Aber dazu war es zu lustig. Es wurde viel gelacht und viel bewundert und nicht gescholten. Diese ununterbrochene Hochspannung des belebenden, schellenden, des triumphierenden, des tyrannisierten Direktors, diese angespannte Angst und Präzision der Spieler, hobe Artistik und das kalkuliert Gegenüber des viehisch besessenen Dompteurs, der als „Kunstzertrümmerer“ noch einmal herbeizurufen und mit Armen und Ellbogen auf die Tasten donnert, was hat doch der Regisseur! Marco Bernhardt aus den Spielern (Martin Schwab, Katharina Rupp, Rolf Idler, Albert Kitzel, Justus von Dohnanyi) alles herausgeholt!

Alle Aperçus über Kunst und Artistik sind plausibel, nur die Summe ist falsch, ist nichts. Der „Realist“ Flaubert hätte den Wunsch, eines Tages ein Kunstwerk über Nichts zu schaffen. Er hat seinen Wunsch nicht verwirklicht. Das blieb Thomas Bernhardt vorbehalten. Ein zynisches Meisterwerk dieses lebenslustigen Lebensverächters.

RUDOLF KRÄMER-BADONI  
Weiterer Ausverkauf: 25. und 31. Mai; Karteninformation: 069 / 25 63 335

Gian Carlo Menottis „Maria Golovin“ in Gießen

## Nachkriegs-Kolportage

Es ist ein wenig still geworden um Gian Carlo Menotti. Die großen Erfolge des mittlerweile 75jährigen liegen lange zurück, und auch seine Oper „Maria Golovin“, die jetzt in Gießen die deutsche Erstaufführung erlebte, wurde bereits 1958 in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt. Die ein wenig simple Nachkriegsgeschichte, die Menotti seinem Konversationsstück mit ariosen Aufschwüngen unterlegt, ist hart an der Grenze zum Melodramatischen angesiedelt und über sieben Ecken mit Rolf Liebermanns „Leonore 1940-45“ verwandt.

Sie hat das praktikable Maß einer Eifersuchtsgeschichte mit fast tragischem Ausgang. Diese „Maria Golovin“ ist eine Eigenfindung Menottis, der sein Libretto noch mit einigen tiefenpsychologischen Extras versah und das Stück mit dem eigenen Noblesse und Metierkenntnis in Szene setzte.

Gian Carlo Menotti hat bekanntlich den italienischen Verismus nach Nordamerika importiert, wenn auch mit einer Versäufung von einigen Jahrzehnten. Erst als in Italien Luigi Dallapiccola die Liaison von Verismo und Zwölftontechnik längst hinter sich gebracht hatte, schrieb Menotti für seine „Maria Golovin“ (und nicht nur für sie) eine Musik, in der die Mode der Jahrhundertwende endgültig abdankt, ohne daß diese Musik so recht auf die Höhe ihrer Entstehungszeit kommen will.

Fast ständig wirft sie elegische Blicke zurück auf Puccini, Leoncavallo, Giordano oder Cilea, lebt sich noch einmal aus in der behaglichen Fülle des Melos. Und wenn der Kom-

ponist die Register der Hingabe und Verführung zieht, schreckt er auch vor plakativen Emotionen nicht zurück.

Aber just dabei zeigt sich, daß er noch für die Sänger schreiben kann, und das, ohne dem Orchester eine bloße Begleitfunktion aufzuzwingen. Die Arie der Titelfigur aus dem ersten Akt hätten Giordano oder gar Puccini nicht effektvoller setzen können. Und bei allem führt Menotti eine durchaus eigenständige und selbstgewisse, zuweilen ein wenig verwinkelte Tonsprache, die die Errungenschaften der Neutönen auf Distanz schiebt. Deshalb unterläuft ihm auch nirgendwo jene provokante Vulgarität, mit der viele seiner Zeitgenossen musikalischen Fortschritt simulieren.

Die Aufführung war in jeder Hinsicht respektabel, wie man überhaupt immer wieder darüber staunen muß, was das kleine Gießener Stadttheater, das für eine ganze Spielzeit noch nicht einmal 13 Millionen Mark veranschlagt kann, zu leisten vermag. Hier werden die materiellen Möglichkeiten realistisch genutzt und die Subventionen nicht bei der Monotonie des Wiederholens mit immer denselben Stücken verplempt.

Herbert Gietzen dirigierte das zuverlässige kleine Orchester akkurat und spielenau. Und so engagierte Sänger wie die hohenturme Penelope Thörn als Maria Golovin und Paul Yoder, der die Figur des kriegsblinden Donato stimmlich wie darstellerisch imponierend bewältigte, findet man an weit oplanter dotierten Häusern durchaus nicht immer.

REINZ LUDWIG

Schlußbericht vom Filmfestival Cannes: Die Goldene Palme ging an „The Mission“ von Roland Joffé

## Der Urwald als Gleichnis der Seelen

Die 39. Internationalen Filmfestspiele von Cannes werden als starker Jahrgang in die Filmgeschichte eingehen. Die Jury unter ihrem Präsidenten Sydney Pollack hat die Qual der Wahl. Sie sprach dem britischen Beitrag „The Mission“, Roland Joffés zweitem Spielfilm, die Goldene Palme zu. Mit dieser Entscheidung hat sie sich für einen ausgesprochen Publikumsfilm (und nicht für den esoterischen Favoriten der Kritiker, Tarkowskys „Sacrificio“) entschieden. Tarkowski erhielt den Großen Spezialpreis der Jury. Der Regiepreis ging, hochverdient, an Martin Scorsese für seinen irrwitzigen Alpträum aus New York, „Die Zeit nach Mitternacht“.

Barbara Sukowa wurde für ihre Rolle der Rosa Luxemburg in Margarete von Trotts deutschem Festspielbeitrag - ex aequo mit der Brasilianerin Fernanda Torres - beste Schauspielerin, wenngleich der Film selber wenig Anklang fand. Doch die Sukowa mit ihrer klassisch-strengen Allüre und ihrer souveränen Professionalität wurde in Cannes als eine „Frau ohne Chichi“ gefeiert. Der männliche Darstellerpreis ging, ebenfalls ex aequo, an Michel Blanc, dem Transvestiten in Bertrand Elie's Film „Tenne de Soirée“, und an Bob Hoskins, den Chauffeur in Neil Jordans „Mona Lisa“ (siehe WELT 1.15.86).

Die Entscheidung der Jury für Joffés „Mission“ geht vollkommen in Ordnung. „The Mission“ war tatsächlich der „beste“ Film des Wettbewerbs, publikumsfreundlich ohne die geringste Anbiederung an den sogenannten Publikumsgeheimnis, wunderbar in der Kameraführung, ernsthaft in seinem Anliegen, dramatisch in der Handlung, groß in der schauspielerischen Leistung. Dieser Film, produziert von David Putnam, dem wir einige der besten britischen Streifen der letzten Jahre verdanken („Die Stunde des Weger“, „Midnight Express“, 1984) und - last not least - Joffés Erstling und Welterfolg „The Killing Fields“ ist ein großes Stück epischen Kinos à la David Lean, dem Lehrmeister Joffés.

Das Drehbuch stammt von Robert Bolt, der für Lean „Doktor Schiwago“ und „Lawrence von Arabien“ geschrieben hat. Die Geschichte spielt Anfang des 18. Jahrhunderts im südamerikanischen Urwald. Haupt-schauplatz ist eine kleine Missionsstation, die von Jesuiten geleitet wird. Die Padres freilich sind, so zeigt der Film, genau wie die eingeborenen Guarani nur Spielball im Machtkampf zwischen kirchlicher und weltlicher Gewalt.

Zu Beginn liegt die Missionsstation auf spanischem Gebiet, am Ende auf dem Territorium der Portugiesen, für die der Sklavenhandel damals legitime Praxis war. Die winzige Grenzverschiebung zwischen zwei Großmäch-



Ein Sklavenhändler erlebt sein Damaskus: Robert de Niro als Mendoza in Roland Joffés Film „Die Mission“, der bei den Filmfestspielen in Cannes für die beste Regie ausgezeichnet wurde

ten bedeutet für die Indianer den Untergang, den die Kirche stillschweigend hinnimmt.

„The Mission“ überrascht mit Bildern einer ungebändigten Urwaldnatur voll wilder Schönheit. Mächtig sich aufbauende Wasserfälle stürzen über hohe Felsen hinweg, mit einem Getöse, das Emilio Morricone Musik gekonnt unterstützt. Man erinnert sich an Coppolas „Apokalypse Now“ oder Herzogs „Fitzcarraldo“. Nur daß Joffés Bilder noch dynamischer, noch spektakulärer und gewaltiger sind.

Und zwei große Schauspieler stehen Joffé zur Verfügung: Robert de Niro als Sklavenhändler Mendoza, der eine furchtbare Schuld sühnen will, sich bekehrt und Jesuitenpatern wird, und Jeremy Irons als sein Vorgesetzter, Bruder Gabriel, geistiger Vater der Guarani. Beide Männer werden, wenn die Portugiesen die Missionsstation überfallen, grausam hingerichtet.

Erlösung, Sehnsucht, Opferbereitschaft, Suche nach spiritueller Weisheit - oder Auswegen - aus einer Welt der Verwirrung und Verwirrung, das ist das Thema. Joffé zeigt, daß die Themen Roland Joffés, sondern auch die vieler anderer wichtiger Festivalbeiträge dieses Jahres, z.B. von Alain Cavaliers „Thérèse“, die den Sonderpreis der Jury erhielt.

Cavalier, ein Außenseiter des französischen Kinos, zeichnet in asketisch-strengen Bildern, die an Robert Bresson erinnern, das intime Porträt der kleinen Heiligen von Lisieux. Die

Schauspieler agieren vor fast unbeweglicher Kamera, in äußerst kargem Dekor. Der Film setzt ganz auf ausgefeilten Dialog - und auf Catherine Mouchet als Thérèse, ein heiteres Mädchen mit entzweigtem offenem Blick, zum Dienen bereit, ihre schwere Krankheit ebenso geduldig ertragend wie die Härten des Klosterlebens.

Eine köstliche Trouville im Festivaltrubel, die beim Preisessens-leer ausging, war „Down by Law“, der zweite Film des 33jährigen New Yorkers Jim Jarmusch, der für seinen Erstling „Stranger than Paradise“ letztes Jahr in Cannes einen Preis erhielt. Dessen erzählt Jarmusch die wider Erwarten äußerst komische Geschichte dreier Sträflinge, die aus dem Gefängnis von New Orleans ausbrechen und hilflos putzig durch die Sümpfe des Mississippi waten.

Nicht nur die Sümpfe, sondern auch das nostalgische New Orleans, gefilmt von Wim Wenders' Kameramann Robby Müller, zeigt sich hier „at its best“. Und die drei jungen Helden - Tom Waits, John Lurie, Roberto Regini als italienischer Immigrant, dessen Italo-Amerikanisch allein schon für umwerfend komische Pointen sorgt - sind präde Typen, die man nicht so schnell vergessen wird.

Wer war der beliebteste Star auf der Croisette? Darüber kann es keinen Zweifel geben: Es war Catherine Deneuve, die in André Téchinés Film „Der Ort der Verbrechen“ eine kleine Provinzlerin spielt, die eines Tages für einen ausgebrochenen Sträfling

Kopf und Kragen riskiert. Der Streifen blieb ungeehrt, doch das Publikum auf der Straße jubelte der Deneuve begeistert zu. Jeder wollte sie anfassen, und ihre sechs (!) Leibwächter hatten ihrerseits alle Hände voll zu tun.

Aber auch sonst gab es in Cannes außerhalb des Wettbewerbs viel zu sehen. Steven Spielbergs „Die Farbe Lila“, die große Saga der „négritude“, hatte ihre glanzvolle Auslands-Premiere. Woody Allens Familien-Epos „Hanna und ihre Schwestern“ rief die Fans förmlich von den Stühlen. Carlos Saura zeigte den Schluß seiner Flamenco-Trilogie - nach „Bluthochzeit“ und „Carmen“: „El Amor Brujo“, also Manuel de Fallas „Liebeszauber“. Es geht darin um eine junge Frau, die allnächtlich ihrem toten Gatten begegnet. Das Werk reicht wohl nicht ganz an „Carmen“ heran.

Cannes 1986 - ein Fest, das im Schatten von Bombendrohungen und Terrorismus begann und in Heiterkeit und Lebensfreude endete. Die staatliche Armada der französischen Sicherheitsbeamten hat es ausgezeichnet verstanden, alle Ängste von der Croisette wegzufegen, und zwar mit weltmännischer Eleganz und mit Fingerspitzengefühl. Willkommener Nebeneffekt: Taschendiebe und kleine Gauner, zur Festspielzeit gewöhnlich eine wahre Plage an der Côte d'Azur, hatten dieses Jahr nicht die geringste Chance. Man konnte sich ganz auf die Filme konzentrieren, und die waren das allemal wert.

DORIS BLUM

Kunsthalle Baden-Baden: Werke von Imi Knoebel

## Ein Bäumchen für Beuys

Schon bei den letzten Kunstmärkten hatte man sich erfreut gewundert über die Arbeiten von Imi Knoebel. Da fielen große, naturbunne Präparatenplatten auf, in die Linien, Zeichen und Löcher gekratzt waren, die andererseits ganz locker mit Farbe überarbeitet waren. Das gleichsam Verbotene, von dem die Beschädigung der Flächen sprach, immer ein bißchen so, als hätte da jemand seine Zeichnung mit dem Fingernagel in die Wand geritzt, das mochte man noch recht gut mit Imi Knoebel, wie man ihn kannte, in Verbindung bringen. Die Lockerheit, Freiheit, Fröhlichkeit der Farbe weniger. Die Kunsthalle Baden-Baden bietet derzeit die Gelegenheit, sich über Knoebels Werke aus den letzten Jahren umfassend zu informieren und die Entwicklungen, die er offenbar durchgemacht hat, kennenzulernen.

Knoebel, 1940 in Dessau geboren, 1964 bis 1971 Schüler von Beuys in Düsseldorf, war der geheimnisvoll In-trovertierte unter den Künstlern seiner Generation und wurde von seinem Galeristen Heiner Friedrich auch jahrelang gegen alle Herausforderungen der Welt abgeschirmt. Die

vielleicht typischste Arbeit Knoebels in dieser Haltung war ein Konvolut von Tausenden von Zeichnungen, an denen er jahrelang arbeitete, die aber niemand zu Gesicht bekam. Denn sie wurden bündelweise in großen Stahl-schränken verschlossen - und die waren das Kunstwerk, das man sehen konnte. Ein treffendes Bild für die hermetische Abgeschlossenheit von neuer Kunst hat sich noch niemand ausgesucht. Leider fehlt diese Arbeit in Baden-Baden.

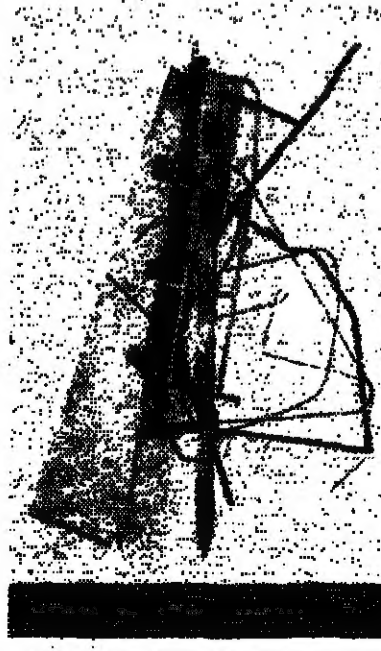
Die totale Reduktion bei Maler-wirtschaft hatte es Knoebel stets an-gestanden. Seine Kreuze, mehr Wand-plastik als Bild, stehen dafür. In den ersten Jahren sind sie verzerrt, schief, mühsam, gedankengebunden. Das fällt jetzt in Baden-Baden bei der Konfronta-tion mit neuen Arbeiten zu diesem Thema auf. Denn die sind glatt, prä-zise, sicher, als wären Zentner von Gedankenballast von Knoebel abge-fallen. Und gleich geht er weiter, mon-tiert aus seinen emailleierten Platten geometrische Bilder mit verwegenen Farbfeldern.

Knoebel tischert auch ganz eigen-willige Kunstobjekte, freilich nicht zu praktischem Gebrauch, auch wenn er sie scherzhaft „Buffs“ nennt. Wie-der benutzt er unbehandelte Hart-platte, als Material, verarbeitet es zu ganz schmucklosen Kästen in der Umrißform von Möbeln. Keine Tür-ren, keine Schubladen allerdings. Das Innere der Schränke bleibt un-zugänglich, das Geheimnis ihres Inhalts unerforscht.

Manchmal nutzt Knoebel seine „Möbel“ auch, etwas darauf zu prä-sentieren: einen rechten Winkel oder ein rechteckiges Stück Wellblech, Gegenstände also ohne Anspruch und inhaltliche Bedeutung. Da kommt es nur auf die Form an, und die ist bei Knoebel mit ganz leichter Hand arrangiert.

Das bewegendste Stück der Ba-den-Badener Schau ist vielleicht jene schlichte „24.1.1986“ betitelte Arbeit: Ein Stück Holz, etwas rostiges Eisen und ein Stück Stamm von einem Weihnachtsbaum werden auf einem Knoebel-Möbel arrangiert. Mit Beuys'schen Materialien unter dem Datum von dessen Todestag ein sinn-reicher Abschiedsgruß an den Le-hrer. (Bis 1. Juni, Katalog 48 Mark)

REINHARD BEUTH



„Afrika II“, 1985, Plastik von Imi Knoebel, aus der Ausstellung in Baden-Baden

Gäste aus Chicago: Das New Jazz-Festival Moers

## Taktlos zum Höhepunkt

Fünfzehn Jahre „Internationale New Jazz-Festival“ Moers, das ist mehr als ein Anlaß für Freudenfeiern. Denn welches Festival von solchem Zuschnitt erlebt schon ein solches Alter? Typisch für Moers das Anliegen, Szenen schwerpunktmäßig zu präsentieren. Waren es in früheren Jahren beispielsweise „No Jazz“, „Ethnic“ oder der ständige Streifpunkt „Art & Noise“, so lag diesmal der Fokus auf der jungen Chicagoer Musikanten-schar, die - wie es ein Besucher formuliert - würdig ihre Vorbilder, etwa das „Art Ensemble“, vertreten.

Auffällig die Hinwendung der jungen Amerikaner zu singenden Klängen. Free-Jazz-Eruptionen finden sich nur noch in verhaltener Form. Häufig der Rückgriff auf swingende Rhythmen, Bläsersätze und Arrange-ments, die trotz aller Frische und Auf-geschlossenheit deutlich von der Be-wunderung dieser Musiker bezeugt werden. Für Duke Ellington künden. Vaterfigur Mühel Richard Abrams bildete da keine Ausnahme mit sei-nem großartigen Oktett.

Lindsay Cooper trat mit ihrem „Film Music Orchestra“ als Opening-Act einen schweren Stand, zumal ihre höchst lebendige, aber größtenteils durchkomponierte Musik wohl nicht der übergroßen Erwartungshaltung des Publikums entsprach. Zu den Ab-surditäten des Festivals gehörte es, daß ausgerechnet Peter Brötzmann, dessen Gruppe „last Exit“ trotz oder gerade wegen einer bombastischen Besetzung zum schlimmsten Flop ge-riet.

Es spricht nicht gerade für Burk-hard Hennen, den künstlerischen Lei-ter des Festivals, daß keine sorgfälti-gere Auswahl bezüglich der heimi-schen Gruppen getroffen wurde. So hätte das Chicagoer Argentin „Clari-net Choir“ vermieden werden kön-nen, hätte man sich nur rechtzeitig um europäische Musiker bemüht. Theo Jörgensmann CL 4 sei da nur am Rande erwähnt.

Hochgradig enttäuschend auch der japanische Beitrag von Toshinori Kondo's IMA. „Japan Goes Tanza-haus“ hieß es im Vorfeld des Kon-zerts, heraus kam eine Musik, die manchen an den Miles Davis der siebziger Jahre erinnerte, womit höch-stens dessen damalige Orientierungs-lostigkeit gemeint sein kann, denn

statt Tanz gab es allenfalls ein Welt-untergangs-Ballett zu erleben.

„Living Colour“, so nannte der ebenfalls mit Vorschußlobernen be-dachte Vernon Reid seine Band, von farbiger Lebendigkeit konnte auch tatsächlich die Rede sein, aber Reids Heavy-Metal-Jazz-Komödie hätte doch wohl eher in den Rockpalast gehört.

Daß die Zukunft klar dem europäi-schen Jazz gehört, bewiesen gleich mehrere Gruppen. Höhepunkt war Irene Schweizer Band „Taktlos“, die in atemberaubender Weise feinsten Free Jazz, ganz der eigenen Tradition verhaftet, mit neuen, modernen Klän-gen verband. George Lewis, der ein-zige Nicht-Europäer des Quintetts, zeigte im trauten Zwiegespräch mit Maggie Nichols, deren Gestus ihre stimmlichen Qualitäten nachhaltig unterstrich, seine immensen Mög-lichkeiten an der Posaune, mitrei-ßend begleitet von Günter „Baby“ Sommer am Schlagzeug und der Bas-sistin Joelle Leandre.

Daß Irene Schweizer mit ihren Tas-ten den musikalischen Prozeß mit-steuerte und bereicherte, versteht sich am Rande. Schließlich erhielt „Taktlos“ verdientermaßen den größ-ten Applaus der letzten paar Festival-jahre. Auch Alfred Harth zeigte im Duo mit John Zorn europäisches Jazz-Vermögen. Mit Tenor und Alt zeigten die beiden, welche Mög-lichkeiten ein Duo mit Phantasie, Impro-visationsgabe und Humor hat.

Zum Schauspiel geriet auch der Auftritt der schweizerischen Großfor-mation „Musique“, die auf subtile Weise weite Klangteppiche mit Free-Jazz-Strukturen verwoben, und auch vor artistischen Einlagen nicht zu-rückschreckten. Krönender Ab-schluß schließlich Montag nacht zu später Stunde: Das „Craig Harris-Quintett“, das noch einmal die gut 2500 Besucher in Schwung brachte.

Punkige Rhythmen beherrscht der junge New Yorker Posaunist ebenso wie zart verhaltene Töne, die Don By-ron mit seinen Klarinetten stützt und auf die Spitze treibt. Craig Harris gab dem 15. New Jazz-Festival Moers ge-nau den Abschluß, den es verdiente: Freudiger Jubel, ein bißchen Nach-denklichkeit, und die Erwartung auf kommende Ereignisse.

SVEN THIELMANN

## JOURNAL

Horowitz spielt nochmals in Berlin

Gül. Berlin  
Wladimir Horowitz hat sich aus Wohlgefallen an Berlin und seinem Publikum spontan bereit erklärt, am Samstag, dem 24. Mai, nachmit-tags 16.30 Uhr, ein weiteres Konzert in der Berliner Philharmonie zu ge-ben. Er wird dabei ein leicht veränd-ertes Programm mit Werken von Mozart, Schubert, Liszt, Chopin und Bach-Busoni spielen. 100 Kla-vierstudenten sollen bevorzugt Ein-läß erhalten. Der Vorverkauf be-ginnt heute in der Philharmonie. Schriftliche Bestellungen bei: Berli-ner Festspiele, Budapeststraße 48-50, 1000 Berlin 30.

Chinas Papier ist noch 100 Jahre älter

AFP, Peking  
Die Erfindung des Papiers durch die Chinesen ist etwa hundert Jahre älter als bisher angenommen. Das bestätigen jetzt chinesische Archäologen. Wissenschaftler haben in den Distrikten Jinta und Dunhuang im Nordosten Chinas, Papier entdeckt, das aus der Zeit zwischen dem Jahre 71 vor und 21 nach Christi Geburt stammt. Bislang war man davon ausgegangen, daß die Erfindung des Papiers zwischen 89 und 105 n. Chr. anzusetzen sei.

Holz' „Ignorabimus“ in Italien aufgeführt

dpa, Prato  
„Ignorabimus“, das lange Zeit für unaufführbar geltende letzte Theaterstück des deutschen Naturalisten Arno Holz, ging in Prato über die Bühne. Der 500seitige Text aus dem Jahr 1913 war bisher nur ein-mal, am 14. April 1927 im Düssel-dorf, in Szene gesetzt worden. Re-gisseur der italienischen Version war Luca Ronconi. Die Aufführung dauerte knapp zwölf Stunden.

Weltkongreß der Romanisten in Trier

dpa, Trier  
Rund tausend Wissenschaftler aus 40 Ländern nehmen an dem Internationalen Kongreß für Roma-nische Philologie bis zum Ende der Woche in Trier teil. Veranstalter ist die 1924 gegründete Gesellschaft ro-manischer Philologen (Société de Linguistique Romane). Das zum ersten Male in der Bundesrepublik veranstaltete Romanistentreffen wird von einer Reihe kultureller Veranstaltungen begleitet.

Filmfest München mit 150 Premieren

dpa, München  
Regisseure aus 30 Ländern werden beim Filmfest München vom 21. bis 29. Juni rund 150 Filme als Premieren und Erstaufführungen vorstellen. Der Veranstalter rechnet mit über 60 000 Film- und Kino-freunden. Im Rahmen des Filmfests wird auch das von der EG-Kommission geförderte Festival des euro-päischen Films stattfinden.

„DDR“-Theaterfestival ab 1987 geplant

dpa, Berlin  
Im April 1987 findet als Beitrag zur 750-Jahr-Feier Berlins im Ost-teil der Stadt erstmals ein „Festival des DDR-Theaters“ statt, das künft-ig alle zwei Jahre vom Kulturmi-nisterium und vom Verband der Theaterschaffenden der „DDR“ veranstaltet werden soll. Der Sekre-tär des Theaterverbandes, Klaus Pflitzer, sagte in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Theater der Zeit“, auf dem Festival sollten In-szenierungen vorgestellt werden, „die auf hervorragende Weise Maß-stäbe für sozialistisch-realistisches Theaterschaffen setzen und damit national und international den ho-hen Standard unserer Theaterkunst dokumentieren“.

Eva Schwimmer †

Sie war eine ungewöhnliche Zeichnerin. Sie verstand es, Poesie in Bilder zu verwandeln, als Illu-stratorin wie in ihren freien Ar-beiten. Aber auch den praktischen Künstlern verweigerte sie sich nicht. Für ihre Plakate für die Berliner Festwochen erhielt sie 1952 den Kunstpreis der Stadt Berlin. Sie hatte kein einfaches Leben. In Ost-preußen geboren, kam sie Anfang der zwanziger Jahre nach Leip-zig, um Graphik zu studieren. Max Schwimmer war dort ihr Lehrer und bald ihr Mann. Aber die Be-hauptungen der Nazizeit - zeitweilig Ar-beits- und Ausstellungsverbot - lie-ßen die Gemeinschaft zerbrechen. So hat sie sich und ihre Kinder al-lein durchgebracht, mit Presse-zeichnungen und gebrauchsgraphi-schen Arbeiten. Nach dem Kriege lehrte sie wenige Jahre als Profes-sorin in Ost-Berlin. Aber auch da kam bald wieder die Politik dazwischen und sie wechselte in den Westteil der Stadt. Dort hat sie seitdem ge-lebt, gezeichnet, gemalt, auch ge-schrieben. Es ist eine stille Kunst, die sie pflegte, unaufdringlich, ein Appell an die Phantasie. Vor zwei Monaten, schon krank, konnte sie ihren 85. Geburtstag feiern. Jetzt ist sie in Berlin gestorben.

P. D.



